

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus bezogen. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua und Bismarck, Ostpreußen, Litauen, Kurland, Livland, Ostpreußen, für das übrige Ausland 8.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Ball und Reiz“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Witz“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Raumverteilung 70 Pfennig, Reklamierzettel 4 Reichsmark, kleine Anzeigen das selbige... (text continues)

Kassieren für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 202-205. Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 17. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postkontos: Berlin 37536 - Postkonto: Direktion der Droschkengesellschaft, Teplitzener Straße 3

Hindenburg-Dämmerung.

Stürmischer Widerspruch gegen Hindenburg bei der Bayerischen Volkspartei.

München, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Kein einziger Beschluss der Leitung der Bayerischen Volkspartei seit ihrer Gründung im Jahre 1918 hat bei den Mitgliedschaften und Anhängern so stürmischen Widerspruch ausgelöst wie die Parole für Hindenburg, gegen Marx. Für die Führung der Bayerischen Volkspartei ist dies um so peinlicher, als ihre Entscheidung für Hindenburg nicht gedeckt ist durch die Autorität ihrer prominenten Führer, die während der ganzen letzten Wochen bekanntlich in Rom dem Vatikan ihre Reverenz erwiesen haben. Weite Parteikreise erwarten immer noch eine offizielle Abschwächung des ersten Beschlusses, eine Tatsache, der die Parteileitung insofern bereits Rechnung getragen hat, als sie ihre Presse zu der Erklärung veranlasste, daß der Beschluss des Landesauschusses für die Wähler der Partei selbstverständlich keinen Gewissenszwang in sich schließt und die Parteidisziplin bei der jehigen Präsidentenwahl keineswegs so eng aufgefaßt werden dürfe wie bei den Wahlen zu den Parlamenten.

Das bedeutet für die Praxis, daß die Leitung der Bayerischen Volkspartei die Wahl für den 26. April freigibt.

Inzwischen ist am Donnerstag der disziplinierteste Teil der Partei, der Verband der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, in Bayern offiziell von der Hindenburg-Parole abgerückt und fordert seine Mitglieder auf,

mit ganzer Kraft für Marx

einzutreten. In dem betreffenden Aufruf wird u. a. erklärt, daß der Landesauschuss der Partei nur aus parteipolitischen Erwägungen zu seinem Beschluss für Hindenburg gekommen sei. Diese Entscheidung sei um so bedauerlicher und für die christlich organisierte Arbeiterschaft untragbar, weil dem bisher allgemein angeesehenen Feldmarschall durch seine wahrscheinliche Niederlage eine Blamage bereitet wird.

Außer den christlichen Arbeitern bekämpft auch der extrem föderalistische Flügel der Bayerischen Volkspartei den offiziellen Beschluss und

erhebt Marx auf den Schild.

Er geschieht dies in der bekannten Münchener katholischen Wochenchrift „Allgemeine Rundschau“, die u. a. schreibt: „Wer politisch nüchtern denkt und nicht gefühlsmäßig, läßt sich durch den Namen Hindenburg nicht blenden. Er weiß, diese Wahl bedeutet schwarzweiße Herrschaft der Unglücksstifter der Vorkriegszeit, Vorkarbeit für die Hohenzollern. Wer das nicht will, muß Marx wählen. Stimmenthaltung genügt hier nicht! Die Unschuldbelastung seiner Wahlfront

Der ernsteste Augenblick für die Arbeiterschaft Was aber tut die kommunistische Parteileitung?

Die kommunistische Presse hat die Aufstellung der Kandidatur Hindenburg mit Recht als die Demaskierung des schmerindustriellen, großagrarisches, monarchistischen Bürgertums bezichtigt. Hören wir einige kommunistische Stimmen! Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ in Leipzig schreibt: „Über diesen Kämpfen innerhalb des Reichstags dürften wir nicht die außerordentliche Gefahr übersehen, die uns die Aufstellung des Reichstagschäfers Hindenburg als Kandidaten zeigt. Daß es heute die Bourgeoisie wagt, offen die republikanische Maske fallen zu lassen, bedeutet den Anfang der Militärdiktatur, den Übergang zur offenen Diktatur.“

Im „Kämpfer“ in Chemnitz ist folgendes zu lesen: „Die Bourgeoisie wirft die Maske ab. Sie verzichtet auf jede Dekoration. Offen und brutal schneht sie der Arbeiterschaft die Bronzetafel hin: Sie präsentiert den Betreuen Wilhelms, den fünfjährigen Schlächter deutscher Arbeiter als Statthalter für den künftigen Monarchenthron. Die Republik ist bei ihrer Ballendung angelangt. An ihre Spitze ist im Begriff ihr legitimer Sohn zu treten: der Kaiser! Der ernsteste Augenblick für die Arbeiterschaft ist da.“

Was läge also näher, als daß die Leitung der kommunistischen Partei die Parole an ihre Anhänger ausgäbe, in diesem ersten Augenblick nicht teilnahmslos beiseite zu stehen, sondern ihre ganze Kraft für das zunächst erreichbare Ziel einzusetzen und dem Kandidaten der republikanischen Parteien zum Siege über Hindenburg, dem Vizekanzler der Monarchie, zu verhelfen? Aber gerade das politische Vernünftige ist von der kommunistischen Parteileitung nicht zu erwarten und so fordert sie ihre Anhänger auf, ihre Stimmen ganz sinn- und zwecklos zu verschleudern und sie ihrem Splitterkandidaten Thälmann zu geben! Wir sind überzeugt davon, daß die bisher kommunistisch gestimmten Arbeiter dieser Parole der Unvernunft nicht folgen werden.

Warum isoliert sich die kommunistische Partei immer mehr von der Masse des Proletariats? Auf der kürzlich abgehaltenen Konferenz der Exekutive der kommunistischen Unter-

war unvermeidlich. Sie konnte aber teilweise ausgeglichen werden, hätten sich Bayerische Volkspartei und Deutschhannoveraner im zweiten Wahlgang für Marx erklärt. Wer bei Marx wenig Föderalismus zu finden glaubt, findet bei Hindenburg und seinem Reichsblock sicher noch weniger. Die bewußten Föderalisten in Bayern und in Hannover werden auch zumeist für Marx stimmen, für Hindenburg jedenfalls nicht.“

München, 16. April. (Ill.) In einem gegen die Flaumacher in der Bayerischen Volkspartei gerichteten Artikel der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ wird erklärt, es würde Sache der Landtagsfraktion sein, der Behauptung nachzugehen, daß der Hilferuf aus Bayern in der „Germania“ gegen die Kandidatur Hindenburg von einem Mitglied der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei komme, denn es gäbe Grenzen, die ohne schwere Verletzung der Ehre einer Partei nicht überschritten werden könnten.

Pech, Herr von Loebell!

Die Hindenburg-Pfennige des Volkes und die Zehntausender der Industrie.

Der Loebell-Ausschuß erläßt einen Aufruf zur Stiftung eines Hindenburg-Pfennigs für die Wahlkosten der Reaktion. Darin heißt es:

„Die Gegner, die auf jede Weise bestrebt sind, die Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg herabzusetzen, behaupten, der Reichsblock sei die Organisation der Schwerindustrie und des Großkapitals. Sie legen geflüstert Gerüchte in Umlauf, dem Reichsblock seien von einzelnen großkapitalistischen Stellen enorme Beiträge für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt. Sie wollen damit Verwirrung in die Kreise unserer Anhänger tragen. Die gegnerischen Behauptungen sind freierfunden.“

Zur selben Stunde, als dieser Aufruf erging, veröffentlichten wir den Original-Schnorrbrief des Herrn von Loebell, in dem er genaue Auskunft über die Rationierung und die Organisation der Subsidien des Großkapitals gibt. Das ist Pech.

Oder ist dieser Brief auch nur ein Gerücht und frei erfunden? Will Herr von Loebell ihn abstreiten? Er wird doch seine Unterschrift kennen?

Man kann aber auch annehmen, daß dieser Aufruf die Berlegenheitsantwort auf unsere Veröffentlichung ist. In jedem Falle muß man die eiserne Stirn und die moralische Unbekümmertheit bewundern, mit der die Leser der Reichspresse von dem Ausschuss des Herrn von Loebell angelogen werden.

Mit der Lüge für Hindenburg!

nationale führte Ruth Fischer darüber folgendes aus:

„Obwohl man die Präsidentenwahlen nicht automatisch mit den Reichstagswahlen vergleichen darf, überraschte die relativ hohe Stimmzahl der SPD. und die relativ geringe Zahl der kommunistischen Stimmen. Die Arbeiter fühlen instinktiv die ständige monarchistische Gefahr.“

Nichts könnte also törichter sein, als sich jetzt der Stimme zu enthalten oder gar für die gänzlich aussichtslose Kandidatur Thälmann zu stimmen. Jede nicht abgegebene Stimme, aber auch jede Stimme für Thälmann bedeutet die direkte Unterstützung Hindenburgs. Der ernsteste Augenblick für die Arbeiterschaft erfordert die Teilnahme am politischen Leben, erfordert die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte auf den einen, zunächst erreichbaren Punkt, und das ist die Sicherung der Wahl des Kandidaten der republikanischen Parteien Wilhelm Marx!

In höchstem Maße bestürzt...

Die Industriellen über die deutschspanische Außenpolitik.

Aus Anlaß der Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsabkommens durch den handelspolitischen Ausschuss des Reichstages drachte der Bund Niederschlesischer Industrieller in Hirschberg:

„Gesamte niederschlesische Industrie ist über unerwartete Ablehnung Spanischhandelsabkommens im Reichstagsausschuß in höchstem Maße bestürzt. Nichttraktation bedeutet noch unvorstellbarem Material sofortige Unterbindung des umfangreichen Exports nach Spanien, damit Beschäftigungslosigkeit und Arbeiterentlassungen seitens der inzwischen auf den Spanienexport eingestellten Mitgliedern in großem Umfang. Wirkungen der Hinausschiebung der Ratifikation bereits jetzt im Nachlassen des Exports bemerkbar. Wir müssen schärfsten Protest gegen einseitige Rücknahme auf übertriebene Befürchtungen der Provinz zugunsten der allgemeinen deutschen Wirtschaftsinteressen erheben. Jegliche Unsicherheit macht sofortige Ratifikation des Abkommens dringend erforderlich.“

Wo bleibt die Führung?

Die Regierung und die außenpolitischen Gefahren der Kandidatur Hindenburg.

Hat Deutschland eine aktionsfähige Regierung? Haben wir eine außenpolitische, eine innenpolitische Führung? Die Vorgänge der letzten Tage legen die Frage nahe und sie können dazu veranlassen, sie zu verneinen. Diese Frage ist nicht nur theoretisch. Sie ist von der größten Bedeutung für die deutsche Zukunft. Die deutsche Republik führt außenpolitische Verhandlungen, die zu Ergebnissen von großer historischer Bedeutung führen können. Um diese Verhandlungen zum Ziele zu führen, bedarf es einer starken und entschlossenen Führung, die sich gegen alle Widerstände durchsetzt, und gewillt ist, den großen außenpolitischen Aufgaben die Innenpolitik unterzuordnen. Nicht nur wir werfen die Frage auf: Hat die deutsche Republik eine feste und führende Regierung? Diese Frage stellt sich der leitende Staatsmann jedes Landes. Das ist den Kreis dieser Verhandlungen und Kombinationen einbezogen ist.

Die Regierung des Reichsblocks unter Luthers Führung mit Stresemann als Außenminister ist unter diesem Gesichtspunkt ein unmögliches, widerspruchsvolles, gefährliches Gebilde. Herr Stresemann hat geglaubt, die Außenpolitik, die die republikanischen Parteien seit dem Kriegsende bis zum Abschluss des Londoner Vertrages geführt haben, fortsetzen zu können mit einer Regierung, in die die schärfsten Gegner dieser Politik einbezogen worden sind, während die eigentlichen Träger und Stütze dieser Außenpolitik von der Leitung der Staatsgeschäfte ausgeschaltet sind. Herr Stresemann hat gemeint, Außenpolitik und Innenpolitik völlig unabhängig voneinander behandeln zu können. Er hat die Deutschnationalen in die Regierung gebracht, und hat damit der Außenpolitik des bisherigen Kurzes die feste innenpolitische Grundlage entzogen. Er hat als Außenminister dieser Regierung Aktionen eingeleitet, die auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und auf den Abschluss eines Sicherheitspaktes hinauslaufen, der den Gebietsverlust im Westen ein für alle mal anerkennt und unter dem Vorbehalt der Möglichkeit einer Revision der deutschen Grenzen. Diese außenpolitischen Aktionen stehen in prinzipiellem Gegensatz zu den außenpolitischen Grundgedanken, die die Deutschnationalen bisher öffentlich vertreten haben. Man hat gehört, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion gegen diese Politik des Außenministers Einspruch erhoben hat, und daß eine große Auseinandersetzung zwischen den gegenwärtigen Regierungsparteien über die Frage der Außenpolitik unmittelbar bevorsteht.

Es ist die Pflicht jeder Regierung der deutschen Republik, zu führen. Es ist ihre Pflicht, das Volk auf alle Gefahren aufmerksam zu machen, die den eingeschlagenen außenpolitischen Kurs bedrohen. Es ist ihre Pflicht, laut und vernehmlich ihre Stimme zu erheben, wenn innenpolitische Auseinandersetzungen die Fortführung der bisherigen Außenpolitik zu gefährden drohen. Es wäre die Pflicht der Regierung Luther-Stresemann gewesen, die Bedrohung der außenpolitischen Aktionen durch die Haltung der Deutschnationalen nicht als Parteigeheimnis zu behandeln. Durch ihre Methode der Veruschung, der Verschleppung und der Verheimlichung hat sie das deutsche Volk in eine große Gefahr verlegt. Das Parteinteresse der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, ihr gemeinsames Interesse an der Präsidentenwahl, ist von den Männern der Regierung des Reichsblocks höher gestellt worden, als das außenpolitische Interesse des deutschen Volkes.

Die deutsche Präsidentenwahl ist mehr als ein rein innenpolitisches Ereignis. Nicht nur die Person des Mannes, der am 26. April endgültig gewählt werden wird, sondern auch die Persönlichkeiten der Kandidaten, die von den großen Parteigruppen in den Vordergrund gestellt werden, zeitigen Rückwirkungen auf die Erfolgsaussichten der außenpolitischen Aktionen der Regierung und auf die Stellung Deutschlands in der Welt. Die Regierung Luther-Stresemann hat diesen Gesichtspunkt anerkannt, als sie eine Aktion einleitete, um die Kandidatur Seyler, die vor dem ersten Wahlgang an die Stelle der Kandidatur Jarres gesetzt werden sollte, zu verhindern. Der deutsche Außenminister hat damals darauf hingewiesen, daß die Kandidatur Seyler den deutschen außenpolitischen Interessen abträglich sein würde. Es ist ihm gelungen, diese Kandidatur zu verhindern. Die Regierung hat an diesem Zeitpunkt die Pflicht zur Führung anerkannt. Niemand hat ihr daraus den Vorwurf gemacht, daß sie eine Wahlbeeinflussung versucht habe.

Wo aber bleibt die Anerkennung dieses Gesichtspunktes durch die Regierung Luther-Stresemann gegenüber der Kandidatur Hindenburg? Wir sind sicher, daß der Reichskanzler und der Reichsaußenminister von vornherein die Gefahren, die nicht nur die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, sondern auch schon die Tatsache, daß die Reichsparteien geschlossen Hindenburg zum Kandidaten für die Präsidentenwahl nominiert haben, für die deutsche Außenpolitik nicht unterschätzt haben. Sollten sie es dennoch getan haben, so haben die Ereignisse der letzten Tage ihr Unschuldig geben müssen, eine optimistische Auffassung zu rewi-

dieren. Die Stimmen der großen und ernst zu nehmenden Presse des Auslandes zeigen deutlich genug, daß die deutschen Rechtsparteien mit der Kandidatur Hindenburg auf dem besten Wege sind, Deutschland wieder in jene moralische Isolation zurückzuführen, gegen die die Regierungen der Republik in mühseliger Arbeit mit Erfolg angeknüpft haben. Der Regierung stehen die Berichte ihrer diplomatischen Vertretungen im Ausland zur Verfügung. Sie hat Berichte über den Eindruck der Kandidatur Hindenburg im Auslande angefordert. Diese Berichte sollten ihr zu denken geben. Die letzten Nachrichten aus Amerika zeigen außerdem, daß die Kandidatur Hindenburg jetzt schon zu einer ernsthaften Gefährdung des deutschen Kredits im Auslande und damit des mit so vieler Mühe geschaffenen Stabilisierungswerkes geführt haben. Die deutsche Regierung sollte durch diese Umstände alarmiert sein. Das Bild, das sich ihr darbietet, und dessen Züge sich immer schärfer herausarbeiten, ist das Bild einer Gefährdung des bisherigen außenpolitischen Kurses, die zu katastrophalen Konsequenzen führen kann.

Es sind nicht nur die Warnungen und Anzeichen aus dem Auslande, die die Regierung veranlassen sollten, sich auf die Pflicht zur Führung zu besinnen, die sie im Falle Geßler anerkannt hat! Die Stimmen aus der Deutschnationalen Partei — einer Regierungspartei! — werden immer lauter, die eine Wandlung des außenpolitischen Kurses für die Zeit nach der Präsidentenwahl fordern. Immer deutlicher und dringender werden die Stimmen, die in Hindenburg einen Sturmbock gegen die Stresemannsche Außenpolitik, gegen den Sicherheitspakt und den Eintritt in den Völkerbund sehen. Gestern abend veröffentlichte die „Deutsche Tageszeitung“ unter der Ueberschrift „Rettet die Grenzmarken“ einen Wahlauftrag für Hindenburg, den die „Nationale Einheitsfront, Kampffront gegen Schuldlüge und Schandvertrag, für deutsche Ehre und deutsche Weltgeltung“ erläßt. In diesem Auftrage heißt es:

„Fürchtbare Gefahren drohen der deutschen Zukunft, wenn jetzt das deutsche Volk nicht den richtigen Mann an seine Spitze stellt. Mit Völkerbund und Sicherheitspakt sucht der Feindbund den Versailler Schandvertrag zu verewigen, sich seinen Raub für alle Zeiten zu sichern. Es gehört ein großes Maß von innerer Widerstandskraft dazu, um der Gefahr der dauernden Selbstentmannung Deutschlands zu entgehen. Frage sich jeder ehrlich, ehe er seinen Stimmzettel abgibt, wer von den Kandidaten diese Widerstandskraft gegen ausländische Beeinflussung gewährleistet.“

Wählen wir jetzt falsch, so sind die uns widerrechtlich entzogenen Grenzmarken verloren und Millionen Deutscher um ihr Deutschtum betrogen, betrogen vom deutschen Volk, das endgültig in Schmach verfiel. Eine fürchtbare Verantwortung ruht auf jedem einzelnen von uns!

Darum rettet Deutschlands Ehre und die Zukunft von Millionen verarmter deutscher Brüder! Wählt Hindenburg, den Kandidaten des deutschen Volkes!“

Dieser Aufruf wendet sich eindeutig und klar gegen den außenpolitischen Kurs der Rechtsregierung und gegen die von ihr eingeleiteten Aktionen. Es ist ein Wahlauftrag für Hindenburg gegen den Sicherheitspakt, für Hindenburg gegen Stresemann.

Alles, was die Reichsregierung bisher gegenüber den gefährdenden Signalen aus dem Ausland wie gegenüber den deutschnationalen Treibereien unternommen hat, ist ein einziger offizieller Beruhigungsversuch. Sie hat versichern lassen, die Reichsregierung werde den eingeschlagenen außenpolitischen Kurs nach der Präsidentenwahl beibehalten. Dieser offizielle Beruhigungsversuch steht in schneidendem Gegensatz zu der Ausdeutung der Kandidatur Hindenburg durch die Deutschnationalen, wie zu den deutschnationalen Andeutungen, daß nach den Wahlen ein Vorstoß gegen die Außenpolitik der Regierung unternommen werden wird. Nicht

nur wir sehen diesen Widerspruch, sondern auch das Ausland. Der Eindruck, der sich mit Notwendigkeit daraus ergibt, ist der: die deutsche Republik hat keine homogene, aktionsfähige Regierung, die zur Führung fähig und entschlossen ist. Die Regierung der deutschen Republik läßt das deutsche Volk im unklaren darüber, welche Gefahren durch die Präsidentschaftskandidatur der rechtsstehenden Regierungsparteien für die deutsche Außenpolitik heraufbeschworen werden.

Was sind die Absichten der Regierung, welche Folgerungen gedenkt sie aus den katastrophalen Nachrichten zu ziehen, die über die Wirkung der Kandidatur Hindenburg täglich bei ihr einlaufen? Heute hat es den Anschein, als wäre die Kandidatur Hindenburg ihre Kandidatur, als hoffe sie selbst auf einen Wahlsieg Hindenburgs, um dann eine Kurschwengung auf der ganzen Linie vorzunehmen.

Ueberläßt die Regierung wirklich die Führung jenen rechtsstehenden, hinter den Kulissen arbeitenden Kreisen, die im Loebell-Ausschuß den Ausschlag für Hindenburg gegeben haben? Oder will sie die Vernachlässigung ihrer Führerpflichten damit entschuldigen, daß sie insgeheim selbst von vornherein eine Niederlage Hindenburgs und damit an eine automatische Abwendung der Gefahren glaubt, die die Kandidatur heraufbeschworen hat?

### Täuschung statt Führung!

Hamburg, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Minister des Äußern Dr. Stresemann sprach heute abend im Ueberseeclub über Weltwirtschaft und Weltpolitik. Die Geschichte der Nachkriegszeit, so führte er aus, habe engste Wechselwirkung zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik gezeigt. Deutschlands Stellung sei dadurch gekennzeichnet, daß wir heute noch viel enger mit dem Ausland verflochten sind als früher. Es scheint, daß sich in der Welt an Stelle der bisherigen Parole „Krieg und Untergang den Konkurrenten“ das Bestreben durchgesetzt hätte: „Zusammenarbeit mit den Konkurrenten“. Deutschland hat seine Handelsfreiheit auf handelspolitischem Gebiete am 10. Januar wiedergewonnen. Es wird die Verhandlungen mit den Staaten, mit denen es in neue Beziehungen eintritt, unter Festhalten am Prinzip der Meistbegünstigung führen.

Dabei ist das Prinzip einer Abschließung des deutschen Marktes durch Hochschutzzölle völlig unmöglich.

Richtlinien unserer Außenpolitik können nur sein: Sicherung der Grenzen des Reiches, freie Entwicklung im Innern und Sicherung des Friedens zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse. Machtpolitische Gecken waren schon zu einer Zeit verfehlt, wo wir die Macht besaßen. Die Grundlagen dieser Außenpolitik können auch durch ein Volksvotum über innerpolitische Anschauungen nicht geändert werden.

Ein solches innerpolitisches Votum gibt den Empfindungen und der Stärke der Parteienanschauungen Ausdruck. Es ist kein Abwägen der Stärke der Anschauungen über die künftige Gestaltung der Staatsform. Das Ausland braucht weder zu fürchten noch zu hoffen, daß eine innere Zerreißung in Deutschland eintritt, sondern kann unbeschadet um den Streit der Parteien auf eine gesunde und vernünftige Entwicklung der deutschen Verhältnisse vertrauen.

### Kapp-Schule im Loebell-Ausschuß.

Hinter den Kulissen der Kandidatur Hindenburg.

Stimmung, Stimmung! rufen die Leiter des Reichsbundes und sie lassen die Wandervögel mit Klumpen und mit Lauten aufmarschieren, um diese Stimmung zu erzeugen. Bergebens! Das Stimmungsthermometer bleibt ein paar Grad unter Null. Begeisterung für die Wahl des 80-jährigen Feldmarschalls ist nirgends zu spüren; am allerwenigsten bei denen, die diese Begeisterung hervorrufen sollen. Die Presse der Volkspartei steht Gemoht bei Fuß, die deutschnationalen Presse fällt ihre Spalten mit einem Entschuldigungsgestammel, dem man Verlegenheit und Bekommenheit von weitem ansieht.

Der Grund ist klar. Niemand hat die Kandidatur Hindenburg recht gewollt. Und wenn sie schließlich doch kam, so liegt das an dem katastrophalen Ruddle- und Uebel der im Loebell-Ausschuß herrscht. Man

ist hilflos und ratlos. Und in dieser erbärmlichen Lage gelang es dem völkischen Flügel der Deutschnationalen, die Kandidatur Hindenburgs, die von ihnen von vorn herein als eine Kandidatur gegen Volkspartei und Stresemann gedacht war, durchzudrücken, weil sie die einzigen waren, die mußten, was sie wollten.

Gebt Geld! Schreibt der Reichsbund und Herr Loebell schreibt verzweifelte Bittbriefe an die Industrie. Aber wer wird dem Loebell-Ausschuß heute noch Geld geben? Er wird in seinen eigenen Reihen nicht mehr ernst genommen. Lesen wir, was die deutschnationalen Vaterländischen Verbände vom Loebell-Ausschuß halten. Sie geben schon heute, anderthalb Wochen vor dem zweiten Wahlgang die Parole aus: Nie wieder Loebell-Ausschuß! Nie wieder Reichsbund! In ihrer Hochschrit, der „Tradition“ vom 12. April wird die Haltung des Reichsbundes an leitender Stelle ein „non plus ultra an Planlosigkeit und Mangel an Einsichtskraft“ genannt, von „peinlichen und unwürdigen Zwischenfällen“ gesprochen und dann folgende Konsequenzen gezogen:

„Es ist deshalb durchaus zu verstehen, daß die nationale Deffektivität, insbesondere die vaterländischen Verbände, von diesen Methoden, in einer großen, schicksalsschweren Frage eine Entscheidung zu treffen, nachgerade genug haben und daß sie nicht gewillt sind, sich künftighin noch einmal für ein System derartiger Kopf- und Planlosigkeit einzuspannen zu lassen.“

Wo soll da die Begeisterung herkommen? Sie haben genug von dem Loebell-Ausschuß! Sie wollen sich nicht noch einmal vor den Felskarren des Reichsbundes spannen lassen! Das Vertrauen ist futsch! Und die Industrie soll ihr gutes Geld für ein „System derartiger Kopf- und Planlosigkeit“ verpulvern? Es ist zu befürchten, daß Herr Loebell auch in dieser Richtung eine falsche Rechnung aufgemacht hat.

Und wie steht es mit der Kandidatur Hindenburg? Sind wenigstens die Deutschnationalen einmütig für Hindenburg? Sie denken nicht daran! Am allerwenigsten begeistern sich die deutschnationalen Vaterländischen Verbände für die Kandidatur des Greises. In dem Artikel der „Tradition“ heißt es über die Haltung der Verbände:

„Die sie bei der ersten Auffstellung der Kandidatur Jarres ohne Schwanken an dem einmal nominierten Kandidaten festgehalten und sich mit allem Nachdruck dafür eingesetzt haben, daß Versuche, nachträglich aus der Reihe zu tanzen, ohne Wirkung blieben, so haben sie es auch nach dem ersten Wahlgang für selbstverständlich gehalten, daß der eingeschlagene Kurs ohne Zaudern und Schwanken weitergeführt werde und daß — aus naheliegenden Gründen — jeder Eindruck der Unentschlossenheit wie der Kopf- und Planlosigkeit vermieden werden müsse.“

Sie wollten nicht Hindenburg, sie wollten Jarres! Und nicht nur die Vaterländischen Verbände! Auch der ostpreussische Freiherr v. Gajl, eine der festesten Stützen der Deutschnationalen, einer der eifrigsten Reaktionsäre, der von seiner Partei bei den letzten Regierungsverhandlungen im Reichsbund als Innenminister genannt wurde und also das besondere Vertrauen der Deutschnationalen genießt, war ein entschiedener Gegner der Kandidatur Hindenburgs. Am 6. April hielten die Vaterländischen Verbände eine gemeinsame Besprechung im Klub der Landwirte ab. Herr v. Gajl war der Hauptsprecher auf dieser Tagung und er führte nach den Mitteilungen des Organs der „Vaterländischen Verbände“ in seiner Rede aus:

„Freiherr v. Gajl unterzog darin, von lebhaftem Beifall unterbrochen, die Vorgänge im Loebell-Ausschuß einer scharfen Kritik und trat dann in eine eingehende Prüfung der Frage Hindenburg oder Jarres ein. Nach Abwägung aller in Betracht kommenden Faktoren glaubte er schließlich seiner Auffassung dahin Ausdruck geben zu sollen, daß es zweckmäßig sei, an der absolut ausbrechenden Kandidatur Jarres festzuhalten und der verehrungswürdigen Person des Generalfeldmarschalls das große, für ihn mit der Uebernahme einer Kandidatur verbundene Opfer zu ersparen.“

### Der Herings-Untersuchungsausschuß.

Nachdem er den Ruchschief  
Sich vom Bristol vorgeknöpft hat  
Und sein Wissen in betreff  
Barmats Mittagsmahl erschöpft hat,

Fand der Ausschuß: Solches Tun  
Kann dem Spürsinn nicht genügen,  
Sondern man muß ohne Ruhn  
Diesen Keder weiter pflügen.

Wieviel Unkraut bleibt den Herr'n  
Doch nach übrig auszusäen!  
Barmat — stimmt — oh Hering gern,  
Doch was tat er mit den Gräten?

Sein Remu kennt man genau,  
Doch heißt er's nicht im Bausche.  
Saden wir die Wottrau  
Ueber den Befund der Sausche.

Rot tut's auch, die Stubenmohr  
Allerstrengstens zu befragen,  
Was in puncto Sittlichkeit  
Sich im Zimmer zugetragen.

Untersucht das Nachtgesch  
Durch beedelt Sachverständige,  
Stören wir auch die Prüblers,  
Sie erspähn das Unanständige!

Stochert tief im Müllabfall  
Nach benagten Käseknochen,  
So kommt über diesen Fall  
Erst das Volksgemüt zum Rachen.

Und es wird ganz zweifellos,  
Wenn wir leuchten in die Posten  
Zuch der letzten Unterhos',  
Für Politiker uns halten!

Mich, von Lindenheiden.

Die Lithographie von Senefelder bis heute zeigt in einer Reihe von Musterexemplare die Stadt Schöneberg in ihrem Rathaus. Leiter der instruktiven Ausstellung ist Hans Baluschek, und die Auswahl, die er traf, sowie die Art, in der er sie vorführt, kann in historischer und künstlerischer Beziehung im großen und ganzen beifolgt werden. Im Bildmatischen hat das Steinbrückenverfahren die häufig überschritten werden; trotz der Möglichkeit der Wiedergabe dieser Feinheiten — worin uns die Amerikaner noch über sind — wirkt manches hart und spröde, wenn eine Zeichnung nicht ganz hervorragend ist — der Radierer z. B. hat es daher leichter zu schwindeln. Dennoch gab es natürlich auch hier vor Senefelder

und dem Berliner Wilhelm Reuter, die eben Künstler und Drucker zugleich waren, bedeutende Meister. Von den Alten beauftragt Theodor Hasemann, den der ebenfalls gut vertretene Heinrich Jille ins Moderne und ins Soziale überführt, von den Jüngeren fallen auf Wolff, Stumpp, Budzinski, Ronneberg, Feldmann, Sandrod, Consenius und Böttner. Baluscheks Arbeitergruppen sind stärker als seine Mutter, bei denen das Schöne und das Unschöne bismal verknüpft zum Ausdruck kommt. Phantasie und sicheres Können offenbart Karl Holz, seine Szene am Brunnen erinnert an Walter Trier. Sievogt und Lieberman sind zum Vorteil der Unbekannten nur mittelmaßig vertreten. Willibald Krahn ist es sogar sehr schlecht, und es fällt auf, daß Franz Feiler bei ähnlichen Vorwürfen einfacher und doch stärker wirkt. Von Berliner Lithographenanstalten zeigen zumprächliche Plakate die Firmen Carl Schmidt, Hollerhaus u. Schmidt, Trojisch und Carl. Eine der Firmen läßt sogar einen der Druckmeister im letzten Ausstellungsraum arbeiten. Dieser Mann des beschmierten Steins läßt hiermit den Besuchern des „Vorwärts“ bestellen, daß er sich freuen würde, bis zum 24. April (täglich von 10 bis 6 Uhr) Schaulust und Lerneifer vielen von ihnen noch befriedigen zu können. Es lohnt sich! ergo.

Der Olympia-Saal im Neuen Museum. Im Neuen Museum wurde dieser Tage der Oberlichtsaal neben dem großen Treppenhause wieder eröffnet, der seit Jahresfrist geschlossen war. Er enthält jetzt die Gipsabgüsse der Bildwerke aus Olympia. Manches davon ist schon in der alten Olympia-Abteilung des Museums zu sehen gewesen, die aufgelöst wurde, um die Räume zur besseren Ausstellung ägyptischer Altertümer zu verwenden. Es fehlen nun weder die Ritz des Patonios nach der Hermes des Praxiteles neben ihren Wiederherstellungen durch Ruhn. Ganz neu für Berlin sind die ergänzten Giebelgruppen des Zeus-Tempels. Sie stehen an den Längsseiten des Saales auf Postamenten von genau der gleichen Länge, wie sie einst die Giebelböden des Tempels hatten, und geben, in angemessener Entfernung einander gegenüber, den stärksten Eindruck ihrer gewaltigen Kompositionen. Die Statuen des Ostgiebels, die den feierlichen Vertragsabschluss vor dem Wettrennen des Pelops mit Dinomaos darstellen, erscheinen in der Anordnung und Ergänzung von Prof. Franz Studniczka in Leipzig, die Statuen des Westgiebels mit dem wildbelegten Kentaurenkampf in der Ergänzung des verstorbenen Prof. Georg Treu. Unergänzte Abgüsse von den vier besterhaltenen Kopten-Nischen am Zeus-Tempel bieten weitere Proben jener Herbe und tief innerlichen Kunst, die um 460 v. Chr. im Peloponnes blühte. Auf der Brüstung des Saalungangs sind außer Photographien von Leisten der Tempelbildwerke viele Tafeln aus dem Olympia-Werke angebracht, die alle bewundernswürdigen Gebäude des Heiligtums vor Augen stellen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen unter ihnen diejenigen Platten, die von der vielbarbieltest bestimmter Ornamente der Olympia-Architektur und einiger Rosetten schöne Beispiele liefern.

Staatsoper — Deutsche Oper. Vom Kultusministerium wird dem Amtlichen Preussischen Preßedienst mitgeteilt: Die Vorstellungen in einigen Berliner Zeitungen über Vorgänge in der Verwaltung der Staatsoper, wonach ein wirtschaftlicher Aufbau auf Kosten der künstlerischen Leistungsfähigkeit beabsichtigt sei, be-

ruhen auf unzutreffenden Informationen und einer Verkerung der Absichten der beteiligten Ministerien, des Kultus- und Finanzministeriums. Aus dem Gesamtkomplex der bei den Beratungen behandelten künstlerischen und organisatorischen Fragen sind lediglich Einzelheiten herausgegriffen und obendrein unrichtig wiedergegeben. Auch die Ausführungen in den betreffenden Zeitungsaufstellungen über angelegliche Maßnahmen des Staates zur Befreiung einer bedrückten Konkurrenz des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg mit der Absicht der Daniederhaltung der Leistungen dieses Instituts sind völlig unzutreffend.

Einheitskurzschrift und Reichsbehörden. Die Nachricht, der Reichsminister des Innern habe auf Grund eines Beschlusses des Bildungsausschusses des Reichstages vom 3. April die Maßnahmen zur Einführung der Einheitskurzschrift im Geschäftsverkehr der Reichsbehörden zurückgestellt, ist, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, unzutreffend. Der Reichsminister des Innern hat im Dezember 1924 die obersten Reichsbehörden um Ausfertigung gebeten, inwieweit die Kurzschrift im inneren Behördenverkehr angewendet werden kann, und dabei eine Vertreterbesprechung für Anfang März 1925 in Aussicht gestellt. Da eine abschließende Prüfung der Frage bis zu diesem Zeitpunkt sich nicht ermöglichen ließ, hat er durch Rundschreiben vom 10. März den obersten Reichsbehörden mitgeteilt, daß es ihm verträut erscheine, zu einer Besprechung der Frage, ob und in welchem Umfange im Geschäftsverkehr der Behörden die Kurzschrift einzuführen ist, schon jetzt einzuladen. Die Maßnahmen sind keineswegs zurück- oder etwa eingestellt, nehmen vielmehr ihren Fortgang. Die Ausarbeitung von Vorschlägen für die Anwendung der Kurzschrift im inneren Behördenverkehr ist im Gange.

Restung der öffentlichen Sittlichkeit. Vor dem Wiener Geschworenengericht hat sich der Geschichtsforscher des Volk-Verlages in Berlin wegen Vergehens gegen die öffentliche Sittlichkeit zu verantworten, weil er die Bildermappe „Ecce homo“ von George Grosz verbreitet hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte von dieser Mappe 22 Bilder als unästhetisch beschlagnahmt. Die Verhandlung selbst fand auf Antrag der Staatsanwaltschaft unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Geschworenengericht sprach den Angeklagten mit 8 gegen 4 Stimmen schuldig, worauf er zu 14 Tagen einjährig Haft verurteilt wurde. Außerdem wurde vom Gericht die Beschlagnahme der Bildermappe und der Platten verfügt.

Vollschöner. In der am 24. d. M. abends 7 Uhr im Theater am Ballonplatz unter der Regie von Fritz Hof aufgeführten Besetzung von Nibelungen, Dailera, Wulf von Reichard, Hermann, Heil Paul Gensels die Leitrolle. Musikalische Leitung: Wolfgang Zeller, Bühnenbild: Edward Zuh.

Im Theater in der Altonaer Straße findet am 19. d. M., 11/2 Uhr, eine Tanzaufführung der Bodenmeister-Tanzgruppe (Wien) statt. Unter Führung und Mitwirkung von Gebrüder Bodenmeister gelangen Grund- und Einzelübungen nach Wulf von Reichard, Pausler, R. R. Waser, Johann Strauß u. a. m. zur Ausführung. Am Kaiser-Krieger-Keller (Wien). Vorerlauf an der Theaterstraße und den bekannten Stellen.

Nächste Beschäftigung. Eine achtstündige Uhr aus Straßsalmier hat ein Ulmer Bürger, seines Lebens Schicksal, erban. Sie ist zwei Meter hoch, ohne alle Uebermittel, beim u. dgl. hergestellt. 15 Jahre hat er zu dieser Arbeit gebraucht.

# Wirtschaft und Präsidentenwahl.

Bankett für Marx in Berlin.

Der Verlauf der weiteren Sitzung ist überaus amüsant. Nach den vorsichtigen Mitteilungen der „Tradition“ ist es dort nicht viel anders zugegangen, als in den Sitzungen des Voebell-Ausschusses auch. Endloses Gerede, kein Entschluß und schließlich Lieberherrung durch die Tirpizianer. Es ergab sich zunächst folgendes Bild:

Für Jarres:

der Verband der Vaterländischen Verbände, der Stahlhelm.

Für Hindenburg:

Frontbann, Jungdeutscher Orden, Vaterländische Arbeitnehmerbewegung.

Für Hindenburg die nationalsozialistischen Desperados, die dummen Jungen vom Jungdeutschen Orden, deren Gros nicht maßberichtig ist, und — die sogenannten „Arbeiter“ der Deutschnationalen!

Mitten in der Redeschlacht ließ Tirpiz seine Minen springen. Hindenburg nominiert Jarres zurückgetreten! Unter Voraussetzung der finomöglichen Wirkung ließ man die Nachricht dem Ausschuss per Flugzeug überbringen, und das Organ der Vaterländischen Verbände schließt den Sitzungsbericht menschelhaft mit den Worten:

„Da mit fortschreitender Aussprache immer offensichtlicher zutage trat, daß angesichts der verfahrenen Verhältnisse im Reichsblock und im Hinblick auf den schweren Bewusstseinskonflikt, in den sich die gesamte nationale Öffentlichkeit durch das Aufwerfen der Kandidatur Hindenburg gebracht sieht, eine einmütige Stellungnahme nicht werde herbeiführen lassen, glaubte der Vorsitzende wenigstens darüber Klarheit schaffen zu sollen, ob die den V. u. B. D. angeschlossenen und befreundeten Verbände bereit seien, die vom Voebell-Ausschuss schließlich nominierte Kandidatur, unbekümmert um den Namen ihres Trägers, vorbehaltlos und nachdrücklich zu unterstützen.“

Nicht ohne den Vorbehalt allerdings, daß die Vaterländischen Verbände „sich nur ungern in den Zwang einer solchen Option verfehlen“.

Begeisterung für Hindenburg? Ach nein! Weder bei der Volkspartei noch beim Stahlhelm, den Vaterländischen oder den Deutschnationalen. Man hat sich von einer kleinen Clique politischer Bravos vergewaltigen lassen nach Art der Bergewaltigung Kahrs im Bürgerbräu. Das ganze ist nichts als eine Fortsetzung des Kapp-Putschs und der Novemberbräunomödie um Hitler und Ludendorff.

Der Kapp-Putsch hat Kapp politisch unmöglich gemacht. Der Ludendorff-Putsch hat Ludendorff erledigt. Die Komödie im Voebell-Ausschuss hat Voebell zur Strecke gebracht. Die erprobte Kandidatur Hindenburgs wird mit der Niederlage Hindenburgs enden. Niemand, der das nicht einleuchtend im Reichsblock. Aber man ist zu feige gewesen, um den Piraten in die Arme zu fallen!

Aus Feigheit opfert man Hindenburg! Weht den Kapp-Schülern vom Reichsblock am 26. April den Dentschel, den sie verdienen!

## Antwort an Neuhaus.

Auslandsblöhe bis zu 100 Proz. höher.

Genosse Simon Franken sahte am Donnerstag im Haushaltsausschuss des Reichstags den Eindruck der Ministerrede in der Warnung zusammen, daß sich das Ministerium davor hüten müsse, den Ansehens zu erweisen, als ob es eine Filiale des Reichsverbandes der deutschen Industrie wäre. Die Behauptung des Unternehmers, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit würde durch die Böhne unterbunden, ist nicht stichhaltig. Genosse Simon führte im Anschluß an seine Darlegungen Statistiken an, aus denen hervorgeht, daß die Böhne des Auslands in vielen Fällen bis zu 100 Proz. höher sind als die Böhne in Deutschland. Im übrigen kritisierte Simon die unangemessenen Zuschläge im Handel, die bedeutend höher sind als vor dem Kriege. Bezüglich des Kartellwesens führte er die bemerkenswerte Tatsache an, daß deutsche Firmen im Ausland deutsche Waren billiger kaufen als in Deutschland selbst. Gegenüber der deutschnationalen Forderung auf Unterstützung des Obsthandels bemerzte unser Genosse, daß gutes deutsches Obst im Großhandel 12 bis 15 M. im Kleinhandel aber 100 bis 120 M. gekostet hat. Der Redner fragt, in welche Taschen diese Preisdifferenz eigentlich geflossen sei. Ohne diese Aufklärung habe der deutsche Obsthandel keinen Anspruch darauf, daß seine Klagen ernst genommen werden können. Genosse Käpfig betonte den Widerspruch der sogenannten gesteigerten Umsatzsteuer (Zugsteuer). Wenn man die Herstellung von Qualitätsware fördern wolle, dürfe man diese Fabrikation, die erst einen hohen Beschäftigungsgrad verdirgt, nicht durch die sogenannte Zugsteuer droffeln. — Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt.

## Rundfunk und Präsidentenwahl.

Marx und Hindenburg reden.

Die Reichsregierung hat, wie B.Z. meldet, auf Anregung des Reichsministers des Innern beschlossen, den Bemerbern um das Amt des Reichspräsidenten den Rundfunk zu Annehmlichkeiten freizugeben. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß die hinter den Bemerbern stehenden Parteien oder Gruppen keine gewalttätige Forderung der Verfassung anstreben.

Warnung! Unter der Firma „Republikanischer Wahlausschuss, Propagandaabteilung“ verbirgt sich ein angeblicher Generalsekretär W. Kroschel, Berlin W. 15, Rundschreiben, die zur Einzahlung von Wahlbeiträgen auf Postcheckkonto Berlin 82883 auffordern. Der Volksblock macht darauf aufmerksam, daß dieser Herr, der früher Sekretär der Deutschnationalen Partei war, zu den Organisationen des Volksblocks in keiner Beziehung steht und vor allem nicht durch ihn zu einer Sammlung von Wahlbeiträgen beauftragt ist.

Wielmehr handelt es sich bei dem Rundschreiben lediglich um Sammlung von Geldbeiträgen für einen privaten Verlag „Deutscher Kulturverlag“ und Betriebsstelle Berlin. Die Staatsanwaltschaft ist bereits auf das Treiben des Herrn Kroschel aufmerksam gemacht worden. Für Geldüberweisungen an den Volksblock gilt nach wie vor die Postchecknummer Berlin 5400.

Diplomatensurfs um Selbstverständliches. Im Bundestanzleramt zu Wien haben am Donnerstag die Besprechungen wegen der Erleichterungen im Reiseverkehr, namentlich im Verkehr mit Deutschland, begonnen. Es handelt sich zunächst jedoch darum, den Beamten, die mit den Verhandlungen betraut werden, die Richtlinien bekanntzugeben, nach denen die Aufhebung des Bismarckzwanges erfolgen kann.

Der Thüringische Landtag beschäftigte sich mit der großen Krise in der Sonneberger Spielwarenindustrie, wo sich der fünfte Teil aller Thüringischen Erwerbslosen befindet. Einer wirklich durchgreifenden Hilfe für die Erwerbslosen durch Schaffung von Arbeit hat der Landtag in seiner bürgerlichen Mehrheit nicht zugestimmt. Der Spielwarenindustrie will man nur durch Zuführung eines Kredits in Höhe von 3 Millionen mit ermäßigtem Zinsfuß helfen. Weiter soll nach Möglichkeit der Sonneberger Bezirk, dessen Spielwarenindustrie für den Export bedeutend verloren hat, mit neuen Industrien besiedelt werden.

Im Bankettsaal des Zoologischen Gartens fand gestern abend ein schlichtes Beisammensein zahlreicher Wirtschaftsführer und Politiker zu Ehren des Präsidentschaftskandidaten Dr. Marx statt. Unter den Anwesenden befanden sich unter anderen Geheimrat v. Guérard, Reichsminister a. D. Dr. Hilferding, Reichskanzler a. D. Hermann Müller, Präsident der Handelskammer Franz v. Mendelssohn und zahlreiche Vertreter der Presse. Die Veranstaltung wurde eingeleitet durch folgende

Rede des Reichskanzlers a. D. Marx:

„Gerade in diesem Kreise, der gewohnt ist, Tatsachen und Vorgänge nüchtern in ihren Ursachen und Wirkungen zu prüfen, wird es notwendig und möglich sein, die Bedeutung der Präsidentschaftswahl realpolitisch, kühl abzuwägen, Politik mit dem Rechenstift zu treiben. Man hat gesagt: Kein Mensch hat sich über die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten aufgeregt, hat aus ihrem Ausgang wirtschaftliche Nachteile oder Vorteile für die Union prophezeien wollen, was kümmert man sich um unsere Angelegenheiten, die rein innerdeutsche Angelegenheiten sind?! Das ist eine Ansicht, die Sie oft hören werden. Wir scheitern indes, sie geht an dem Kern des Problems vorüber, und der heißt doch:

Wird die Präsidentschaftswahl in Deutschland eine politische und damit auch wirtschaftliche Kursveränderung mit sich bringen oder nicht?

Das ist allerdings ein Problem, das aufs äußerste Deutschland und die Welt interessiert. Was bedeutet das für unsere Wirtschaft? Zunächst im Innern: Seit über einem Jahrzehnt schlappet sich unser Wirtschaftsleben von Erschütterung zu Erschütterung. Das, was der Wirtschaft die Möglichkeit des Gelingens gibt, die Ruhe der Entwicklung, die Stabilität der die Wirtschaft bestimmenden Faktoren, die Zusammenarbeit zwischen allen Berufen und Schichten der Bevölkerung, war uns eine nahezu unbekannte Größe geworden. Wirtschaft hieß jahrelang: Spekulieren, im guten, wie im bösen Sinne des Wortes. Hier hat die Festigung der Währung ersten Ranges gebracht, die tragbare Grundlage für einen neuen Wiederaufbau geschaffen, der Bevölkerung eine seelische und materielle Veruhigung gegeben, die sich in zahlreichen hoffnungsvollen Anzeichen äußerte.

Nach aber steht das große Problem — Sie wissen es — ungeklärt vor uns: Das Problem einer Anpassung unserer Wirtschaft, unserer Staatsanlagen an die Erfordernisse einer gegenüber den Vorkriegsverhältnissen gänzlich veränderten Zeit, denn auch in der Wirtschaft der einzelnen Völker, wie in der gesamten Welt haben sich weitestgehende Veränderungen vollzogen, die keine noch so begreifliche Sehnsucht nach dem früheren ungeschehen machen kann. Wir stehen

vor einem Reformprogramm allergrößten Stiles:

Reorganisation der Wirtschaft, Verteilung der Dawes-Kassen, Reform der Finanzgesetzgebung, Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen Ländern.

Man sollte meinen, daß ein solches Programm das äußerste an geistiger und moralischer Leistungsfähigkeit eines Volkes forderte, daß es ohne innere Ruhe, ohne fruchtbares und opferbereites Zusammengehen aller Volksgenossen undurchführbar wäre, hängt doch von seinem Gelingen, und zwar seinem raschen und vollständigen Gelingen, die Zukunft der deutschen Nation ab. In einer solchen Lage, die an sich schon fast über Menschenkraft hinausgeht, will man die Spaltung innerhalb des Volkes noch verschärfen durch das Hineinwerfen eines politischen Momentes? Will man zu all den Schwierigkeiten, die die wirtschaftlichen Momente leider an sich schon ausreichten mit sich bringen, noch politischen Sprengstoff hinzutragen, den Wirtschaftskampf dadurch verschärfen, daß man eine Scheidung der Geister nach politischer Anschauung herbeizwingt?

Sich kann mir nicht vorstellen, daß eine solche Belastung des Wirt-

schaftsriedens irgendwem von Nutzen sein könnte. Wir haben schon so schwer genug um unsere wirtschaftliche Ruhe und Entfaltungsmöglichkeit zu ringen, daß man doch den Komplex der zu lösenden Fragen nicht noch künstlich erweitern sollte! Ich erinnere daran, mit welchem Beifall aus allen Lagern vor einiger Zeit der jetzige englische Ministerpräsident zur Sammlung, zur wirtschaftlichen Verbesserung aufgerufen hat. Denn nur so könne das englische Volk im Kampfe um seine wirtschaftliche Weltgeltung bestehen. Ich glaube, dieser Ruf zur Sammlung sollte auch bei uns, die wir mit weit größeren Schwierigkeiten zu ringen haben, ein Echo finden. So hängt die innerwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands meines Erachtens in hohem Maße vom Ausgang der Präsidentschaftswahl ab.

Wende ich mich nun einer Betrachtung der außenwirtschaftlichen Möglichkeiten zu, so lassen Sie mich betonen, daß ich wahrlich der Letzte bin, der in allem, was wir tun oder lassen sollen immer ängstlich nach draußen schielt, was man da zu uns sagen wird. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen doch auch keine Vogel-Strauß-Politik treiben! Wir müssen doch die Lage nüchtern und vorurteilslos sehen, damit wir nachher nicht überrascht sind, wenn sich Momente einstellen, mit denen wir nicht gerechnet hatten! Das erfordert doch das einfachste Verantwortungsbewußtsein, oder ist man deswegen vielleicht kein Patriot mehr, wenn man versucht, sich von den möglichen Auswirkungen der Präsidentschaftswahl auf unsere außenpolitische Stellung ein Bild zu machen? Auch außenwirtschaftlich bedeutet meines Erachtens die Entscheidung am 26. April die Entscheidung über ruhige Weiterentwicklung oder Gegenwirkung. Man mag draußen mit Recht oder Unrecht annehmen, daß die Präsidentschaftswahl einen entschiedenen Kurswechsel in Deutschland bringen wird: es gibt weite und recht mächtige Kreise, denen allein diese Möglichkeit ein höchst willkommenes Agitationsstoff ist. Sie wissen selbst am besten, wie schwer unser Export in Gang kommt, wie außerordentlich die Hemmnisse draußen sind, wie wir in den Handelsvertragsverhandlungen monatelang zähle ringen müssen, und wie leicht das Errungene aufs Spiel gesetzt werden kann. Ich brauche hier nur an den deutsch-spanischen Handelsvertrag zu erinnern! Es ist Ihnen nicht unbekannt, wie jeder Erfolg Deutschlands auf dem Weltmarkt von denen aufgedacht wird, die ihre Kreise dadurch gestört sehen. Sie wissen, wie erfolgreich der Erfolg die Dawes-Anleihe hatte, weil das Zutreten zu einer ruhigen, stetigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft nach langen Jahren zurückgekehrt war.

Es gibt mächtige Wirtschaftskreise im Ausland, denen daran liegt, das kaum gewohlene Mißtrauen gegen den gefährdeten Konkurrenten wieder wachzurufen, Schreden an die Wand zu malen, über die wir lächeln mögen, die aber ihre Wirkung tun. Ich glaube, wir haben kein Interesse, unsere Konkurrenz mit Waffen gegen uns zu versehen, ihr Agitationsstoff zu liefern. Sind das Dinge, die wir gleichmütig übersehen können? Sollen wir das Mißtrauen wecken, daß unsere Wirtschaft vor schweren inneren Auseinandersetzungen steht und es darum besser wäre, den Ausgang dieses Kampfes abzuwarten? Wir brauchen noch das ausländische Kapital. Unsere Wirtschaft kann es mit der Selbsthilfe allein nicht machen, sie bedarf immer noch in großem Umfange der Hilfe von draußen. Wir müssen mit der Welt um uns sehen, und zwar leider in größerer Abhängigkeit als vor dem Kriege.

Diese Abhängigkeit vom Ausland wird, wenn uns die politische Klugheit nicht verläßt, ja nicht ewig dauern.

Betrachten wir die ausländische Mittel als den unausweichlichen Weg der uns in die Freiheit führt.

Die Freiheit, die politische und wirtschaftliche, ist das Ziel, das wir mit solchen Opfern erreichen müssen und, wie ich zuversichtlich hoffe, auch erreichen werden.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer-Röhl dankte dem Reichskanzler in einer längeren Rede. Am Schlusse der Veranstaltung brachte Graf Montgelas ein Hoch auf den Präsidentschaftskandidaten Marx aus, das von den Anwesenden begeistert aufgenommen wurde.

## Kabinettsliste fast fertig.

Veröffentlichung der Ministerliste angekündigt.

Paris, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Entschluß zur Übernahme der Kabinettsbildung, zu dem sich Painlevé am Mittwoch nach langem Zögern infolge eines von familiären Gruppen des Ministerrats ausgeübten freundschaftlichen Druckes durchgegangen hat, hat die erwartete Lösung der Krise noch nicht gebracht. Das große Ereignis des Mittwoch war die Berufung Caillaux, des von der Reaktion in Frankreich wegen seines Eintretens für einen Frieden der Verständigung mit unerbittlichem Haß verfolgt und 1920 vom Senat als obersten Staatsgerichtshof wegen „Verbindung mit dem Feinde“ zu zehnjähriger Verbannung unfehlbar verurteilten ehemaligen Führers der bürgerlichen Linken, dessen Amnestierung Herriot vor wenigen Monaten dem Senat erst durch Stellung der Vertrauensfrage abzurufen vermocht hat. Painlevé hat Caillaux, dem selbst seine unerwünschten Feinde die Fähigkeit zur Lösung der finanziellen Schwierigkeiten nicht absprechen vermögen, das Finanzministerium angeboten. Caillaux hatte sich dazu im Prinzip bereit erklärt. Gerade dadurch aber hat die Krise, deren Lösung am Mittwoch abend bereits in greifbare Nähe gerückt schien, eine neue Verschärfung erfahren. Auf der einen Seite wußt mit verstärkter Opposition eines großen Teiles des Senats gerechnet werden, der in dieser Rehabilitierung des von ihm verurteilten Vorkriegspolitikers, wie Herr Poincaré sich am Donnerstag morgen ausgedrückt hat, eine Provokation sieht. Auf der anderen Seite aber droht die ausgesprochene und in der allerjüngsten Zeit von ihm selbst erneut betonte Gegnerschaft Caillaux gegen die von den Sozialisten für die Fortsetzung der Unterstützungspolitik unbedingt geforderte Kapitalabgabe dem Fortbestande des Kartells ernsthaft gefährlich zu werden. Die zahlreichen Konferenzen, die Painlevé am Donnerstag gehabt hat und an denen außer Caillaux auch Briand, dem von Painlevé das Ministerium des Innern zugesagt ist, teilgenommen hat, haben noch kein Ergebnis gebracht.

In den Abendstunden kann der Eintritt Caillaux in das Kabinettsliste als gelichtet gelten. Dagegen ist neuerdings die Übernahme des Auswärtigen durch Briand wieder fraglich geworden. Painlevé erklärte am Abend, daß er nach im Laufe der Nacht sein Kabinettsliste, sei es mit oder ohne Briand, dem Präsidenten der Republik vorstellen zu können hoffe. Für den Fall der Ablehnung Briands dürfte Herriot oder Renoult als Außenminister in Frage kommen. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht beendet. Es ist neuerdings davon die Rede, daß Herriot als Nachfolger Painlevés zum Präsidenten der Kammer gewählt werden soll.

Auch die Sozialisten für Caillaux.

Paris, 16. April. (U.) Es wird soeben bekannt, daß die Sozialisten ihre Bedenken gegen Caillaux fallen gelassen haben. Der radikale Kammerausschuss stellt in einer

Erklärung fest, daß Caillaux aus der Partei nicht ausgeschlossen worden sei. In den Wandbelangen der Kammer hält sich das

Gerücht, daß Caillaux sofort nach seiner Bestätigung eine Debatte über die Kriegsschuldfrage fordern würde,

da er in dieser Frage die Auffassung Poincarés und der übrigen französischen Ministerpräsidenten nicht teile.

Voraussetzliche Minister.

Paris, 16. April, mitternachts. (M.B.) Kurz nach 10 Uhr wurde die Konferenz im Zimmer des Kammerpräsidenten Painlevé wieder aufgenommen. An ihr nahmen teil die Abg. Briand, Malvy, Savalle, die Senatoren de Monzie und Steeg sowie Caillaux.

Das Kapital wird ängstlich.

Paris, 16. April. (U.) Die Zeitung „Liberté“ veröffentlicht einen Aufruf zur Gründung einer Liga gegen Kapitalbesteuerung.

## Bombenattentat in Bulgarien.

Beim Begräbnis eines ermordeten Abgeordneten.

Sofia, 16. April. (Bulgarische Tel.-Agentur.) Bei der Begräbnisfeier des vorgestern ermordeten Abgeordneten der Regierungspartei, Kosta, explodierte in der Kathedrale Nedlita eine höllische Maschine. Zahlreiche Tote und Verwundete sind zu beklagen. Alle anwesenden Minister blieben unversehrt.

## Ein Schandfleck Europas.

Faschistische Verfassungspläne.

Rom, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die faschistische Partei und die Regierung haben den 21. Mai als Gründungstag Roms zum allgemeinen Feiertag erklärt. Demgegenüber sind die sozialistischen Gewerkschaften entschlossen, nach Möglichkeit den 1. Mai zu feiern.

Der Faschistenausschuss zur Durchführung der Forderung der Verfassung hat eine Vorlage vorbereitet, die alle wirtschaftlichen Körperschaften berechtigen will, Abgeordnete in die Kammer zu entsenden. Die faschistischen Syndikate sollen als Konopale anerkannt werden! Die Opposition soll durch Zwangsausweisung und Verbannung gebrochen werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Berliner Transportarbeiter 1923—1924.

Die Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Verkehrs-bundes hat in einem schon ausgeschalteten Bande den Jahres-, Geschäfts- und Kasstenbericht für die Jahre 1923/24 herausgegeben. Die gewaltigen Erschütterungen des Wirtschaftslebens während der Inflationszeit und die Nachwirkungen während des Jahres 1924 sind selbstverständlich auch am Berliner Verkehrsband nicht wirkungslos vorübergegangen. Wenn es trotzdem gelang, nicht nur die Verwaltungsstelle zu halten, sondern sie auch über alle Schwierigkeiten verhältnismäßig gut hinwegzubringen, so ist das vor allem der entgegenkommenden und zielbewussten Arbeit aller Funktionäre zu danken.

So groß auch der Mitgliedererlust zahlenmäßig ist, so kann doch festgestellt werden, daß er lediglich auf die wirtschaftlichen und psychologischen Wirkungen des Inflationsjahres 1923 zurückzuführen ist. Am Ausgang des Jahres 1923 konnten schätzungsweise etwa 70 000 Mitglieder festgestellt werden. Das folgende Jahr ermöglichte nach der Stabilisierung des Geldes wieder eine genaue Kontrolle des Mitgliederbestandes. Auf Grund der verlaufenen Beitragsmarken ergab sich am 31. Dezember 1924 ein Mitgliederbestand von 46 440. Das Abwärts in der Mitgliederbewegung ist im neuen Jahre zum Stillstand gekommen; es hat sich sogar eine so erfreuliche Mitgliederzunahme während des ersten Vierteljahres gezeigt, daß die Bezirksverwaltung auf dem besten Wege ist, das erste Hunderttausend Mitglieder wieder zu erreichen.

Von großer Bedeutung werden dabei die Beschlüsse sein, die die kürzlich von den Verbandsförperschaften gefaßt wurden und die den aus den oben bezeichneten Gründen Ausgeschiedenen die Rückkehr in der Organisation ganz außerordentlich erleichtern werden. Zur Belebung der Agitation hat die Bezirksverwaltung auch mit Zustimmung der Generalversammlung die Bezirksagitationskommissionen wieder erneut begründet. Selbstverständlich hat die „revolutionäre“ Phrasologie der Kommunisten auch im Verkehrsband manchen Schaden angerichtet. Trotzdem kann aber festgestellt werden, daß der Dummengang der Moskowiter an dem gesunden gewerkschaftlichen und politischen Sinn der großen Mehrheit der Verbandsmitglieder gescheitert ist.

Das Zeitungsweesen des Verbandes hat natürlich während der Inflationszeit stark gelitten. Das Bundesorgan und auch des Berliner Mittelungsblatt wurde vorübergehend am regelmäßigen Erscheinen gehindert und erst die finanzielle Hilfe der internationalen Bruderorganisationen hat es möglich gemacht, daß die Zeitungen ihre gewerkschaftlichen Aufgaben wieder erfüllen konnten.

Die Finanzen sind den Verhältnissen nach gut zu nennen; trotzdem wird im Bericht darüber geflagt, daß viele Mitglieder nicht den Beitrag zahlen, der ihrem Einkommen entspricht. Wenn auch bei der Entnahme der Kampf- und Pressefondsarten wieder der Umsatz erreicht sein wird, der erwartet werden kann, wird die Bezirksverwaltung auch finanziell bald wieder ihre alte Schlagkraft erlangt haben.

Die Berichte der 7 Sektionen geben ein Bild ungeheurer gewerkschaftlicher Kleinarbeit der Sektionsleitungen und der Angestellten, wie aller ehrenamtlichen Funktionäre. In einer Anzahl Versammlungen, Konferenzen und Sitzungen wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Branchenangehörigen besprochen und geregelt. Es gelang in den weitaus meisten Fällen die Wünsche und Bedürfnisse der Branchenangehörigen zufriedenstellen; nur bei den Transportarbeitern in der Metallindustrie werden die Löhne vom BBRD ganz systematisch niedrig ge-

halten. Die Sektionen und die Bezirke Köpenick und Spandau haben zusammen 491 Angriffsbewegungen geführt, in denen ohne die Anwendung des letzten Mittels zufriedenstellende finanzielle Erfolge erzielt werden konnten. Angriffsfreie wurden in 353 Betrieben mit etwa 8000 Transportarbeitern geführt. Während des Inflationsjahres 1923 waren diese Zahlen natürlich unvergleichlich höher. Die fortschreitende Geldentwertung machte aber eine zahlenmäßige Erfassung des Erfolges fast zur Unmöglichkeit. Zusammenfassend kann die Bezirksverwaltung mit gutem Recht behaupten, daß sie unter Einlegung aller verfügbaren Kräfte und unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Nachmittel die Position des Verbandes und der Mitglieder während der zwei Jahre, die in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung beispiellos dastehen, gehalten hat.

### Unlautere Geschäftspraktiken.

Uns wird folgendes mitgeteilt: Die Firma Willy Wiesner, Kottbuser Ufer 25a und die Firma Rudolf Zahn, Potsdamer Straße 27a haben den Zigarren- und Zigarettenverkauf in einer Reihe von Berliner Gastwirtschaften, so u. a. im Kaiser-Café, Café Softy, Dessauer-Garten und Kochelbräu gepachtet. Von den Zigarettenverkäuferinnen werden auf die umgekehrten Waren 10 Proz. Aufschlag erhoben. Das Publikum zahlt diesen Aufschlag in der Annahme, daß die betreffenden weiblichen Arbeitnehmer Angestellte des Gastwirts seien und daß diese 10 Proz. den Arbeitnehmern für die Bedienung zuzuführen. Diese Annahme ist irrig. Die genannten Firmen erheben unter Vorpiegelung falscher Tatsachen diese 10 Proz., zahlen an die Arbeitnehmer 6 Proz. und streichen die übrigen 4 Proz. zur Erhöhung ihres Profits in ihre Tasche. Das Publikum ist auf keinen Fall verpflichtet, diese 10 Proz. zu bezahlen, weil die verkauften Waren nicht mit dem Verkaufspreis einschließlich Aufschlag danderbietet sind. Es handelt sich also um einen Versuch, die Gäste der fraglichen Betriebe hinter das Licht zu führen und die Angestellten um die für sie bezahlten Beträge zu bringen. Es ist daher dringend zu empfehlen, diesen Aufschlag nicht zu bezahlen. Der Aufschlag von 10 Proz. steht nach der vertraglichen Regelung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausschließlich den Kellnern zu; andere dürfen an den Prozentsätzen nicht partizipieren. Das Publikum ist jedenfalls nicht dazu da, auf unlaute Art und Weise zur Bezahlung der Arbeitnehmer herangezogen zu werden, und es sollte sich ein Geschäftsgebaren, das mit solchen Manipulationen arbeitet, verweigern.

### Berliner Metallarbeiter!

Zu dem vom Deutschen Metallarbeiterverband veranstalteten Vortragszyklus in der Urania beginnt am Sonntag, dem 18. April, abends 7 Uhr, der sechste der zehn Vorträge über die Grundlagen der Starkstromtechnik. Diese letzten fünf Vorträge sollen insbesondere das Gebiet des Wechselstromes behandeln und bietet sich hier den Kollegen, die auf Wechselstromgeneratoren, Transformatoren, Umformer, Schaltapparate arbeiten, Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu erweitern. Alle Vorträge finden Sonnabends um 7 Uhr statt. Teilnehmergebühr für die fünf Vorträge 2,50 M., für Lehrlinge 1 M. Karten am Sonnabend von 1/7 Uhr ab in der Urania.

### Schadenersatzurteil gegen eine Streikleitung.

Hofpe, 16. April. (Mth.) Im Jahre 1921 trat die Belegschaft des Hapser Eises- und Stahlwerkes (Röckner-Konzern) in einen Sympathiestreik ein. Nach dem Streik verkauften das Werk die Streikleitung auf Schadenersatz. In Uebereinstimmung mit dem Landgericht in Hagen hat jetzt das Oberlandesgericht in Hamm erneut und nunmehr rechtskräftig die Streikleitung zur Schadenersatzleistung verurteilt. Die Streikleitung sei sich über die

schweren Schädigungen vollkommen klar gewesen und hätte dennoch bemüht und gewollt den Streik herbeiführen, den das Gericht als im höchsten Grade sittenwidrig bezeichnete. Die Streikleitung hat 330 Dollar als Schadenersatz und die beträchtlichen Prozesskosten zu tragen.

Anmerkung der Redaktion: Um dieses Urteil zu würdigen, müssen erst die Vorgänge genauer bekannt sein und die eingehende Urteilsbegründung abgewartet werden.

### Ein Wahlsieg des AFA-Bundes in Augsburg.

Die Wahlen zum Angestelltenrat in der Maschinenfabrik Augsburg-Kürnberg A.G., Berl. Augsburg, hatten folgendes Ergebnis: Wahlberechtigt 1047, abgegebene Stimmen 681, mithin Wahlbeteiligung 65 Proz. Es entfielen auf die Liste des AFA-Bundes (Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband) 417 Stimmen = 8 Siege, auf die Liste des Gewerkschaftsbundes der Angestellten 156 Stimmen = 2 Siege und auf die Liste des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes 104 Stimmen = 1 Sieg.

### Die Krise im belgischen Bergbau.

Brüssel, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Krise im belgischen Bergbau hat sich weiter zuspitzt. Die Grubenherren haben den bestehenden Tarifvertrag zum 1. Mai gekündigt. Als Folge davon kündigten sie am Donnerstag eine Lohnföhrung von 5 Proz. zum 1. Mai und eine weitere von 5 Proz. zum 1. Juni an. Infolgedessen ist zum 25. April ein außerordentlicher Bergarbeiterkongress einberufen worden, um zur Lage Stellung zu nehmen.

### Drohender Schifferstreik in Dänemark.

Aus Kopenhagen berichtet die M.: Die dänischen Seefleute und Heizer beschließen, den Reedern die Streikdrohung für den 21. April anzustellen. Sie verlangen zehn Prozent Lohnerhöhung, während die Reeder eine Herabsetzung des Lohnes um fünf Prozent für notwendig halten.

### Zusammenfassung der indischen Gewerkschaften.

(Mth.) Von indischen Gewerkschaften wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß der All-India Trade Union Congress, der All-Indische Gewerkschaftsbund, die einzige wirkliche Zusammenfassung der indischen Gewerkschaften ist und daß die „Labour League of India“ nur auf dem Papier existiert. Die Adresse des All-Indischen Gewerkschaftsbundes ist: All-India Trade Union Congress, 5 Rutherford Street, Fort, Bombay.

**Achtung, Buchdrucker!** Die für Montag, den 19. April, abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus angetragene Generalversammlung beginnt bereits pünktlich um 1/4 Uhr, da der Referent Kollege G r a h m e n n anderenorts beruflichungen wegen sein Referat selber beenden muß.

**Achtung, Zimmerer!** Heute, Freitag, abend halten folgende Bezirke in den bekannten Lokalen Versammlungen ab: Bezirk 9, 10, 12, 13, 14, 17, 19 und 21. Am G e n e r a l b e r e i c h tungen folgende Bezirke: 7, 11, 16, 18, 22, 23, 24, 25, 27, 29, 30, 31, 32, 33, 41 und 44. Kommen, anstret für guten Besuch!

**Gewerkschaftsausschüsse des 19. Bezirkes (Gauland).** Alle ausgewählten und die vom vorigen Jahre wieder bestelligten Mitglieder der Unterausschüsse werden zu einer Sitzung am Sonntag, den 19. April, vormittags 10 Uhr, im Jugendheim, Denlow, StraÙe 30, Eingang Kilmann, geladen. Der Obmann.

### (Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Beantwortung für Wolff: Graf Weber: Wirtschaft: Arthur Göttrich: Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schöler: Revisionen: Dr. John Schöler: Politik und Sozialismus: Fritz Kurland: Anzeigen: H. Gode: sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berling G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berling-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Gieseler u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 2. Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Witz“ und „Jugend-Berliner“.

# A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

## Frisches Fleisch

- Kalbskamm u. Brust ... Pfund 70 Pf.
- Kalbsnierenbraten ... Pfund 75 Pf.
- Kalbskeule ganz und geteilt ... Pfund 85 Pf.
- Schweinebauch mit Beilage ... Pfund 85 Pf.
- Schweinerücken und Blatt ... Pfund 90 Pf.
- Schweineschinken ... Pfund 95 Pf.
- Gehacktes ... Pfund 65 Pf.

## Prima fett. gefrorenes Fleisch

- Fettes Suppenfleisch ... Pfund 50 Pf.
- Rinderkamm und Brust Pfund 60 Pf.
- Schmorfleisch mit Knochen ... Pfund 70 Pf.
- Roastbeef mit Knochen ... Pfund 70 Pf.
- Rinderherzen ... Pfund 32 Pf.
- Hammelvorderfleisch ... Pfund 65 Pf.
- Hammelrücken m. 70 Pf. Keule 75 Pf.

## Obst, Südfrüchte, Gemüse

- Blutapfelsinen Salat ... Kopf 20 Pf.
- Dupend 50 Pf. 70 Pf. 95 Pf.
- Zitronen ... Dutzend 35 Pf.
- Ital. Feigen ... Pfund 24 Pf.
- Ananas frisch ... Pfund 1 M
- Eß- u. Kochäpfel m. 25 Pf.
- Amerik. Apfel Pfund 55 Pf.
- Junger Spinat Pfund 25 Pf.
- Radieschen ... Bund 10 Pf.
- Grüne Gurken v. 90 Pf. an
- Rhabarber Pfund 28 u. 48 Pf.
- Zwiebeln m. 35 Pf.
- Blumenkohl Kopf v. 20 Pf.
- Schwarzwürzeln m. 25 Pf.

## Konserven

- Schnittbohnen 1. Sorte ... 70
- Karotten geschnitten ... 35
- Junge extra kleine ... 1 M
- Junge Schoten ... 80
- Kaiserschoten ... 225
- Kohlrabi ... 1/2 Dose 33
- Grün-, Rot-, Wirsingkohl 50
- Teffower Rübchen extra kleine ... 1/2 Dose 55
- Bruchspargel dünn ... 220
- ohne Köpfe ... 195
- Stangenspargel stark ... 1/2 Dose 185 360
- extra stark ... 1/2 D. 210 410
- Apfelsmus 1/2 Dose 35, 65
- Birnen halbe Frucht ... 85
- Pflaumen halbe Frucht 95
- Schattenmorell. mit Stein 95
- Apfel „Helvetia“, geteilt 1 M
- Mirabellen ... 120
- Preißelbeeren ... 120
- Pfirsiche kalifornische halbe Frucht 210
- Ananas Hawaii l. Scherb. 270
- Liebig Fleischextrakt flüssig ... Flasche 1 M
- Portugies. Oelsardinen Dose 50 Pf. 70 Pf. 95
- Ochsenfleisch m. 175
- Holsteiner ohne Knoch. 85
- Dänische Milch 7 bis 8 1/2, Fettgehalt Dose 25

## Kaffee und Kakao

- Kaffee 5 Sorten, frisch gebrannt, Pfund 280 340 380 420 440
- Spezial-Mischung mit 50 Prozent Bohnenk. Pfund 76 Pf. mit 40 Prozent Bohnenkaffee 140
- Echter Malz- u. Roggenkaffee ... 1 Pfund-Paket 42 Pf.
- Kakao stark emulsiert, in Paketen, Deussdorf m. 70 Pf. Salern Pfund 85 Pf.

## Kolonialwaren

- Makkaroni Bruch Pfund 38 Pf.
- Tafelreis vollert, Pfund 24 Pf.
- Tafelreis unpol., Pfund 20 Pf.
- Grünkern ganz, Pfund 72 Pf.
- Weizengrieß Pfund 26 Pf.
- Hartgrieß ... Pfund 30 Pf.
- Haferflocken Pfund 24 Pf.
- Hafergrütze Pfund 28 Pf.

- Eier-Schnittnudein ... Pfund 32 Pf.
- Kalifornische Ringäpfel Pfund 32 Pf.
- Kalifornische Pfirsiche ... Pfund 52 Pf.

## Wurstwaren

- Leberwurst zwiebel Pfund 68 Pf.
- Rotwurst ... Pfund 68 Pf.
- Leberwurst Hausmach. Pfund 116
- Fleischwurst Thüring. Art, Pfund 116
- Bockwurst ... Pfund 125
- Jagdwurst ... Pfund 125
- Filetwurst ... Pfund 135
- Pomm. Teewurst Pfund 180
- Plockwurst weill., Pfund 170
- Zervelat und Salami Holsteiner ... Pfund 170
- Mag. Speck) deutsche Ware Pfund 130
- Fett. Speck) 130

## Käse

- Romatour ... Stück 24 Pf.
- Kuhkäse ... Stück 24 Pf.
- Camembert Schweizer Käse 25 Pf.
- „Duppung“, vollert Schachtel ... 28 Pf.
- Faustkäse Pfund 45 Pf.
- Brie vollert, Schachtel 1/2 Pfund Inhalt 50 Pf.
- Gouda dänischer, Pfund 62 Pf.
- Limburger ... Pfund 65 Pf.
- Tilsiter ... Pfund 80 Pf.
- Holländer ... Pfund 85 Pf.
- Steinbuscher Pfund 90 Pf.
- „vollert“, Pfund 125
- Schweizerkäse bayr. Pfund 145
- Chesterkäse ... Pfund 145

## MONDAMIN



- Mondamin z. Back. u. Koch., vorzögl. l. Kuchen, Supp., Tunk., 225 Gr., Pak. 33 Pf.
- Mondamin-Backpulver Ohne Pulvergeschmack ... Beutel 9 Pf.
- Mondamin-Puddingpulver Bellebte Sorten ... Päckchen 8 Pf. 12 Pf.
- Mondamin-Vanille-Soßenpulver Paket ... 7 Pf.
- Mondamin-Feinkost-Pudding Für die gute Küche ... Schachtel 25 Pf.

## Fische u. Räucherwaren

- Bratschollen große ... Pfund 18 Pf.
- Grüne Heringe holländ. ... Pfund 18 Pf.
- Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische Pfund 20 Pf.
- Rotbarse ohne Kopf ... Pfund 35 Pf.
- Zander ... Pfund 85 Pf.
- Makrelen-Bücklinge Pfund 25 Pf.
- Sprotten ... Pfund 35 Pf.
- Kieler Bücklinge ... Pfund 48 Pf.

## Geflügel

- Junge Tauben ... Stück 105
- Brathühner frisch geschlachtet, Pfund 135
- Suppenhühner frisch geschl., Pfund 145

## Fette

- Margarine (Spezialmark.) 1/2 Pfund-Pak. 34 Pf.
- Molkerei-Butter 1/2 Pfund-Paket 88 Pf.
- Tafelbutter ... 1/2 Pfund-Paket 95 Pf.

# Berlins Stadthaushaltplan.

Er zeigt — nach der Ansicht des Kämmerers — zunehmende „Solidität“.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung kann endlich mit der Prüfung des Stadthaushaltsplanes für 1925 beginnen. Der Magistrat hat ihn jetzt vorgelegt, und in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gab zunächst der Kämmerer sein Gesetzwort. Er ist mit ihm zufriedener als mit den Haushaltsplänen der vorhergehenden Jahre, aber noch blüht er nicht ohne Sorgen in die Zukunft. Der Reichtum des Hauses gilt sein Hinweis auf die „Propheten“, die in den Jahren der Geldentwertung immer wieder der Stadt Berlin den angeblich bevorstehenden „Bankrott“ ankündigten. Ja, sie hätten es gern gesehen, daß es zum Zusammenbruch gekommen wäre, damit sie verlogen über „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ schreiben konnten. Daß die Entwicklung des Berliner Gemeinwesens jetzt wieder aufwärts geht, ist wahrlich nicht den rechtsstehenden Parteien zu danken. Die von dort aus betriebene Hege hat viel dazu beigetragen, Berlins Kredit zu schwächen und die Besserung der Stadtfinanzen zu erschweren. — Die Fraktionen werden sich erst in der nächsten Sitzung zu dem Haushaltsplan äußern.

Die gestrige öffentliche Sitzung der Stadtverordneten eröffnete der Vorsteher Gen. Haß um 6 1/2 Uhr. Die Anfrage der Dem. vom 12. Februar betr. die

### Ausgestaltung des Spielplatzes an der „Einfamen Tappel“ an der Schönhauser Allee

ist durch den endlichen Eingang der (schon am 20. November 1924 von der Versammlung geforderten) bezüglichen Magistratsvorlage gegenstandslos geworden. Unter diesen Umständen beschrankte sich der Begründer der Anfrage, Stv. Flieth, auf die Empfehlung der Vorlage und auf den Wunsch, daß sie schleunigst verabschiedet werden möge, damit das Bezirksamt Prenzlauer Berg alsbald mit dem Bau beginnen könne. Frau Stadträtin Genossin Dr. Wenig schloß sich dieser Empfehlung und diesem Wunsch an, worauf die Vorlage einstimmig zur Annahme kam. Den Vertrag mit der Müllindustrie A. G. über die Verpachtung der Schöneberger Müllverbrennungsanstalt hat der Ausschuss mit einigen Veränderungen angenommen. In der Aussprache spielte die Frage, ob das Problem der Müllverbrennung schon reiflos gelöst sei, eine Rolle. Unser Redner, Gen. Wendt, wollte von der Verpachtung nichts wissen, sondern erstliche in dem Betriebe durch die Stadt einen Vorteil, der sich später auch finanziell durchaus günstig auswirken werde. Die Redner der Rechten, Kundt (D. Sp.) und Tropp (Dmal.), empfahlen die Genehmigung, da das Risiko mit dem Vertrage ausschließlich auf die Gesellschaft übergehe. Die Kommunisten hatten sich für Ablehnung ausgesprochen. — Mit 92 gegen 77 Stimmen nahm die Versammlung die Vorlage in der Ausschussfassung an. Der Antrag Heimann (Soz.) betr. den silbernen Tafelschmuck des Exzellenzprinzen ging auf Antrag der Dem. an einen Ausschuss. Hierauf ergriff der Kämmerer das Wort zur Einbringung des

### Stadthaushalts für 1925.

Er führte etwa folgendes aus:  
Die Haushalte der Inflationsjahre blieben, wenn man ihre Zahlen auf Friedensmark umrechnet, erheblich hinter dem Haushalt von 1914 zurück. Damals gaben die heute zu Groß-Berlin vereinigten Gemeinden ohne Anleihen und ohne Werte rd. 35 Millionen aus. Erst 1924 wurde der Vorkriegsbeitrag wenigstens in den laufenden Ausgaben, wieder erreicht. 1925 wird der Vorkriegsstand auch in der Gesamtausgabe erstmalig überschritten werden. Die Gesamtausgabe ohne Anleihen und Werte wird in Reichsmark rd. 452 Millionen betragen. Das sind bei einem Steuerertrag von 125 Proz. rd. 361 Millionen Friedensmark.

Der Haushaltsplan solider geworden. Nach 1922 und 1923 konnte hier gelagt werden, der Haushalt verleierte nur den Bankrott der Stadt. Die einmaligen Ausgaben waren damals beständig gering, die Wohlfahrtsausgaben ungenügend, die Unterhaltung der Gebäude, Straßenreinigung, Beleuchtung, schlecht. Zahlreiche angefangene Bauten mußten stillliegen. Die großen Werte der Stadt erzielen mühsam lächerlich geringe Ueberschüsse, zum Teil Fehlbeträge. Heute sind sie innerlich neu gestiftet und

werden in den nächsten Jahren hoffentlich steigende Ueberschüsse zu der dringenden nötigen Entlastung der Steuern bringen. Im Gesamtaufbau des Haushalts ist der Anteil der Zentrale von 40 auf 35 Proz. gesunken, und zwar wegen der Uebertragung der Mittel für die Sozial- und Rentenversicherung auf die Bezirke.

Innerhalb der Bezirke ist der Anteil Alt-Berlins von 58 Proz. im Jahre 1920 allmählich bis auf 43 Proz. im neuen Jahre zurückgegangen. Das Wiederanstiegen der einmaligen Ausgaben im Ordinarium kennzeichnet diesen Haushalt. Auf sie entfallen, ähnlich wie vor dem Kriege, rund 9 Proz. der Gesamtausgaben gegen 3 Proz. im Vorjahre. Sie betreffen besonders die Bauten, Straßen- und Brückenbau, Schulen und Krankenhäuser. Ihre Verteilung auf die Bezirke richtet sich naturgemäß nach der Dringlichkeit. So sind z. B. für Spandau und Köpenick Millionenbeträge eingestellt, welche die früher selbständigen Gemeinden aus eigener Kraft zweifellos nicht hätten schaffen können. Ein erheblicher Teil dieser Ausgaben gehörte in den Anleihehaushalt, und hat dort nur deshalb keine Aufnahme finden können, weil ein größerer Anleihen noch nicht zu denken ist. Die 35 Millionen, die im Anleihehaushalt vorgelegen sind, betreffen im wesentlichen die Werte und die Schnellbahnen, also werdende Zuwächse, für die uns Zustandsanleihen genehmigt werden. Der amerikanische Anleihemarkt ist uns heute nicht günstiger gestimmt (Vehhafte Kaufe links: Hindenburg). Inzwischen bedeuten die einmaligen Ausgaben im Ordinarium eine Belastung des Steuerzahlers, und diese Belastung ist sehr schwer, denn auch die Schonung des Steuerzahlers ist dringlich (Vehhafte Zustimmung).

1914 betrug die gesamte kommunale Steuerlast im heutigen Groß-Berlin nicht mehr als 100—170 Millionen. Sie ist 1924, wenn die Hauszinssteuer außer Betracht bleibt, auf 233 Millionen, 1925 auf 280 Millionen gestiegen. Das sind bei Berücksichtigung des Index 224 Millionen Friedensmark, also eine Mehrbelastung um 36 Proz. (Hört! Hört!), und dies, obwohl wir das Einkommen aus Kapitalvermögen fast völlig verloren haben und das aus Hausbesitz zum allergrößten Teil! Die bevorstehende Neuregelung des Zuschlagsrechtes wird hoffentlich nicht überflüssig werden; das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer ist uns ja in Aussicht gestellt.

Im einzelnen hat sich der Haushalt gegenüber dem Vorjahre nur wenig verändert. Der Anteil der reinen Verwaltungskosten ist infolge des Abbaues von 16 Proz. im Vorjahre auf 12 Proz. zurückgegangen. Das Ueberwachungsamt wird im Laufe des Jahres aus dem Haushalt verschwinden.

Die sozialen Ausgaben, Wohlfahrt, Jugendpflege, Gesundheitswesen, befinden sich in anhaltender starker Steigerung. Ihr Anteil an der Gesamtausgabe, 1914 nur 15 Proz., erreicht 1925 den hohen Prozentsatz von 35 Proz. Im kraftesten Mißverhältnis hierzu ist der Rönneranteil der Stadt an der Hauszinssteuer, der die Mittel für die gesteigerten Wohlfahrtsausgaben den Gemeinden bringen sollte, vor einigen Tagen mit einem Federstrich im Verordnungswege für Berlin um 10 bis 13 Millionen herabgesetzt worden!

Im Bauwesen sind zur Förderung der Wohnungsbauten 2 1/2 Millionen für Zuschusslokalen, 1/2 Million aus verlornen Zinszuschuß eingestellt worden. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft hilft, den Bau von 10000 neuen Wohnungen möglich zu machen.

Das einjährige Sorgenkind der Stadt, die Nord-Südbahn, steht vor der Fertigstellung des Verbindungsstückes in der Halenheide. Wir erwarten noch im Laufe des Sommers den durchgehenden Verkehr nach Reichsdorf. Den Haushalt der Kapital- und Schuldenverwaltung hätte ich lieber vorgelegt unter Einstellung von Beiträgen für die alten Gläubiger und für die Sparer. Unsere alten Schulden, in Goldmark umgerechnet, bedeuten eine Last von rd. 1,5 Milliarden. Der Entwurf des Ablösungsgeleges würde diesen Betrag bei 5 prozentiger Aufwertung auf 75 Millionen Reichsmark herabdrücken. Für die Verzinsung und Tilgung hätten wir nach diesem Entwurf etwa 3 1/2 bis 7 1/2 Millionen jährlich aufzubringen. Der Magistrat hat die Einstellung eines solchen Betrages abgelehnt, da es sich bisher nur um einen Geleitentwurf handelt. Da kann

nicht verschwiegen, daß ich diese Zusammenlegung für härter halte als unbedingt nötig (Vehhafte Zustimmung). Der für die Gemeinden natürliche Aufwertungssatz liegt, da sie die mit den Anleihen gekauften Werte noch besitzen, zwischen dem Aufwertungssatz des Reiches und dem der Industrieobligationen. Man sollte durch Geleit die Gemeindenarleihen einer besonderen, aber auch einer einheitlichen Regelung unterwerfen.

Die Ktempause, die wir vor einem Jahre sehen, hat angehalten. Wir haben sogar tiefer Atem holen können als wir damals glaubten. Aber die neuen Sorgen kommen. Sie nähern sich in demselben Maße, in welchem die Ausführungen des Dawes-Planes näherrückt. Lassen Sie uns wünschen, daß der neue Boden, den wir dann unter den Füßen haben, fest genug sei, um eine Beschreiben gemordens, aber doch die dringenden Anforderungen des Gemeinwohles erfüllende Gemeinbewirtschaft zu tragen. (Vehhafte Beifall.)

Die Generaldebatte über den Haushaltsplan für 1925 wird am 30. April beginnen. In der nächsten Woche findet wie der Vorsteher mittelt, keine Sitzung statt.

### Den Ausschussbericht über die Beratung des

#### Ortsgeleges über die Berufsämter

der Stadt Berlin erstattet Herr Dr. Meier (Dem.). Am dem Entwurf hat der Ausschuss jegliche Änderungen nicht vorgenommen. Ohne jede Erörterung trat die Versammlung den Ausschussvorschlüssen bei. Darauf wurde eine Reihe kleinerer Vorlagen ohne erhebliche Aussprache erledigt, so auch diejenige betr. die bauliche Umgestaltung des Deutschen Opernhauses. Von dem von der Stadt angekauften Rittergut Priy wollte der Magistrat 150 Hektar gleich 1 1/2 Millionen Quadratmeter zum Preise von 2 M. pro Quadratmeter an die Aktiengesellschaft Philipp Holzmann-Frankfurt a. Main wiederüberäußern, die dort zwei- und dreistöckige Wohnhäuser errichten will. Im Jahre 1925 sollen schon 1000 Wohnungen fertiggestellt sein. In einem Nachtrag hat der Magistrat seinen Vorschlag dahin eingeschränkt, daß nur ein kleinerer Teil des Geländes, etwa 300 000—400 000 Quadratmeter überäußert werden soll.

— In der Beratung verlangten die Kommunisten durch Dör die Uebernahme des Baunothabens in die eigene Regie der Stadt und die Vergebung der Wohnungen an Bedürftige. Von unseren Genossen war Beratung der Vorlage, die den Grundstücksauschuss bereits paßte, hat, in einem besonderen Ausschuss beantragt, wogegen sich Schulz (DZP), Bender (Dmal.) und Gronowald (Wirtsch. P.) gleichmäßig wandten, da sie darin bloß eine Verschleppungsaktion gegenüber dem auf Veränderung der Wohnungsnot bedachten Magistrat erblickten zu müssen glaubten. Gen. Gutsmuth stellte aber fest, daß zurzeit ohne Hauszinssteuerhypothesen weder eine Gemeinde, noch ein Privatunternehmer bauen kann, wenn nicht ungehäuslich hohe Mieten herauskommen sollen. Ob die Firma baue oder nicht, die Zahl der in diesem Jahre neu erstellten Wohnungen werde dadurch nicht im geringsten beeinflusst werden. Andererseits sei das umfangreiche und überaus wertvolle Gelände für den Siedlungsbau von größter Bedeutung und sollte von der Stadt nicht aus der Hand gegeben werden. Durch die Prüfung im Ausschusse werde die Lage am Baumarkt absolut nicht alleviert werden.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung aller Anträge und auch der Vorlage selbst. Nachdem noch der dritte Nachtrag zur Ergänzungsteuerordnung in erster Beratung erledigt war, erfolgte um 9 Uhr der Schluß der öffentlichen Sitzung.

### Die heutige Sportpalast-Rundgebung.

Der Anbruch zu der heutigen Sportpalast-Rundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold dürfte alles bisher dagewesene übertreffen. Es ist daher notwendig, daß das Publikum sich den Anordnungen der vom Reichsbanner gestellten Ordner unbedingt fügt, um jeden Zwischenfall zu verhindern und einen würdigen Verlauf der Feier zu ermöglichen. Insbesondere macht die Versammlungstung darauf aufmerksam, daß es streng verboten ist, die Stühle zu besteigen und zu rutschen. Alle Anfragen im Saubureau des Reichsbanners nach Ehrenkarten oder sonstige Bevorzugung bei der Anweisung von Plätzen sind zwecklos, da Ehrenkarten usw. nicht ausgegeben werden. Die Versammlung beginnt pünktlich um 8 Uhr, die Eröffnung des Sportpalastes erfolgt eine Stunde vorher. Es ist Vorfrage getroffen, daß die Redner des Abends, Präsidentschaftskandidat Dr. Raab, sowie die Reichstagsabgeordneten Hermann Müller-Franken und Erkelenz vom Balken des Sportpalastes aus das Wort ergreifen, um allen jenen, die keinen Einlaß mehr finden, Gelegenheit zu geben, das Wahlprogramm des Volksblocks aus dem Munde prominenter Führer kennen zu lernen.

## Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

Er war inzwischen bei der „Abbey“ angelangt; das Landhaus lag verödet. Anthony hatte schon häufig daran gedacht, es könnte einmal sein Heim werden. Hier war die Winter Stubenmädchen gewesen; er besuchte sich vor, mit welcher Freude sie im Salon sitzen, auf die Schelle drückte würde. Langsam durchwanderte er den Rosengarten; dieser Ort wird Betty gefallen, sie liebt Rosen, aber in Millborough gedeihen sie nicht. Hier hingegen standen sie, obwohl sie vernachlässigt wurden, in voller Blüte. Anthony nahm sich vor, mit Hobbs, dem Gärtner zu sprechen. Er mußte im voraus, was dieser sagen werde. Hobbs war in diesem Sommer zweimal nach Millborough gekommen, hatte Anthony seine Verzweiflung gellagt, und dieser hatte zweimal an Sir Harry Coomber geschrieben. Aber was sollte der verarmte Aristokrat tun? Er fragte an, ob Rombran u. Cousins nicht einen Platz für sein Landhaus finden könnten? Anthony beschloß, Hobbs auf eigene Verantwortung Hilfe angedeihen zu lassen. Der Rosengarten muß auf alle Fälle erhalten bleiben. Er gelangte in den Blumengarten; dieser war Hobbs besonderer Stolz; bunte Farben flammten vor Anthonys Augen. Der Blumengarten lag zwischen zwei alten grauen Mauern, die einst zum Kloster gehört hatten; im Hintergrund erhob sich die gewaltige Feste, die Herbert de Combles von einem Kreuzzug heimgebracht und hier eingepflanzt hatte. Die beiden Gärten waren durch eine Buchshecke getrennt; eine kleine Tür durchschnitt die Hecke. Anthony blieb stehen, legte die Arme auf die Tür und betrachtete die immer länger werdenden Schatten.

Als er wieder aufblickte, sah er ein Mädchen auf sich zukommen. Er kannte sie, konnte sich aber nicht entsinnen, wo er sie gesehen hatte. Dann plötzlich erinnerte er sich. Sir Harry Coomber hatte, seine Kränklichkeit vorkühnend, Herrn Rombran gebeten, ihn in einer geschäftlichen Angelegenheit aufzusuchen, und Herr Rombran hatte Anthony hingeschickt. Es hatte sich nur um das Vermieten des Landhauses gehandelt; Sir Harry wollte mit den Seinen ins Ausland ziehen und sofort verreisen. Anthony sah am Fenster und machte Notizen. Sir Harry, unnötige Besichtigungen erziehend, schritt im Zimmer auf und ab. Plötzlich öffnete sich die Tür und ein Mädchen trat hastig ein. Anthony fand kaum Zeit, sie zu sehen. Sie schien überrascht, einen Fremden vorzufinden,

mußte augenscheinlich nicht recht, ob er ihr vorgestellt werden würde, oder nicht. Ihr Vater gebot ihr, fortzugehen und sagte, sie möge das nächste Mal nicht gleich einem Wirbelschmerz ins Zimmer gefegt kommen. Sie schnitt ein Gesicht und verschwand. Anthony hatte sie nur wenige Augenblicke gesehen, kannte darüber, daß er sich ihrer so genau entsinne; sogar das Grinsen im Kinn hatte er nicht vergessen.

Sie kam immer näher. Er fragte sich, ob er wohl mit ihr sprechen sollte. Da blickte sie auf, und ihre Augen begegneten einander. Sie stand vor einer großen Gruppe blauer Hortensien; Anthony bemerkte, das lichte Blau der Blüten sei fast die gleiche Farbe, wie die ihres Kleides. Jählings, da er für eine Sekunde die Augen abwandte, mußte sie hinter den Busch getreten sein. Er wartete, doch erschien sie nicht wieder. Es wäre vielleicht frech, länger auf sie zu warten.

Als Anthony an einer der Neben Türen des Hauses vorüberkam, begegnete er dem alten Wilkins, dem Hausmeister. Dieser war früher hier Kutscher gewesen. „Wann kamen Sie Harry und die Familie zurück?“ fragte Anthony. Es war merkwürdig, daß Sir Harry ihn nicht verständig hatte. Aber vielleicht war er nur auf kurze Zeit gekommen.

Wilkins starrte ihn an: „Was wollen Sie damit sagen? Es ist niemand hier.“

„Ich sah doch eben Fräulein Coomber.“ Schon im nächsten Augenblick bedauerte Anthony seine Worte, denn das Gesicht des alten Mannes zeigte deutlich, daß er ihn für verrückt halte. „Sie müssen ihren Geist gefehen haben, Herr Anthony“, erwiderte er. „Ihr Körper ist nicht hier.“

Anthony lachte erlösend. „Ich habe wohl geträumt.“ „Ja, das ist die einzig mögliche Erklärung“, bestätigte Herr Wilkins. Er wünschte Anthony einen guten Abend und trat ins Haus. Anthony hörte, wie er nach seiner Frau rief. Als Anthony heimkehrte, war es bereits dunkel.

10.

Frau Letteridge war hübsch und pikant; die grauen Augen blickten nicht mehr voll kindlichem Erstaunen in die Welt. Im Gegenteil: sie erweckten den Eindruck, als hätte Frau Letteridge die Welt ganz genau und finde an ihr nichts Staunenswertes. Eine Mitagswelt mit gut gebahnten Chaussees, auf denen man dahinschreiten mußte, die Augen nach vorn gerichtet, jeden Wunsch nach lockenden Seitenwegen unterdrückend, die in Wästen und Einöden führen konnten. Letteridges Schule war über sich selbst hinausgewachsen.

Frau Letteridge empfand keinerlei Abneigung gegen die „ehrgeligen Armen“, solange diese bereit waren, höhere Schulgelehrer zu zahlen und ihre Söhne respektabel zu kleiden. Trotzdem bildete diese Kategorie Schüler nicht mehr die Hauptfröhe der Lehranstalt des Ehrwürdigen Dr. Letteridge. Die merkantilen und intellektuellen Klassen von Millborough hatten Herrn Letteridge erwidert und schätzten ihn an, ihn zu annektieren. Selbstverständlich wünschten sie, daß die Schule sich vorerst von den schädlichen zerlumpten Elementen freimache. Herr Letteridge besand sich während der Unterredung mit den Eltern in der gleichen Lage, in der sich Fräulein Warrington vor vielen Jahren befunden, da sie, Frau Strong, ihm gegenüberstand, einen selbstsicheren kleinen Jungen betrachtete hatte, der sein eines Bein unter sich geschoben hielt. Der ehrwürdige Herr Letteridge bedauerte, — hatte er doch seinerzeit auch selbst nur mit Mühe die Schenkerrechnung bezahlen können, — aber Zwischhofen, geflickte Röcke, Gummikragen! Er müsse auf die Eltern seiner Schüler Rücksicht nehmen. Ein gewisses Delorum und anständiges Kleutere müsse gewahrt werden. Und nicht immer war es die Kleidung, die Schwierigkeiten verursachte. Es kamen auch Kinder von Agitatoren, Söhne von Vätern, die häufig öffentlich gegen die bestehende Gesellschaftsordnung rebellen! In Millborough gab es ihrer viele. Unglückseligerweise mußten die Kinder die Ansichten der Eltern büssen; das ist nun einmal so. Vor allem gilt es, die Jugend des Mittelstandes vor der roten Ansektion zu schützen. Der ehrwürdige Herr Letteridge, die eigenen jugendlichen Reden im Gedächtnis bewahrend, brachte dertel Redensarten erlösend und stammelnd hervor. Herr Letteridge persönlich war keineswegs gegen die Redefreiheit. Aber die Eltern seiner Schüler! Die „ehrgeligen Armen“ pflegten solche Unterredungen mit unverhohlenen Ausdrücken des Jornes und der Verachtung zu beenden, zogen dann mit ihren verblüfften Sprüßlingen wieder ab. Bisweilen schmerzten ihre Worte den ehrwürdigen Herr Letteridge, weil sie auf Wahrheit beruhten, besonders die Dinge, die von jenen Armen ausgesprochen wurden, die ihn noch als den erfolglosen Emanuel Letteridge gekannt hatten. Emanuel Letteridge hatte den Wunsch empfunden, den Armen zu helfen. Wie hätte er dies besser tun können, als durch die Erziehung ihrer Söhne? Anscheinend belah er auf pädagogischem Gebiet eine ganz besondere Begabung. Um dieser Erkenntnis willen hätte er auf seine Träume verzichtet. (Fortsetzung folgt.)



### Die Schulpolitik des Magistrats.

Die städtischen Körperschaften von Alt-Berlin haben im Gegensatz zu denen der früheren Vororte vor der Revolution wenig für das höhere Mädchenschulwesen getan. In den Verwaltungsbezirken 1-6 gibt es 40 städtische höhere Knabenschulen, aber nur 11 städtische höhere Mädchenschulen (10 Lyzeen und 2 Studienanstalten, von denen die eine mit einem Lyzeum verbunden ist). Aus finanziellen Gründen war während der Inflationszeit die Errichtung von neuen höheren Mädchenschulen nicht möglich. Jetzt beginnt der Magistrat diesen Mangel zu beseitigen; er hat die Errichtung von zwei neuen Lyzeen in den Bezirken Wedding und Friedrichshagen beschlossen; die Vorlage ist natürlich einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden. In dem Bezirk Wedding mit weit mehr als 300.000 Einwohnern gibt es jetzt nur ein städtisches Lyzeum. Werden etwa in den Bezirken Wilmersdorf und Steglitz die zusammen weniger Einwohner haben als der Bezirk Wedding, in denen aber 11 städtische höhere Mädchenschulen sind, 11 mal so viel begabte Mädchen geboren als in Wedding? Der Bezirk Friedrichshagen, der auch mehr Einwohner hat als die Bezirke Wilmersdorf und Steglitz zusammen, hat sogar keine städtische höhere Mädchenschule. Ebenso hat der Magistrat die einstimmige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gefunden, wenn er einige Lyzeen von Alt-Berlin in Oberbezirken verwanzen will; diese gibt es hier, ebenfalls im Gegensatz zu den Außenbezirken, überhaupt nicht. In ihnen können bekanntlich die Schülerinnen nach erfolgreichem Besuch des Lyzeums in drei Jahren die Reife für die Universität erlangen.

Somit ist aber von der Schulpolitik des Magistrats noch die im Aufbau Paulsens wenig Erfreuliche zu berichten. Schon nehm die Verlegung des fremdsprachlichen Anfangsunterrichts von der 4. in die 6. Klasse in den 16 Realschulen von Alt-Berlin (vergl. meine Artikel in der Morgennummer vom 23. Februar). Ich erwähne ferner den Beschluß, dem Vorschlag Dr. Helmke, einem überzeugten Demokraten, das Degernat für höhere Schulen zu entziehen, und es dem unbefähigten Stadtrat Beneke, einem Mitglied der Deutschen Volkspartei, zu übertragen. Ich nenne ferner die Vorlage über die weitere Unterstützung von 7 Privatschulen, für deren weiteres Bestehen selbst das Berliner Provinzialschulkollegium ein Bedürfnis nicht anerkennt. Vor längerer Zeit hatte der Magistrat, der damals noch eine sozialistische Mehrheit hatte, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, nach der er diesen Schulen keinen Zuschuß mehr gewähren wollte. Die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung lehnte aber die Vorlage ab. Nach einiger Zeit machte der Magistrat dieselbe Vorlage noch einmal. Der Stadtverordnetenversammlung wurde aber die Vorlage überwiesen wurde, erforderte den Magistrat, die Unterstützungsbefugnisse einer neuen Prüfung zu unterziehen. Nach dem Abbau Paulsens prüfte und prüfte er unter Führung des Stadtrats Beneke monatlich. Das Ergebnis kann sich jeder denken: für das Bestehen dieser 7 Privatschulen, von denen 5 in den an städtischen Lyzeen nicht armen westlichen Verwaltungsbezirken liegen, ist ein öffentliches Bedürfnis anzuerkennen. Wir Sozialdemokraten wollen nicht bestreiten, daß die Lehrer und Lehrerinnen an den Privatschulen ebenso ihr Bestes für die Jugend hingeben wie die der öffentlichen Schulen. In Uebereinstimmung mit dem Deutschen Lehrerverein, der größten deutschen Lehrervereinigung, lehnen wir aber die Unterstützung von Privatschulen ab, in die viele Kinder lediglich deswegen geschickt werden, weil sie in einer öffentlichen Schule nicht mitkommen können und weil ihre Eltern nicht wollen, daß sie in Volksschulen zusammen mit Arbeiterkindern unterrichtet werden.

Noch unbegreiflicher ist das Verhalten des Magistrats in dem folgenden Fall: Das Bezirksamt Kreuzberg wählte kürzlich zum Direktor der Arndt-Realschule den Studienrat Dr. Reiter, der nach Ansicht seiner Vorgesetzten und nach dem am 8. September 1924 einstimmig gefaßten Beschluß des Alt-Berliner Bezirkschulsausschusses, der die Wahl vorzubereiten hatte, zur Leitung einer Schule geeignet ist. Er hat aber in den Augen der Reaktionsäre einen schweren Mangel; er ist nämlich ein eingeschriebenes Mitglied der SPD. So injunzierten Plätter wie „Die Zeit“ und der „Berliner Lokalanzeiger“ gleich nach seiner Wahl eine wüste Hege gegen ihn. „Die Zeit“ erklärte ihn, noch dazu wahrheitswidrig, für ungeeignet, weil er in Gegenwart von Schülern ein Kaiserbild mit Füßen getreten und es als Kaffernbild bezeichnet hätte! Nun beschloß der Magistrat, dem Unterrichtsminister die Verlegung der Bestätigung dieser Wahl zu empfehlen, weil Reiter noch zu jung sei und noch nicht lange genug als Lehrer tätig gewesen sei. Zu bedauern ist es nur, daß der Beschluß erst nach dem Rücktritt des Ministers Boelty gefaßt worden ist. Denn es hätte ein Laden in der ganzen Berliner Lehrerschaft gegeben, wenn er diesem, der nach sechsjähriger Lehrtätigkeit Direktor geworden ist, zugemutet hätte, einen Studienrat nicht zu bestätigen, weil er erst 7 bis 8 Jahre als Lehrer tätig gewesen sei. Es hätte eine lebhafteste Verwunderung hervorgerufen, wenn der Magistrat Herrn Boelty, der mit 33 Jahren Direktor geworden ist, zugemutet hätte, einen fünfunddreißigjährigen als zu jung zur Leitung einer Schule abzugeben. Der Minister Boelty hat eine Studienrätin mit 36 Jahren zur Oberschulrätin und damit zur Vorgesetzten von 20 bis 30 Direktoren und Direktorinnen und von mehreren hundert Lehrern und Lehrerinnen gemacht; aber ein Studienrat soll mit 35 Jahren zu jung sein, um Vorgesetzter von 15 bis 20 Lehrern zu werden. Welche Wandlung in der Einschätzung der intellektuellen Fähigkeiten des weiblichen Geschlechtes! wird mancher ausrufen. Wer dies behauptet, berücksichtigt nicht, daß, wie Dr. Reiter den schweren Mangel hat, Mitglied der SPD, zu sein, jene Dame den Vorzug hat, Mitglied der Deutschen Volkspartei zu sein.

Der Magistrat hat den Beschluß gefaßt, ohne einem Mitglied des Bezirksamtes Gelegenheit zur Reue gegeben zu haben. Es ist noch niemals in der Geschichte der Berliner Kommunalverwaltung vorgekommen, daß der Berliner Magistrat gegen den Beschluß eines seiner Organe, ohne es zu hören, die Entscheidung des zuständigen Ministers angreifen hat.

Stadtverordneter Dr. Erich Witte.

### Einschulung und weltliche Schule.

Wie bekannt, geht die Zahl der Schulneulinge allgemein zurück, so daß für zahlreiche Schulen die Gefahr besteht, nicht genügend Reueanmeldungen und so keine ordnungsmäßig besetzte bzw. gar keine Aufnahmestellen zu erhalten. Seit Monaten ist daher eifrig für die Erhaltung des Bestandes der christlichen Schulen gearbeitet worden. Die christliche und nationale Presse brachte lange Artikel zu dieser Frage. Als wirksames Agitationsmittel mußte die Wahrheit wiederholt ausgesprochen werden, daß die christlichen Schulen nicht nötig gehabt, trotzdem die „christlichen“ Elterner es sogar verstanden haben, die Behörden in ihren Dienst zu stellen. Herr Stadtrat Beneke fand Gelegenheit zu einem Anruf vor der Kirche und den Rechtsparolen, durch den die Eignung erwiesen wird, die Stelle des unter schändem Rechtsbruch beiseitegesetzten Stadtschulrates Paulsen einzunehmen. Herr Beneke erließ eine Verfügung der Städtischen Schuldeputation für die Bezirke 1 bis 6,

nach der die Kinder, die in die weltliche Schule aufgenommen werden sollen, zunächst in die christliche Schule eingeschult werden müssen, um dann von dort aus der Sammelschule überwiesen zu werden, nachdem die Eltern vor dem „christlichen“ Rektor eine dahingehende schriftliche Erklärung abgegeben haben. Einige Direktoren nehmen diese Willensklärung der Eltern in Form eines Protokolls auf und handeln so, wie wir hören, in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Herrn Stadtrates und seiner Befehlshaber in der Städtischen Schuldeputation, die das für die „einfachste juristische Form“ halten. Daß in diesem durchaus unzulässigen Verfahren eine große Erschwerung für die freireligiös gefinneten Eltern liegt, ist klar und der Zweck der Uebung. Da Vater und Mutter unterschreiben müssen, wird ein solches Verfahren häufig nicht nur Verlust an Zeit, sondern auch an Arbeitslohn zur Folge haben. Man glaubt, durch solche schitanösen Bestimmungen den weltlichen Schulen das Wasser abgraben zu können und sie allmählich so abzubauen. In der Öffentlichkeit erweckt diese Einschulungsbestimmung den Eindruck, als seien die Sammelschulen Schulen zweiten Grades, und ihre Schulleiter werden gegenüber den „christlichen“ in ihren Rechten beschränkt, und man ruft den Eindruck hervor, als seien sie nicht befugt, selbständige Amtshandlungen vorzunehmen. Daß man den „christlichen“ Direktoren auch dadurch Gelegenheit gibt zu Beeinflussungsversuchen und Werbung für „ihre“ Schule, ist nur zu selbstverständlich, zumal die Eltern schon vorher durch Zuschriften der Schule mit der Aufforderung zur Einschulung beunruhigt wurden.

Die Eltern und Lehrer der Sammelschulen haben gegen die Verfügung protestiert. Die gesamte freireligiöse Elternschaft muß sich diesem Einspruch anschließen. Viele Eltern haben trotz der Verfügung ihre Kinder direkt bei den weltlichen Schulen angemeldet, und die „christlichen“ Herrschaften haben diesmal noch nicht den gewünschten Erfolg damit erzielt. Diesen reaktionären Machenschaften muß aber die Klassenbewußte, werttätige Bevölkerung entgegengetreten. Noch hat sie Gelegenheit. Das neue Schuljahr beginnt erst nach den Ferien und so können alle freireligiösen Eltern der Reaktion in diesen Tagen noch die Quittung geben, dadurch, daß sie in den Bezirken mit weltlichen Schulen ihre Kinder in die weltlichen Schulen einschulen und in den anderen Bezirken der Parole folgen: Heraus mit den Kindern aus dem Religionsunterricht! Eine vom Vater und der Mutter unterschriebene Mitteilung an den Schulleiter genügt.

### Gesundheitshaus Kreuzberg.

Vorbereitung ist besser als Heilung.

Die der Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen der Stadt Berlin sind um eine sehr beachtenswerte Anstalt bereichert worden. Gestern wurde im Verwaltungsbezirk Kreuzberg das unter Führung des Bezirksbürgermeisters Dr. Kahle geschaffene Gesundheitshaus eröffnet, das auf dem Grundstück Am Urban 10 und 11 in der Nachbarschaft des Urbankrankenhauses eingerichtet worden ist. Das Gesundheitshaus Kreuzberg soll für den Bezirk eine Zentralkasse der Volksgesundheitspflege sein, eine Stätte nicht nur der heilsamen Behandlung, sondern mehr noch der vorbeugenden Belehrung.

Bei der schlichten Eröffnungsfeier, an der die Vertreter der Gesundheitsverwaltung des Staates, der Stadt und mehrerer Verwaltungsbezirke, vor allem des Bezirks Kreuzberg, teilnahmen, betonte Bürgermeister Dr. Kahle in seiner Rede die nach den Reichsereignissen des Krieges und angesichts des Rückganges der Geburtenzahl immer stärker sich aufdrängende Notwendigkeit einer der Minderung der Quantität durch Steigerung der Qualität erzielenden Bevölkerungspolitik. Vorbereitung ist besser als Heilung, gesunderhaltende Fürsorge ist billiger als Krankenhäuser. Aber die auf den Schutz der Volksgesundheit gerichtete planvolle Arbeit des Staates und der Gemeinden kann nur dann Erfolg haben, wenn sie durch die Bevölkerung verständnisvoll unterstützt wird. Das Gesundheitshaus Kreuzberg will dazu beitragen, in der Bevölkerung durch Aufklärung über Hygiene das Verständnis für die Gesundheitspflege zu fördern und den Willen zur Gesunderhaltung zu stärken. Unser Gesundheitshaus, schloß Dr. Kahle, ist ein mit geringen Mitteln unternommener bescheidener Anfang; mögen uns andere in dieser Arbeit folgen. Als Vertreter des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung und zugleich des Landesauschusses Kreuzberg und des Ortsauschusses Berlin begrüßte Dr. Bornstein diese Stätte vorbeugender Fürsorge für die Volksgesundheit. Das Gesundheitshaus Kreuzberg hemmt auf dem Grundstück Am Urban 10 und 11 die Räume des alten Gebäudes, in dem ehemals das Erziehungsheim Urban und später verschiedene andere Anstalten (u. a. auch das jetzige Oskar-Helene-Haus für Krüppel) untergebracht waren. In dem Gesundheitshaus ist eine Reihe wichtiger Fürsorgestellen der sozialen Hygiene zusammengefaßt. Stellen für die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, für die Schulgesundheitspflege, für die Krüppelfürsorge, für die Tuberkulosefürsorge, für die Haut- und Geschlechtskrankheitsfürsorge, für die Gemütskranken- und Alkoholkrankenfürsorge. Hier ist aber auch eine Lehr- und Versätkte für hygienische Volksbelehrung geschaffen worden. In einem Vortragssaal sollen Vorträge und Kurse über Fragen des Gesundheitswesens veranstaltet werden, und für eingehenderes Studium ist ein Leseraum mit einer Bibliothek ausgestattet. Sehr wertvoll ist eine in dem großen ehemaligen Kapellenaal und zwei anstehenden Räumen untergebrachte Hygieneausstellung eine lehrreiche Unterrichtsammlung aus allen Zweigen sozialer Hygiene. Diese dauernde Ausstellung, deren Besuch sehr zu empfehlen ist, wird vormittags für die Schulen, nachmittags und abends (4-8 Uhr, am Sonntag 12-2 Uhr) für jedermann offen gehalten. Sie umfaßt u. a. Bevölkerungsstatistik, Lebenshaltung und Ernährung, Wohnungswesen, Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, Schulgesundheitspflege, Schulgesundheitspflege, Krüppelfürsorge, Kinder- und Frauenarbeit, Unfallverhütung, Berufsgesundheit, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus, Sozialversicherung, Rentnerfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge usw. Für die Besucher sollen Führungen unter ärztlicher Leitung veranstaltet werden.

### Eine Ausstellung der Arbeiter-Samariter!

Anlässlich des Bundestages des Arbeiter-Samariter-Bundes e. V. wird für die Delegierten eine hervorragend zusammengestellte Hygiene-Ausstellung gezeigt. Der Plan der Ausstellung wurde mit Unterstützung des Deutschen Hygienemuseums Dresden ausgearbeitet. Die anatomische Abteilung bringt Modelle und Bilder, die schon den neuesten Forschungen der Wissenschaft entsprechen. Ein besonders großer Raum ist der Arbeitshygiene, der Hygiene des Neugeborenen, des Schulkindes und der werdenden Mutter gewidmet. Auch hier werden hervorragende Präparate und belehrende Statistiken gezeigt. Neben der Belehrung über allgemein vorkommende organische Erkrankun-

gen des menschlichen Körpers sieht man eine übersichtlich zusammengestellte Abteilung hygienischer Apparate und neuerer Präparate. Der sachgemäßen Ausrüstung des Arbeiter-Samariters wird eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da es ja bei der ersten Hilfe nach Unglücksfällen auf ein zweckmäßiges Arbeiten ankommt. Im allgemeinen wird die Verabfolgung von Medikamenten abgelehnt, dagegen wird gezeigt, daß die Ausbildung des Arbeiter-Samariters bei Verletzungen mit der Zeit mitgeht. Der Arbeiter-Samariter verfügt über sterile, d. h. keimfreie Verbände und ist daneben über den zweckmäßigen Gebrauch von Jodtinktur, Wundpulvern und Wundbade unterrichtet. Dankenswerterweise ist auch eine größere Menge der neuen, giftfreien Desinfizien zum Ausprobieren zur Verfügung gestellt worden, um auch dem verletzten Arbeiter dieses hervorragende Präparat durch den Arbeiter-Samariter zugute kommen zu lassen. Eine übersichtliche Zusammenstellung der neueren Literatur auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, Krankheitslehre usw. wird ebenfalls dargeboten. Es wäre zu begrüßen, wenn die hochinteressante Ausstellung baldigst der arbeitenden Bevölkerung in aller Öffentlichkeit gezeigt würde.

### Mehr Grün dem Osten!

Unter großes Berlin ist in seinem älteren Teile oft recht unerschrocken. Enge Straßen mit dunklen, schmalen Höfen. Kein Baum, kein Strauch, aber auch kein Stückerchen Rasen bieten dem Auge Abwechslung. Die Bewohner dieser Häuser gehören fast ausschließlich der ärmeren Bevölkerung an, die — leider — den meisten Kinderlegen besitzt. Arme Kinder, die in diesen Straßen und diesen Wohnungen geboren und großgezogen werden! Aber auch arme alte Frauen und Männer, die nur mühsam sich bewegen können und auf ihren kurzen Spaziergängen keinen freundlichen Lichtblick in sich aufnehmen können, keinen Baum, kein frisches Grün zu schauen bekommen.

Gewiß, unsere Stadtoverwaltung hat in den letzten Jahren erhebliches für die Kinder geleistet. Viele Spiel- und Sportplätze — vielleicht zuviel Sport, zu wenig Spielplätze — sind geschaffen worden. Aber der engen Zusammendrängung des alten Berlins wegen mußten diese sehr oft an die Peripherie gelegt werden, was dem einzelnen die Benutzung sehr oft zu teuer und dadurch unmöglich macht. Doch war infolge der Unterlassungssünden früherer Jahrzehnte eine andere Regelung wohl nicht möglich.

Wenn man aber in der wärmeren Jahreszeit — und die beiden schönsten Osterstage gaben erneut reichlich Gelegenheit dazu — unsere Alken betrachtet, wie sie auf den Treppen und vor den Haustüren ihrer Steinböden in der ständigen Luft der engen Straßen sitzen und sich „sonnen“ und „frische“ Luft schöpfen, so mußte einem ein tiefes Mitleid mit diesen Armen, die ihr ganzes Leben für die Gesellschaft arbeiten und zum Teil noch arbeiten, ergreifen. Was bot sich ihren Augen? Nichts als Grau in Grau, nichts als Staub und Schmutz, links und rechts dasselbe! Eine Kleinigkeit vielleicht für diejenigen, die noch jung und kräftig genug sind — wenn sie das nötige Kleingeld besorgen —, um eine Straßen- oder Eisenbahnfahrt in überfüllten Wägen nach außerhalb auszuhalten. Nun hat Berlin gewiß viele Parks. Aus den geschätzten Gründen kommen unsere Parkanlagen eigentlich nur den nächsten Anwohnern zugute. Nur im Westen ist es anders. Da hat man große, schöne Grünflächen, da sind auch schöne breite Straßen. Vielfach vor den Häusern Vorgärten; alles ist da: Grün und Blumen und frische Luft. Sehen wir uns den Osten etwas näher an. Nichts von Anlagen auf den Straßen. Kein Stückerchen Rasen irgendwo zu erblicken, trotzdem einige Straßen mit breiten Mittelproben vorhanden sind, die bei einigermaßen gutem Willen durch Rasenstreifen verschönert werden und dem ganzen Straßenbilde ein freundlicheres Aussehen geben könnten. Die großen Straßenzüge im Osten mit Promenade — Warschauer, Petersburger, Elbinger usw. Straße und Frankfurter Allee, um nur einige zu nennen — sind kalt und nüchtern, ohne das geringste Grün.

Und doch war das vor dem Kriege anders. Da waren in der Frankfurter Allee rechts und links der Promenade schöne grüne Rasenflächen, da waren Hecken und Sträucher. Während der Kriegsjahre verschwand der Rasen, die Hecken und Sträucher gingen ein. Man entfernte auch die Gitter, um so den letzten Rest früherer Schönheit zu beseitigen. Eigenartig ist man berührt, wenn man die lange Frankfurter Allee entlang wandert und nur immer den kalten Sand vor Augen hat. Aber hinter dem Bahnhof Frankfurter Allee sind Blumenrabatten und Rasenstreifen, Hecken und Sträucher. Sie sind durch die Kriegs- und Inflationsjahre gehalten worden und versehen diesem Teil der Allee ein freundlicheres Bild als den anderen Abschnitten dieses großen Straßenzuges. Es muß möglich sein, daß man in allen Straßen mit Promenaden solche Anlagen schafft. Die Bezirksämter haben da eine außerordentlich dankbare Aufgabe und werden gewiß die volle Unterstützung der Bezirksparlamenten finden. Sollten die Verwaltungsbezirke nicht die Kosten aufbringen können, so wird auf Antrag der in Frage kommenden Bezirksämter die Zentrale wohl die Mittel nicht verweigern. Der Ruf: Mehr Grün dem Osten darf nicht ungehört verhallen.

Julius Ernst gestorben. Am 14. April ist unser alter Parteigenosse Julius Ernst im 76. Lebensjahre an einem Herzschlag gestorben. Er war noch einer von den ganz Alten, die die Befolgungen des Sozialistengesetzes an eigenen Körper kennengelernt haben. Durch seine Stellung als Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin war er weiten Kreisen bekannt geworden. Die Partei wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Das macht einen Unterschied.

# Für Marx — gegen Hindenburg.

In Mariendorf

Improvisiert gestern Abend vor einer überfüllten Versammlung Genosse Adolf Hoffmann. Der Referent zitierte eingangs seiner Rede einen Vers von Freiligrath: „Das ist noch lang die Freiheit nicht...“. Diese Gedanken treffen auch heute noch zu. Wir haben zu oft in der Parteigeschichte erleben müssen, daß das, was das Volk sich erobert hätte, ihm wieder genommen wurde. Wenn man heute dem deutschen Volke sogar einen Hindenburg präsentieren kann, so beweist das, wie weit wir gekommen sind. Die Kandidatur Hindenburgs wirkt nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch katastrophal. Es ist die Frage, ob wir einem Hindenburg, der noch heute dem Kaiser in Doorn Treue geschworen hat, wählen lassen. Ein Zuhörer rief, der Hoffmann zurief: „Marx ist nicht viel besser!“ wird von ihm mit der Bemerkung abgetan: „Wenn ein Lott die Straße entlangläuft und uns jeden Augenblick zerquetschen könnte, sprängen wir beide ganz sicher, wenn eine Kapelle in der Nähe wäre, dort hinein, um uns zu retten.“ Stürmische Zustimmung und Heiterkeit. Hindenburg hat nicht viel mehr für sich, als den § 4 der deutschen Reichsverfassung, der besagt: „Wählbar ist jeder Deutsche, der das 33. Lebensjahr vollendet hat.“ Er hat dieses Alter zwar schon zweimal erreicht, aber deshalb ist er immer noch kein Politiker. In seiner Oberbocholtz spricht er von der Aufrichtung. Da hätte er allerdings ein reiches Feld, um 10 Millionen zur Aufrichtung zu bringen. Er hat da aber auch die Reinigung versprochen. Vielleicht meint er damit ein neues Stahlbad. Hoffmann schließt: „Nicht Krieg, der uns durch die Wahl Hindenburgs blüht, sondern deutsche Geistesarbeit muß unser Ziel sein. Gegen den Militarismus, gegen den Krieg, gegen die Monarchie, gegen Hindenburg.“ In der Diskussion leistete sich ein Parteiführer, der für die Wahl Hindenburgs eintrat, einen stürmisch belächelten Witz, weil er die Treue Hindenburgs zum ehelichen Herrn Doorn mit der Treue eines Hundes verglich. Ein Zentrumsredner brachte zum Ausdruck, daß seine Partei keine Veranlassung habe, jemals wieder die wilhelminischen Zeiten zurückzuerleben. Mit einem begeisterten Hoch auf die Republik wurde die eindrucksvolle Kundgebung geschlossen.

Blankenburg.

In Blankenburg sprach Genosse Landrichter Ernst Ruben: „Bei dieser Präsidentenwahl,“ so führte er aus, „kommt es für den Wähler darauf an, zu prüfen, welche wirtschaftlichen oder politischen Rückschlüsse hinter den Kandidaten stehen. Diese sind bei Hindenburg die alte Junkerkaste, die Großgrundbesitzer, die Großindustrie, die Arbeitgeberverbände, die Feinde der Arbeiterklasse und der Sozialpolitik, die Kreise, welche uns in diesen Krieg gerieten haben und den Verständigungskrieg verhindert haben. Auf der anderen Seite stehen diejenigen Kräfte des Bürgertums, die bereit sind, der Arbeiterklasse die politische und wirtschaftliche Möglichkeit zum Aufstieg zu gewähren, weitere Befestigung der produktiven Arbeit zugunsten der Inflationsgewinnler zu verhindern. Bei der Wahl darf nicht das nationale aber irgend ein sonstiges Gefühl entscheiden, sondern die klare Einsicht in die politische Notwendigkeit. Wir können nicht in Deutschland, solange die Sozialdemokratie nur ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt, deswegen die Befestigung der Spitze derjenigen Republik, deren Hauptstütze die Sozialdemokratie war und ist. Reuten überlassen, für die Hindenburg nur das Ausbängelschild zur Durchführung ihrer reaktionären Pläne ist. Die Wahl stellt schwere Anforderungen an die politische Einsicht der aufstrebenden Arbeiterklasse. Der 26. April aber wird zeigen, daß die Spekulation des Hindenburg-Blades auf die Dummheit und Unaufmerksamkeit der Massen losch war.“ Interessant war in der Diskussion das Geständnis des Kommunisten Raibauer, daß es den Kommunisten nichts ausmache, wenn sie durch die Aufstellung von Thälmann die Wahl Hindenburgs fördern. Interessant die weitere Feststellung eines anderen Kommunisten, der wörtlich erklärte: „Glaubt ihr, daß wir mit unseren zwei Millionen Stimmen

ein 60-Millionen-Volk zu revolutionieren in der Lage sind? In einem wirkungsvollen Schlußwort fertigte Genosse Ruben die konfuse Darlegung der Kommunisten ab.

## Oberhöneweide.

In einer gut besuchten Versammlung der Ortsgruppe Oberhöneweide sprach am Donnerstag Abend in „Nörners Blumengarten“ Genosse Stadtrat Heßig über die bevorstehende Präsidentenwahl. Sehr oft von lebhaftem Beifall unterbrochen wandte er sich mit aller Schärfe gegen die Kandidatur des fast achtzigjährigen Hindenburg, die eine große und katastrophale Folgen für Deutschland im Zustande zeitige. Als Nachfolger Eberts, eines Mannes von größtem Staatsmännischen Fähigkeiten und wahrhaft diplomatischem Weitblick kandidiere eine Kreis, der auch nicht das geringste Maß von politischem Verständnis besitze.

Die stumpfsinnigen Intriganten auf der Rechten haben ein Brechen am deutschen Volke begangen, als sie den abgetateten Militaristen als Repräsentanten des gestürzten Monarchismus an ihre Spitze stellten. Am 26. April fällt eine ungeheure Entscheidung. Das Schicksal der deutschen Republik steht auf dem Spiel. Die nationalstümlichen Parteien haben die Zeit für gekommen, dem Volkstakt an die Gurgel zu fassen. Das arbeitende Volk hat nicht vergessen, daß die Kriegsverlängerungspolitik Hindenburgs hunderttausende deutscher Menschen auf dem Gewissen hat. Es hat nicht vergessen, daß Hindenburg es war, der den barbarischen Befehl gab, das besetzte Gebiet zwecklos und unsinnig zu zerstören. Hindenburg war eine Puppe in der Hand des brutalen Gewaltmenschen und Hahndrucks Ludendorff.

Die Wahl des Monarchisten Hindenburg würde das Chaos, würde den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands bedeuten. Dieser Verbrechenpolitik der Reaktion muß ein eherner Damm aller Republikaner entgegengekehrt werden. Jeder freiheitlich gefonnene Deutsche, der am 26. April steht, versündigt sich aufs Schwerste an seinem Lande. Jede Stimme gegen Hindenburg ist eine nationale, wahrhaft deutsche Tat! Der Kandidat der Republik ist Wilhelm Marx, ein entschiedener Pazifist und ein aufrichter, überzeugungsreuer Republikaner. Ihm wird jede sozialdemokratische Stimme gehören. (Stürmischer Beifall.) Die Versammlung wurde ohne Diskussion geschlossen.

## Nuzureichender Schalterdienst an den Steuerkassen.

In diesen Tagen endet wieder einmal die Frist für die Zahlung der vierteljährlich zu erlegenden Steuern. Wie immer, so war daher auch heuer der Verkehr an den Steuerkassen groß. Daß aber zu seiner Bewältigung geeignete Maßnahmen von der Steuerbehörde getroffen worden sind, war leider, soweit es sich wenigstens um die Steuerkasse Kochstraße 3 handelte, nicht wahrnehmbar. Während früher bei solchen Verkehrsandrang das Zahlungsgeschäft sich in der Weise ziemlich glatt abwickelte, daß von mehreren Kassenschaltern aus den Steuerzahlern die zu erlegenden Summen gegen Quittung abgenommen wurden, spielte es sich diesmal an nur einem einzigen Schalter ab, vor dem daher hunderte von Steuerpflichtigen stundenlang auf Abfertigung zu warten hatten. Da hierdurch ungenutzte Zeit zum Schaden des Allgemeinwohls vergeudet wurde, so hätte die Steuerverwaltung dem öffentlichen Wohle insoweit einen Dienst erweisen können, als sie in Befolgung früheren guten Brauchs für diese Tage zur beschleunigten Abfertigung des Publikums die Zahl der Schalter hätte vermehren können. Man beweise gegen die in dieser Beziehung liegende Unterlassung nicht auf die Möglichkeit zur Erlegung der Steuern durch Vermittlung der Post, denn der Postweg stellt nicht einen Ersatz dar für die unmittelbare Eingahlung bei der Steuerkasse, sondern ist nur ein Weg, den zu gehen in das Belieben des Publikums gestellt ist, und den zu meiden man nie und da genügend Anlaß hat. Mit der Benutzung auf den Postweg würde die Steuerbehörde außerdem zu dem Bedenken Anlaß

geben, daß sie das unmittelbare Eingahlen von Steuern bei den Steuerkassen zu erschweren plant, aber gegen solche Pläne müßte nachhaltig Einspruch erhoben werden, zumal die Steuerquittung für deren Besitz oft von unerlässlicher Bedeutung ist. Auch mit dem Hinweis auf den Beamtenabbau läßt sich das Fehlen der erforderlichen Schalterdienststellen zur Zeit der Verkehrsanhäufung nicht erklären, da derartige gelegentliche Maßnahmen keineswegs hinausgehen über das Dispositionsvermögen eines Leiters von Amtsstellen über die ihm zur Verfügung stehenden Hilfskräfte, und da von solchen Leitern begründet gefordert werden darf, daß sie rechtzeitig die zur Bewältigung des Verkehrs erforderlichen Hilfskräfte zur Verfügung stellen.

Daß die Einrichtung von Schalterdienststellen volkswirtschaftlich ein viel kleineres Opfer erfordert, wie das stundenlange Warten von viel hundert Arbeitskräften vor dem Schalter, braucht nicht erst dargelegt zu werden, könnte jedoch eine Steuerkassenverwaltung, die es nicht glauben sollte, aus den unwilligen Steuerzahlern der auf Abfertigung Wartenden leicht entnehmen.

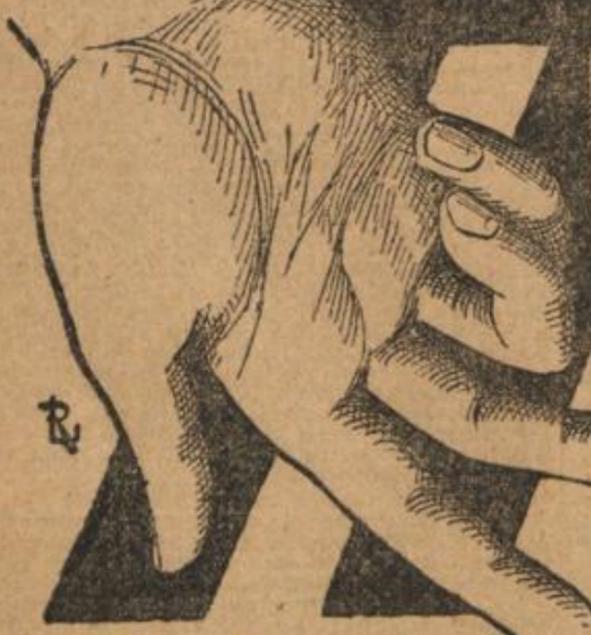
## Einheitsverband sozialistischer Unternehmer.

In der letzten Monatsversammlung wurde die politische Lage in anregender Weise gewürdigt. Nach einem Vortrag über das augenblickliche Steuerregime durch den Genossen Thiele, folgte Genosse Bollmann-Beipzig mit dem Thema „Reichspräsidentenwahl und Einheitsverband sozialistischer Unternehmer“. Wir selbständigen sozialistischen Gewerbetreibenden, führte Genosse Bollmann aus, stehen mit Leib und Seele mitten im Parteileben, alle unsere Kräfte werden wir uneingeschränkt für die kommende Wahl zur Verfügung stellen. Auf der einen Seite steht ein Mann im vollen Alter der Reifezeit, auf der anderen Seite ein Greis von fast 80 Jahren. Es geht nicht darum, dem deutschen Volke jedes Jahr eine neue Wahl aufzutischen, es gilt herauszufinden, ob es nicht nur, einen Reichspräsidenten zu wählen, um ihn nach kurzer Amtsdauer in den wohlverdienten Ruhestand zu versetzen und erneut zur Wahl zu schreiben. Es gilt, einen im vollen Reifealter stehenden Kandidaten aufs Schild zu erheben, der uns auch tatsächlich eine volle Gewähr seiner diplomatischen Arbeitserfolge erbringt. Es gilt vor allem, einen treuen entschlossenen Republikaner an die Spitze der Republik zu stellen und keinen Monarchisten. Nach kurzer Diskussion wurde der Appell auch an die uns noch fernstehenden sozialistischen Unternehmer im Kreise der Partei gerichtet, ihre volle Pflicht und Schulpflicht zu tun, zum Siege der Republik.

Städtischer Wandervortragslehrgang. Der diesjährige Lehrgang beginnt am Freitag, den 17. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Robert-Zelle-Realschule, Auguststraße 21 (nahe Drontenburger Tor), mit Vorträgen über die „Große Fahrt“, „Waldenwandern“ sowie „Der schulfreie Wandertag“. Neben dem theoretischen Teil ist Hauptwert auf die praktischen Übungen gelegt. Es finden zahlreiche naturwissenschaftliche Wanderungen, Übungen im Kartenlesen und in der Geländekunde, in der ersten Hilfe usw. statt. Vorgezogen ist auch mehrfach Besuch und Uebernachtung in den großen märkischen Jugendherbergen. Teilnehmen können Damen und Herren, auch ohne einem Verein anzugehören. Die Teilnehmergebühr für den ganzen Lehrgang beträgt 3 M., eventuell in zwei Teilen zahlbar. Anmeldungen und ausführlicher Lehrplan in der Hauptwandausweisstelle des Jugendamtes, Berlin C. 2, Poststr. 16 oder am ersten Vortragsabend.

Jubiläum. Genosse Wilhelm Siemon, Berlin-Blankenburg, feiert am 15. April sein 50jähriges Parteijubiläum. Er gehört heute der 182. Jahrgang an. — Herr Otto Schindler, Berlin-Tiergarten, feiert am 15. April sein 50jähriges Parteijubiläum als Oberbannleiter bei der Firma H. Schindler & Co., Große Hamburger Straße. — Das Fest der Goldenen Hochzeit feierte am 14. h. M. unter einer regen Genossenpartizipation mit seiner Gattin in der Ballermanns Nr. 8. Genosse Rauterbach ist 75 Jahre alt und von Beruf Zimmermann. Seit fast 30 Jahren erhebt er sein Quartier und heute ist er bei allen Parteiarbeiten als einer der ersten auf dem Boden. Wägeben beiden Jubilaren noch recht lange ein frohes Lebensabend beschicken sein.

# Wunder!



können Sie sehen, welche gewaltigen Anstrengungen wir machen, um Ihnen die Preise zu geben, die Sie brauchen, und die Auswahl, die das Kaufen bei uns zum Vergnügen macht.

Also um Ihnen Vorteile zu bieten, die einzigartig sind.

Kleider	Kostüme	Mäntel	Kasacks	Röcke
Waschkld. <b>2<sup>50</sup></b>	Donegal <b>9<sup>75</sup></b>	Donegal <b>5<sup>75</sup></b>	B-woll-Muss. <b>1<sup>00</sup></b>	Fantasie <b>2<sup>50</sup></b>
Cheviot <b>3<sup>50</sup></b>	Cheviot <b>14<sup>50</sup></b>	Covertcoat <b>6<sup>75</sup></b>	Woll-Mussel. <b>7<sup>50</sup></b>	Cheviot <b>3<sup>50</sup></b>
Gabardine <b>9<sup>00</sup></b>	Gabardine <b>19<sup>00</sup></b>	Ripsware <b>19<sup>50</sup></b>	Voll-Voile <b>2<sup>75</sup></b>	Gabardine <b>6<sup>00</sup></b>
Ripsware <b>12<sup>50</sup></b>	Ripsware <b>28<sup>00</sup></b>	Mouliné <b>32<sup>50</sup></b>	Kunstseid.-Trik. <b>2<sup>50</sup></b>	Ripsware <b>9<sup>00</sup></b>
Kunstseid.-Trik. <b>4<sup>50</sup></b>	Complets <b>39<sup>00</sup></b>	Ottoman <b>45<sup>00</sup></b>	Cr. de chine <b>15<sup>00</sup></b>	Wb. Röcke <b>6<sup>50</sup></b>

**Königstraße 33**  
Am Bahnhof Alexanderplatz

**Chausseestr. 113**  
Beim Steffiner Bahnhof



Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Die Arbeitszeit bei der Reichsbahn
Wo bleibt das Arbeitszeitgesetz?

Bei der großen Lohnbewegung der Arbeiter der Reichsbahn, die vor einigen Wochen mit der Verbindlichkeitsklärung eines Schlichtespruches abgeschlossen wurde, gehörte die Verkürzung der Arbeitszeit zu den wichtigsten Forderungen der Arbeiter. Als die Bewegung ihren Höhepunkt erreicht hatte und die Gefahr eines ausgedehnten Eisenbahnerstreiks in drohender Nähe gerückt war, nahmen die Vertreter der Reichsbahngesellschaft immer noch störrisch und unentwegt die gleiche ablehnende Haltung gerade in der Frage der Arbeitszeit ein, wie bei dem Beginn der Auseinandersetzung.

Es bliebe noch zu prüfen, ob diese Behauptung wirklich auf sicherer gesetzlicher Grundlage beruht, aber daß sie überhaupt aufgestellt werden konnte, daß auch nur der Schein eines solchen Vorrechtes der Reichsbahngesellschaft vor allen anderen Arbeitgebern und eines solchen Ausnahmerechts gegen die Arbeiter der Reichsbahn bestehen kann — das allein genügt schon, um einen Zustand zu kennzeichnen, der sich, je länger er besteht, immer mehr zu einer Gefahr für die gesamte Arbeitnehmerschaft auch der übrigen Produktionszweige auswächst.

Bei seiner Behauptung, er allein sei in der Frage der Arbeitszeit Herr über das Personal der Reichsbahn, stützt sich Dr. Fromm auf § 22 des Reichsbahngesetzes, wonach die Gesellschaft, die jeweils für Reichsbahnbeamte geltenden Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die Angestellten und Arbeiter übertragen kann. Diese Bestimmung ist in ähnlicher Form enthalten in § 13 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923. Er gibt den Betrieben und Verwaltungen des Reichs, der Länder und Gemeinden die Befugnis, die für Beamte gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die übrigen Arbeitnehmer zu übertragen, auch soweit laufende Verträge dem entgegenstehen. Diese Vorschrift, die in der Arbeitszeitverordnung — wie diese selbst — nur eine vorübergehende Erscheinung ist, bestimmt, die Wirren der Währungskrise des Herbstes 1923 überwinden zu helfen und dann einem endgültigen Arbeitszeitgesetz mit gleichem Recht für alle Arbeitnehmer zu weichen, soll durch § 22 des Reichsbahngesetzes für die Arbeiter der Reichsbahn verewigt werden. Und auch bei dieser Gelegenheit müssen wir feststellen, daß es nicht die Ausländer in den Sachverständigenkomitees waren, die diese Schikane für die Reichsbahnarbeiter ausgedacht haben, sondern die deutschen Geheimräte, die des Zwanges, die Bestimmungen über die Arbeitszeit mit den Gewerkschaften vereinbaren zu müssen, längst überdrüssig waren und daher die Gelegenheit der Schaffung des Reichsbahngesetzes benutzten, um sich von neuem die Position des Herrn im eigenen Hause zu verschaffen.

Wenn nun der § 22 des Reichsbahngesetzes den Zweck hat, die Festsetzung der Arbeitszeit der Arbeiter der Reichsbahn der tarifvertraglichen Regelung zu entziehen und sie abhängig zu machen von der Dienstzeit der Reichsbahnbeamten, so drängt sich wohl die Frage auf, wodurch nun die Dienstzeit der Reichsbahnbeamten bestimmt wird?

Das Reichskabinett hat in letzter Zeit wiederholt Beschlüsse gefaßt, die sich auf die Arbeitszeit der Reichsbeamten beziehen. Als die Achtfundentagsverordnung vom November 1918 im Herbst 1923 dem Ansturm der Unternehmer, denen infolge der verheerenden Wirtschaftskrise der Kammer geschwollen war, zum Opfer fiel, beschloß das Reichskabinett, daß auch die Dienstzeit der Beamten mindestens 54 Stunden in der Woche betragen soll. Nach dem Reichsbahngesetz sollen nun die Arbeitsbedingungen der Reichsbahnbeamten denen der Reichsbeamten nicht nachstehen. Diese Bestimmung enthält das Gesetz, um die Entrechtung der Beamten der Reichsbahn, die infolge der Umwandlung des Unternehmens in eine Gesellschaft eintreten mußte, nicht allzu deutlich werden zu lassen. Als die Reichsbahngesellschaft dann ihre sogenannte Personalordnung anfertigte, hat sie bei der Regelung der Arbeitszeit diesem Grundsatze des Reichsbahngesetzes Rechnung getragen. Sie hat jenen Kabinettsbeschlusse, in dem es heißt: „Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich mindestens 54 Stunden“, wörtlich in die Personalordnung aufgenommen und hinzugefügt, daß diese Bestimmung „vorläufig bis zum 31. Dezember 1925“ Geltung haben soll.

Nun aber hat das Reichskabinett am 3. März von neuem einen Beschluß über die Arbeitszeit der Reichs-

beamten gefaßt, der die wöchentliche Arbeitszeit auf 51 Stunden verkürzt. Soll der oben angebeutete Grundsatze des Reichsbahngesetzes Anwendung finden, so müßte dieser Beschluß des Kabinetts Konsequenzen für die Beamten der Reichsbahn haben. Die Arbeitszeit der Beamten der Reichsbahn müßte gleichfalls auf 51 Stunden ermäßigt und diese verkürzte Arbeitszeit müßte nach § 22 des Reichsbahngesetzes auf die Arbeiter und Angestellten „übertragen“ werden.

Gegen solche unliebsamen Konsequenzen ist die Reichsbahngesellschaft jedoch dadurch geschützt, daß sie nach § 22 die Arbeitszeit der Beamten auf die Arbeiter und Angestellten übertragen kann, aber nicht übertragen muß. Die Konsequenz, die sie aus dieser Bestimmung zieht, lautet so: Sie kann jede Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten auf die Arbeiter der Reichsbahn übertragen, aber sie muß nicht auch eine Verkürzung der Arbeitszeit der Beamten in gleicher Weise den Arbeitern der Reichsbahn zugutekommen lassen. Außerdem haben sich die Herren Geheimräte der Reichsbahngesellschaft, weitblickend wie sie sind, gegen solche Konsequenzen geschützt, indem sie durch die Einfügung jener Frist in ihre Personalordnung die Arbeitszeit von 54 Stunden „vorläufig“ bis zum 31. Dezember 1925 festgelegt haben.

Dennoch erklärt sich nun der Herr Generaldirektor, angeregt durch den jüngsten Kabinettsbeschlusse, in einer Verfügung vom 6. April „bereit, in der Frage der Arbeitszeit Entgegenkommen zu beweisen“. Daher ordnet er an, daß die Arbeitszeit der Reichsbahnbeamten im inneren Dienst „mit sofortiger Wirkung auf wöchentlich 51 Stunden herabgesetzt“ wird. Im übrigen aber bleibt es bei den 54 Stunden.

Man ist im Zweifel, ob es Selbstverspottung ist oder ob der Hohn den Beamten, Arbeitern und Angestellten gilt, wenn der Generaldirektor es für nötig hält, in einer Verfügung, die nur für einen kleinen Kreis des am wenigsten in Anspruch genommenen Personals die Konsequenzen aus dem Kabinettsbeschlusse zieht, sein „Entgegenkommen in der Arbeitszeitfrage“ noch ausdrücklich zu betonen. Indem er aber den Kabinettsbeschlusse nur in dieser beschränkten Form in seinem Betriebe in Anwendung bringt, gibt er zu erkennen, daß er auch jenen Grundsatze des Reichsbahngesetzes, nach welchem die Beamten der Reichsbahn in ihren Arbeitsbedingungen nicht schlechter gestellt sein sollen als die Beamten des Reichs, nicht anzuwenden gedenkt. Wenn es sich also darum handelt, die Arbeitszeit der Arbeit tarifvertraglich zu regeln, so beruft sich die Reichsbahngesellschaft, um sich dieser Pflicht zu entziehen, auf das Reichsbahngesetz. Kommt es aber darauf an, die Arbeitszeit der Beamten der Reichsbahn dem Sinne des Reichsbahngesetzes gemäß festzusetzen, dann entzieht sie sich auch dieser Verpflichtung und fügt zum Schaden der Beamten und Arbeiter noch den Spott ihres „Entgegenkommens“.

Das Ganze aber ist ein Skandal, dem ein Ende gemacht werden muß durch die schnelle Einbringung und Fertigstellung eines Arbeitszeitgesetzes, dem ganz eindeutig auch die Reichsbahngesellschaft unterworfen ist, und zwar für die Beamten wie für die Arbeiter. Es geht nicht an, daß dieser Zustand völliger Rechtslosigkeit, in den die Beamten wie die Arbeiter der Reichsbahn versetzt sind, länger aufrechterhalten wird. Der Reichstag hat — gezwungenermaßen, wie wir anerkennen — das Reichsbahngesetz beschlossen und damit diesen Skandal eingeleitet. Er hat jetzt die Pflicht, bei der Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes gutzumachen, was gutzumachen ist.

Zeugen aus dem Ausland. Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses des Reichstags.

Am Freitag soll in Mosbit das Hauptstück der Untersuchung des Ausschusses in Angriff genommen werden, nämlich die Vernehmung von Julius Barmat selbst. Am Donnerstag wurden noch einige Reste aufgearbeitet. Es traten — zwei Zeugen auf, deren Namen in den bisherigen Verhandlungen wiederholt genannt wurden, und diese Zeugen kamen von weit her, der eine aus dem Haag, der andere aus Hinnlands Hauptstadt Helsingfors. Dort verwalte jetzt Herr Bucherpfennig das Amt eines Kanzlers der deutschen Gesandtschaft; im Jahre 1919 war er noch Angestellter des Ausschusses für soziale Fürsorge, der in der Bellevuestr. 7, neben den Zimmern des Berliner Bezirksverbandes der Sozialdemokratischen Partei, seinen Sitz hatte. Bucherpfennig hat, angeblich im Einverständnis mit dem inzwischen gestorbenen Abgeordneten Franz Krüger, einen Vertrag mit Herrn Hettfeld von der Firma Hartwig abgeschlossen, wonach bei Lieferungen an das Reich ein bestimmter Prozentsatz an die Kasse des Ausschusses abgeführt werden sollte. Es ist früher schon ermittelt worden, daß gar kein Geschäft daraus zustande gekommen ist, daß also auch der Ausschuss nichts erhalten hat. Ob es richtig war, daß der Propaganda-Ausschuss sich auf solche Dinge überhaupt eingelassen hat, mag dahingestellt bleiben. Herr Bucherpfennig behauptet, daß er nichts Unrechtes darin gefunden habe. Das Wesentliche jedoch ist die nochmalige und ganz einwandfreie Feststellung, daß die Sozialdemokratische Partei nicht die geringste Berührung mit dem Propaganda-Ausschuss gehabt hat und daß sie infolgedessen mit den Vorgängen bei diesem Ausschuss in keiner Weise in Zusammenhang gebracht werden kann.

Dann erscheint als Zeuge der Kaufmann Kammel aus Haag. Vor dem Kriege Angestellter in Bombay, während des Krieges Fluggewerksführer. Er ist einer von denen, die Gerichte und Meinungen der „Kemter“ über die angebliche Bevorzugung Barmats in Verkehr gebracht haben, er selbst findet aber anscheinend nichts dabei,

daßer „Beziehungen“ zu seinen Gunsten auszuheben darf. Er erzählt treuherzig, daß er im Jahre 1919 „durch einen bekannten Fabrikanten“ in die Reichsliste geleitet worden ist, von der er im Juli 1919 als deutscher Vertreter nach Rotterdam entsandt wurde. Er habe, so berichtet er weiter, als Kaufmann Bedenken gegen die Verträge gehabt, die mit Barmat abgeschlossen wurden, aber es sei ihm gelagt worden, daß dabei höhere Gesichtspunkte politischer Art in Betracht kämen. Barmat habe dem Reich gar keine Kredite gewährt, sondern durch die Art der Bezahlung seien erst Barmat Kredite eingeräumt worden.

Die von Barmat ausgestellten Liefercheine seien eigentlich nur Lieferverpflichtungen gewesen, das Reich habe daraufhin Akzente gegeben, Barmat konnte sie in Gulden einlösen und mit diesem Gelde dann die für das Reich bestimmten Waren kaufen. Als der Zeuge diese Liefercheine beanstandete, habe ihm Barmat einen vom Reichsernährungsministerium und von der Reichsfinanzstelle genehmigten Entwurf dazu gezeigt. Im September 1919 hätten die holländischen Importeure des Feithandels Barmat wegen Kontraktbruchs gegenüber eines ihrer Mitglieder boykottiert. Die Kontrakte seien schließlich ordnungsgemäß ausgeführt worden, die Preise seien aber zu hoch gewesen. In der holländischen Gesellschaft habe Barmat einen sehr schlechten Ruf gehabt. Trotz dieses angeblich schlechten Rufes hat Herr Kommel aber bis zum Mai 1920 mit Julius Barmat sehr freundschaftlich verkehrt. Er schildert ihn als eine der interessantesten Persönlichkeiten, mit denen er jemals zu tun gehabt habe. Er sei eine wirkliche Persönlichkeit gewesen, wie sie in heutiger Zeit nur noch selten zu finden sei. Seine hervorragende Eigenart war allerdings eine maßlose Eitelkeit, er habe vom Deutschen Reich immer nur per „mit“ gesprochen und dem Zeugen sogar einmal einen Geandtenposten angeboten. Barmat habe gemeint, „wir“ könnten mit den Leuten vom alten Regime nicht mehr arbeiten, Mitglieder seiner Partei seien als Geandte nicht immer erwünscht, aber neutrale Persönlichkeiten wie Herr Kommel seien dafür die geeigneten Leute. Der Zeuge hat sich nicht als Mitglied der sozialistischen Partei angeboten. Die Freundschaft mit Herrn Barmat habe ihr Ende erreicht, als dieser bei der Lieferung von Büchsenmilch einen plumpen Betrugsversuch habe unternehmen wollen. Der Zeuge berichtet, wie Barmat 16-Unzen-Dosen liefern sollte, tatsächlich aber nur 14-Unzen-Dosen geliefert habe. Die Einzelheiten aus diesem Geschäft sind schon wiederholt erörtert worden. Barmat habe sich immer wieder seiner guten Beziehungen zu den deutschen Reichsstellen gerühmt, der Zeuge habe selbst erlebt, daß Barmat über eine Unterredung, die er mit dem stellvertretenden Geandten im Haag hatte, schon am nächsten Tage berichtet wurde. Einen ungünstigen Eindruck habe es auf Herrn Kommel gemacht (der trotzdem immer weiter freundschaftlich mit Barmat verkehrte), daß Barmat sich nicht an mündliche Abreden hielt, daß ein Bruder von Barmat an der Amsterdamer Börse „angepöbel“ wurde und daß es ihm schließlich gelungen sei, einen Vertrag mit dem Reich, der ihm große Verluste hätte bringen müssen, annulliert zu bekommen.

Als Herr Kommel hier behauptet, daß das Ministerium diesen Vertrag annulliert habe, stellt der als Zeuge anwesende frühere Ernährungsminister Robert Schmidt zu wiederholten Malen fest, daß nach den vorliegenden Akten die Reichsfinanzstelle und die Reichsjustizstelle diese Annullierung empfohlen hätten und daß das Ministerium erst nachträglich davon in Kenntnis gesetzt worden sei. Herr Kommel erklärt dazu, er gebe hier nur das wieder, was er „von anderen gehört habe“.

Der Zeuge Bucherpfennig bestätigt, daß der Minister Schmidt von dieser Annullierung nichts gewußt haben könne. Da Herr Kommel weiter behauptet, Julius Barmat hätte ihn bei einer Unterredung im Hotel Bristol gelogt, der damalige Reichsaussenminister Hermann Müller habe ihn von einem Besuche des stellvertretenden Geandten im Haag, von Rehwitz, Kenntnis gegeben, so wird zur Aufklärung über diesen Punkt, der allerdings schon wiederholt aufgeführt worden ist, wiederum der Abgeordnete Hermann Müller-Franken vernommen. Hermann Müller stellt von neuem fest, daß in seiner Amtszeit ein solcher Bericht bei ihm überhaupt nicht eingegangen sei, daß es daher schon objektiv unmöglich war, daß er Barmat darüber unterrichtet haben könnte. Weder direkt noch indirekt habe er mit dieser Sache etwas zu tun gehabt.

Abg. Schrad (Soz.) stellt durch Befragen des Zeugen fest, daß Barmat schon während des Krieges wegen der Lieferungen an Deutschland von England auf die schwarze Liste gesetzt worden ist. Aus dem Munde des Zeugen mit Barmat seien ihm später keinerlei Schwierigkeiten erwachsen. Herr Kommel erklärt, daß die Kosten für die gefälligen Zusammenkünfte mit Barmat stets von diesem bezahlt worden seien, darin habe Herr Kommel aber nichts Unrechtes erblickt. Der Abgeordnete Breitscheid nimmt das zur Veranlassung, um daran zu erinnern, daß sozialdemokratischen Politikern aus ihrem gesellschaftlichen Verkehr mit Barmat Vorwürfe gemacht wurden. Er fragt den Zeugen: Ihnen war bekannt, daß Barmat im denkbaren schlechtesten Ruhe stand. Sie wußten es und hielten es trotzdem für angängig, mit Herrn Barmat freundschaftlich zu verkehren und seine Geschäftsfreundschaft in Anspruch zu nehmen? Der Zeuge erwidert darauf, daß er das für durchaus richtig gehalten habe, denn nach seinen Anweisungen sollte er die Geschäfte in Holland in freundschaftlicher Weise abzuwickeln suchen.

Damit war vorläufig die Vernehmung des Zeugen Kommel beendet. Sie dürfte noch eine Fortsetzung in Mosbit erfahren, nachdem auch die andere Seite, nämlich Julius Barmat, gehört worden ist. Fest steht jedoch schon das eine, daß Leute von der Art des Herrn Kommel, die sich monatlang von Barmat auskosten ließen, die ihm als eine der interessantesten Persönlichkeiten um den Wort gegangenen sind, nachträglich erst zu der Erkenntnis kamen, ein wie schlechter Karl Barmat doch eigentlich sei. Bei diesen Leuten scheint die Freundschaft wie bei vielen Männern die Liebe nur durch den Magen zu gehen; sie wandelt sich in Haß, wenn der Magen nicht mehr befriedigt wird.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. Kussler 2182. Eine Postkarteerziehung besteht nicht. Es kann nur Klage auf Unterlassung erhoben werden. — S. 78. Sie können nur Klage auf Wiederherstellung der häuslichen Gemeinschaft erheben. Die bloße Tatsache des Getrenntlebens bildet keinen Ehevertragsgrund. — S. 89. W. Da Sie mit einer Klage Erfolg haben werden, läßt sich nicht vorhersehen. Wichtig ist eine außergerichtliche Verständigung möglich. Wenn Sie Klage erheben wollen, so müssen Sie sie beim Amtsgericht einreichen. Sie können sie auch an den Inhalt des Gerichtsprotokolls (Anwaltsliste) erklären. Die Annahme eines Rechtsanwalts ist nicht erforderlich. — Echo-Reaktion. Nachgehend ist anmäßig der Reizvertrauen. Entweder er keine Bestimmungen darüber, so kann man verschiedene Meinungen sein. Es ist daher sehr leicht möglich, daß der Beamter mit seinem Anspruch durchdringt. — S. 96. Spezialistischer Anzeigensatz ist kein Ehevertragsgrund. Die Ehevertragsklausel können Sie nur auf dem anderen Grund stützen.

ENVER BEY GOLD 518 TUJALA 018 W.H.WITTIG

# Wirtschaft

## Die Umsatzsteuer auf Schuhe.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat durch einen Arbeitsausschuss die Verhältnisse in der deutschen Schuh- und Lederindustrie einer eingehenden Untersuchung unterziehen lassen. Beauftragt war die Enquete durch die großen Preis-Schwankungen am Häute-, Leder- und Schuhmarkt und durch die erbitterten Anklagen, die in der ersten Hälfte des vorigen Jahres die einzelnen Interessengruppen gegeneinander erhoben, um die Schuld an den hohen Preisen auf andere abzuwälzen. Das Ergebnis der Untersuchung ist recht dürrig. Der mit großer Verpöpfung erschienene Bericht sieht in den Zuständen, die im vorigen Jahre auf dem Häute-, Leder- und Schuhmarkt herrschten, anormale, auf die Dauer unhaltbare Erscheinungen, die ein Eingreifen der Regierung nicht erfordern, weil sie mit zunehmender Konsolidierung der Wirtschaft von selbst verschwinden würden. Zwei Feststellungen sind für die Arbeiterschaft von besonderer Wichtigkeit. Die eine betrifft den Zusammenhang von Produktionstechnik, Arbeitsleistung und Produktionskosten.

Die Vertreter der Schuhindustrie gaben nämlich an, daß ihre Herstellungskosten um mindestens 37% bis 40 Proz. gestiegen seien. Eine dem Ausschuss vorgelegte Kalkulation, die mit den Berechnungen eines Arbeitnehmers übereinstimmte, ergab eine Erhöhung der Produktionskosten (ohne Steuern) um 34 Proz. Ein Vertreter der Weihenstepfeler Schuhindustrie erklärte hingegen, daß bei ihm nur eine Produktionskostensteigerung von 28 Prozent zu verzeichnen sei. Dieses günstigere Ergebnis wurde — die Löhne hatten sich gegen den Kriegstand nicht verändert — durch eine Modernisierung der Betriebe erzielt, die eine Produktionssteigerung ohne Vermehrung der Arbeiterzahl gestattete. Das Beispiel ist lehrreich, es bestätigt die von der Arbeiterschaft immer wieder vertretene Auffassung, daß einmal die Löhne für die Preisgestaltung nicht entscheidend sind — sonst hätte der Preis der Schuhe niedriger sein müssen —, zum andern, daß eine Verbesserung der Produktionsanlagen die Senkung der Herstellungskosten und damit der Preise ermöglicht. Das modernisierte Werk war bei gleichen Preisen in der Preisstellung den andern Betrieben um mindestens 6 Prozent überlegen.

In außerordentlich anschaulicher Weise schildert der Bericht die Wirkung der Umsatzsteuer auf den Warenpreis. Die Zahlen, die hier gegeben werden, sind für die Arbeiterschaft von um so größerem Interesse, als man gemeinhin viel zu sehr die schwere Steuerbürde der Lohnsteuer empfindet und darüber vergißt, daß die unsichtbar erhobene Umsatzsteuer den Verbrauch der breiten Massen viel mehr belastet und beschränkt als die Lohnsteuer. Sie ist rückfälliger und brutaler als jede direkte Steuer. Wird sie doch vom Arbeitlosen und Invaliden in gleicher Weise und mit den gleichen Prozentsätzen erhoben wie vom Millionär, der nur einen winzigen Bruchteil seiner Einnahmen zur Bestreitung seiner Existenz aufwenden braucht. Nun wird die Umsatzsteuer bei jedem Besitzwechsel erhoben und in den Warenpreis ein kalkuliert. Da aber jede hochwertige Ware mehrere Produktionsstadien durchläuft, wird auch die Umsatzsteuer immer wieder erhoben. Die Rechnung stellt sich bei Schuhen an Hand der Zahlenaufstellung der Lederenquete folgendermaßen dar:

	Handelspreis	Warenpreis (in W a r e)	Umsatzsteuer	Umsatz- u. Warenpreis (in %)
Schlachtpreis des Felles	1000,—	975,—	25,—	2,56
Sammierzuschlag 15%	150,—	150,—	—	—
	1150,—	1125,—	25,—	—
Umsatzsteuer	29,49	—	29,49	—
Preis des Häutehändlers	1179,49	1125,—	54,49	4,84
Händlerzuschlag 6%	70,77	70,77	—	—
	1250,26	1196,77	53,49	—
Umsatzsteuer	32,06	—	32,06	—
Gewerbeeinflaßpreis	1282,32	1196,77	85,55	7,24
Gerblohn u. Gerbernutzen 35%	448,82	448,82	—	—
	1731,14	1645,59	85,55	—
Umsatzsteuer	44,39	—	44,39	—
Preis des Lederhändlers	1775,53	1644,59	130,94	7,96
Händlerzuschlag 6%	106,63	106,63	—	—
	1882,08	1751,22	130,94	—
Umsatzsteuer	48,26	—	48,26	—
Materialpreis der Schuhfabrik	1930,32	1751,12	179,20	10,33
Herstellungskosten, Unkosten u. Gewinn d. Schuhfabrik 60%	1158,19	1158,19	—	—
	3088,51	2909,31	179,20	8,88
Umsatzsteuer	79,19	—	79,19	—
Einkaufspreis d. Großhandels	3167,70	2909,31	258,39	8,88
Händlerzuschlag 10%	316,77	316,77	—	—
	3484,47	3226,08	258,39	—
Umsatzsteuer	89,35	—	89,35	—
Einkaufspreis d. Kleinhandels	3573,82	3226,08	347,74	10,78
Händlerzuschlag 30%	1072,15	1072,15	—	—
	4645,97	4298,23	347,74	—
Umsatzsteuer	119,13	—	119,13	—
Kaufpreis des Verbrauchers	4765,10	4298,23	466,87	10,86

Im Preise der Schuhe war also im Frühjahr 1924 ein Betrag von 10,86 Proz. an Umsatzsteuern enthalten. Damals war die Umsatzsteuerlast 2 1/2 Proz. Die tatsächliche Belastung des fertigen Produktes, die der Verbraucher im Warenpreis zu tragen hat, belief sich auf mehr als das Vierfache des Steuerfußes. Heute beträgt dieser noch 1 1/2 Proz. Die steuerliche Belastung des gleichen Baarschuhe, die im vorigen Jahre 10,86 Prozent des Preises an Umsatzsteuern aufschlag trug, ist heute 6,5 Proz.!

Damit aber nicht genug. Der Bericht stellt fest, daß ein großer Teil sogenannter Zugusschuhe, die bei einem großen Teil des Bedarfs der minderbemittelten weiblichen Bevölkerung eine Rolle spielen, die Belastung auf 21,40 Proz. beim Kaufpreis des Verbrauchers steigt. Noch heute zahlt man also unter

Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Steuererhöhung bei Damenschuhen vielfach sogar 13 Proz. des Preises an Umsatzsteuern. Diese Beispiele zeigen mit großer Eindringlichkeit den starken Einfluß der Verbrauchssteuern auf die Warenpreise und auf den Konsum. Die Umsatzsteuer, die mit Recht als eine Art innerer Zoll bezeichnet wird, muß so bald und so rasch als möglich weiter abgebaut und aufgehoben werden. Die Reichsregierung freilich und mit ihr diejenigen Kreise, die auf einen Sieg der Reaktion bei den Reichstagswahlen hoffen, denkt an alles andere als die Ermäßigung der Verbrauchssteuern. Obwohl diese den Konsum droffen und somit die Wirtschaft auf das schwerste schädigen, arbeitet die Reichsregierung auf den Abbau der Beilg. und den Ausbau der Verbrauchssteuern hin.

## Innenmarkt und Außenhandel.

Die schutzöllnerisch orientierten Wirtschaftspolitiker, die sich besonders in den Reihen der Deutschnationalen, aber auch sonst in den Kreisen des Rechtsblocks befinden, betonen immer wieder, daß Deutschlands Interesse am Außenhandel nur gering sei, daß sogar der Außenhandel ohne Schaden für die gesamte Wirtschaft weiter eingeschränkt werden könne, wenn der innere Markt, gemeint ist dabei fast ausschließlich die Landwirtschaft, durch Schutzzölle gegen fremde Konkurrenz abgeperrt würde. Der bekannte Sozialpolitiker Prof. Dr. Franz Eulenburg nimmt nun gegen diese Auffassung im „Magazin der Wirtschaft“ entschiedene Stellung. Er weist darauf hin, daß wir einen großen Teil unserer Nahrungsmittel im Ausland einkaufen müssen, daß wir insbesondere aber auch in hohem Maße Rohstoffe verbrauchen, die wir gar nicht im Inlande herstellen können, so die Rohstoffe des Textils- und Bekleidungsgebietes, ferner manche Rohstoffe der Elektroindustrie, der Holz- und Lederindustrie usw. Eulenburg schätzt, daß jetzt nicht weniger als 15 Millionen Deutsche unmittelbar von der Einfuhr fremder Rohstoffe leben und ohne sie ihr Gewerbe überhaupt nicht ausführen können. Auch scheinbar ganz nationale Industrien stehen in Wirklichkeit auf fremdem Boden. Daraus ergeben sich Schlussfolgerungen, die denen der Schutzöllner gerade entgegengesetzt sind und die hier wörtlich wiedergegeben seien:

„Der „geschlossene Handelsstaat“ Nichts macht eben eine Voraussetzung, die wohl „vernünftig“ erscheint, die aber leider nicht erfüllt ist: daß nämlich der Staat, bevor er sich abschließt, die Gebiete mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen sich vorher angliedert. Da das nicht erfüllt werden kann, fällt auch die Schlussfolgerung fort: Ausfuhr ist lebensnotwendig, weil wir nur durch sie bestehen können.“

Wie steht es also mit dem „inneren Markt“ und der Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung? Wenn man sich unter diesem Schlagwort irgendetwas vorstellen soll, so besteht der innere Markt darin, daß die Bevölkerung lauffähig in bezug auf Lebensmittel, auf Kleidung und Möbel, auf Bücher und Hausgerät wird. Auch die ländliche Bevölkerung soll mehr künstlichen Dünger und Futtermittel, mehr Ackergerät und Kleidung anschaffen. Darin besteht der Reichtum eines Landes. Gemiß steht in allen diesen Dingen ein gut Stück nationaler Arbeit. Aber es steht gleichzeitig in jedem Stück, das man auf dem Leibe trägt oder das man für die Erzeugung verwendet, ein Stück fremden Bodens. Man kann das auch anders ausdrücken: um die elementarsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen oder gar die Lebenshaltung zu erhöhen, um Kulturgüter zu erwerben und dadurch Kaufkraft zu zeigen, muß jede arbeitende Arbeitsstunde auf die Bezahlung fremder Einfuhr verwendet werden. Jeder muß es, auch gerade die ländliche Bevölkerung. Dieses Verhältnis der Gesamtarbeit zur Ausfuhrleistung hat sich verschlechtert und wird sich bei zunehmender Bevölkerung weiter verschlechtern. Es ist ein Widerspruch, die Hebung des inneren Marktes zu verlangen und zugleich die Ausfuhr zu vermindern zu wollen. Die Hebung des inneren Marktes, die Steigerung der inneren Kaufkraft bedeutet eben, Nachfrage nach Gütern zu erwecken, für die die Rohstoffe aus der Fremde zu uns gebracht werden müssen — mag es sich dabei um eine Sense oder um ein Buch, um eine elektrische Leitung oder um ein Paar Stiefel, um eine Dachrinne oder ein Hemd handeln. Dann aber muß der darin stehende fremde Boden von jedem einzelnen auch mit einer Ausfuhr von Waren bezahlt werden, an der er mitgearbeitet hat. Jedes Mitglied des deutschen Volkes, ob es sich dessen bewußt ist oder nicht, erscheint unaufhörlich mit der Waren- und Ausfuhr verbunden. Es gibt kein Mittel, sich davon zu befreien — es sei denn, man verzichtet auf fremde Rohstoffe und Bodenerzeugnisse selbst. Da das nicht möglich ist, so bleibt für jeden Teil der Bevölkerung die Ausfuhr notwendig, auch wenn er nicht unmittelbar daran beteiligt zu sein scheint. Es gibt keine Erstarfung des inneren Abzuges und des inneren Marktes ohne gleichzeitige Erstarfung des Außenhandels und damit auch der Einfuhr selbst. Beide können sich nur gleichzeitig und miteinander entwickeln, nicht aber für sich und getrennt nebeneinander.

Der Außenhandel ist nun einmal unser Schicksal geworden.“

## Der Weltverbrauch an Baumwolle.

Der „Internationale Baumwollverband“ in Manchester veröffentlicht jetzt seine übliche Halbjahresstatistik über die mit dem 31. Januar abschließende erste Hälfte des Erntejahres. Das hervorsteckende Merkmal des Baumwollmarktes bildet die Tatsache, daß die Preise trotz reichlicher Versorgung im laufenden Erntejahr eine steigende Tendenz aufweisen. Ende Dezember notierte amerikanische Baumwolle an der Liverpooler Börse 13,7 Pence, gegenwärtig übersteigt die Notierung 14 Pence, obwohl die diesjährige Bekletterte von 13 1/2 Millionen Ballen nicht nur den Vorkriegsersatz bedeutend übertraf, sondern auch die Schätzungen über die laufende Ernte überholt hat.

Die Statistik der Spinner erklärt die Festigkeit des Marktes mit der Steigerung des Weltmarktverbrauches, der für die Berichtsperiode auf 11 177 000 Ballen gegen 9 989 000 beziehungsweise 10 415 000 in den beiden vergangenen Perioden veranschlagt wird. Die Verschiffungen aus den Vereinigten Staaten waren um 40 Proz. höher als in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Die tatsächliche Verbrauchssteigerung außerhalb der Union wird dagegen mit 23 Proz. angegeben.

Aus diesem Widerspruch geht ferner hervor, daß die europäischen Spinner, eine günstigere Textilkonjunktur voraussetzend, große Deckungskäufe vorgenommen haben. Die Textilindustrie erwartet bekanntlich wie die übrigen Exportindustrien von der Ge-

bindung Mitteleuropas und der Weltwirtschaft und der damit Hand in Hand gehenden Steigerung der Verbrauchsfähigkeit der Hebung ihres Absatzes. Die Erwartungen sind bisher nicht in Erfüllung gegangen, die große britische Baumwollindustrie arbeitet nach wie vor mit reduzierten Betrieben. Immerhin ist die Kurzarbeit in Rückgang begriffen. Im Halbjahr Februar bis Juli 1924 waren die Spinnereien Englands durchschnittlich 6,4 Wochen außer Betrieb, während des letztvergangenen Halbjahres bloß 3,57 Wochen.

## Die Getreidepreise steigen.

Die auf den Stichtag des 15. April berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist mit 131,4 (Vorwoche 131,2) nahezu unverändert. Höher lagen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Rindfleisch, Baumwollgarn, Jute, Jutegarn und Zink. Geunken sind die Preise für Butter, Herings-, Schweinefleisch, Milch, Kakao, Baumwolle, Blei, Zinn und Benzin. Die Indexziffer der Lebensmittel lautet 127,9 (gegen 127,7), und diejenige der Industriestoffe 138,0 (gegen 137,9).

Der Genossenschaftsgedanke im Dienste des Exports. Um auf dem Weltmarkt der Konkurrenz der amerikanischen Fleischtrüfte, der kalifornischen Obstplantagen und dänischen Milch- und Butterfarmen gewachsen zu sein, machen die Lebensmittelindustrien Australiens im Bunde mit der Regierung große Anstrengungen. Die genossenschaftlich vereinigten Milchproduzenten erzeuget beschlossen ein Vertretungsamt einzusetzen, das den Export nach allen Ländern außer dem fernem Osten kontrolliert. Jeder Export muß von diesem Amt durch Ausfuhrerlaubnischein genehmigt werden. Für jedes ausgeführte Pfund Butter ist 1/2 Pf., für jedes Pfund Käse 1/4 Pf. als Gebühr an das Amt zu entrichten. Die eingehenden Gelder werden zu gemeinsamer Reklame auf dem Weltmarkt, für Anstrengungen zur Erleichterung der Frucht- und Handelskosten und vor allem zur Hebung des Qualitätsstandards der exportierten Waren verwendet. Die Trockenfruchtindustrie errichtete ein ähnliches Ausfuhrkontrollamt. Dieses erstrebt vor allem regelmäßige Belieferung zu organisieren, Verbesserungen der Sorten und Verpackung sowie Handels- und Transporterleichterungen zu ermöglichen. Gleichseitig unterhält es in London ein besonderes Verkaufsbureau, das den Absatz der australischen Produkte in die Hände nimmt. Die Fleischproduzenten verwandten den bisher nur periodisch tagenden australischen Fleischauschuss in eine ständige Organisation mit einzelnen Beratungsämtern in den Provinzstädten, die die gleichen Ziele verfolgen. Als besondere finanziellen Unterstützung wurde ein Exportvergütungsgesetz angenommen. Durch dieses werden Sicherheiten für Vorkauf bis zu 80 Proz. der ausgeführten Waren jenseits der Regierung oder Privatbanken beschafft. Gleichseitig hat die Regierung ein Kapitel von 10 Millionen Mark zur unmittelbaren Unterstützung des Exports aller Urproduktindustrien flüssig gemacht. Die Hauptgeschäftspunkte für die Maßnahmen zur Hebung des Exports sind die Hebung der Konkurrenzfähigkeit durch den genossenschaftlichen Willen, das Exportprodukt auf einen hohen Standard zu bringen und die allgemeinen Unkosten niedriger zu gestalten. Gleichseitig sollen die Verkaufsbüros in England, dem Hauptabnehmermarkt, unterstützt von der englischen Regierung, unter Ausschaltung unnötiger Zwischengewinne die Produkte unmittelbar an die Verbraucher bringen.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der erste Band dieses Wertes, Jahrgang 1924, wird in einigen Tagen erscheinen. Das Werk bringt in der gewohnten Weise eine Fülle von Mitteilungen, Nachrichten und Anregungen. Das Jahrbuch 1924 wird, wie seine Vorgängerinnen, ein unentbehrliches Werkzeug für den praktischen und theoretischen Volkswirt sein, dem es darauf ankommt, alle wirtschaftlichen Begabtheiten der gegenwärtigen Zeit in seine Kalkulationen einzustellen. In dem Schlusswort des 6. Kapitels findet sich folgende zusammenfassende Bemerkung über den Stand der Bewegung.

Unser Bericht zeigt so recht, welche Verheerungen die Inflationsperiode angerichtet hat und wie unendlich viel noch zu tun ist, um aus diesem Trümmerteilchen herauszukommen. Daher ist auch für einen Ausblick in die Zukunft jetzt keine Zeit. Es heißt aufräumen und immer wieder aufräumen, um die klare und gesicherte Grundlage der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung wieder herzustellen. Die letzten Aufräumarbeiten sind aber nicht nur materiell gedacht; auch das genossenschaftliche Denken ist durch die Inflationszeit leider nicht unberührt geblieben. Wieder und immer wieder stehen wir vor der Aufgabe einer kapitalistischen Erwartung der genossenschaftlichen Denkungsweise. Die Genossenschaftsbewegung muß sich wieder auf sich selbst besinnen und zu der Tragkraft ihrer reinen genossenschaftlichen Grundzüge und Ideale Vertrauen fassen.

Umsatzsteigerung in der Maschinenindustrie. Die Maschinenfabrik G. Röhner, die aus ihrem Reingewinn für das letzte Jahr 10 Proz. Dividende verteilt, stellt in ihrem Geschäftsbericht fest, daß 1923 ihr Absatz an Rähmaschinen und Fahrädern der Stückzahl nach etwa um 20 Proz. höher war als im vorangegangenen Jahre und daß sich auch jetzt der Umsatz befriedigend gestaltet.

Die Sporenlagen der Berliner Sparkassen, die unmittelbar nach der Inflation stark zusammenschmolzen waren, nahmen im Februar um 4,2 im März um 5 Millionen Mark zu und haben damit die Höhe von 31,2 Millionen Mark erreicht.

Kriegswirkungen und Nachkriegswirkungen in der schweizerischen Industrie. Im Jahre 1923 betrug die Zahl der in der Schweiz bestehenden Fabriken 7941, was gegenüber 1911 ein Mehr von bloß 156 Fabriken bedeutet. Die Zunahmen der Kriegszeit sind durch die großen Opfer, die die Wirtschaftskrise der Jahre 1920/22 gefordert hatte, in der Hauptsache ausgeglichen worden. Eine Zunahme der Fabriken weist nach der schweizerischen Fabrikstatistik im Jahre 1923 die Textil-, chemische, die Papier-, die Uhren- und die Maschinenindustrie auf. Eine Abnahme wird in den Stickereten, in der Nahrungsmittel-, sowie in der Holzindustrie und in der Industrie der Erden und Steine festgestellt. Besonders stark wurden von der Krise die Stickereten betroffen. Von den stillstehenden Fabriken entfallen 57,6 Proz. allein auf die Stickereten. Die Abnahme in der Nahrungsmittelindustrie kann auf Rechnung der Konzentration geschrieben werden. Durch einen bemerkenswerten Umstand wird die Verminderung der Betriebe in der Holzindustrie erklärt. Viele Betriebe haben sich in dieser Industrie perkeniert, um den sozialpolitischen Vorschriften des Fabrikgesetzes zu entgehen.



Endlich leben wir  
Die Besten  
3M  
ZIGARETTE

Fabrikniederlage Berlin, Invalidenstr. 130  
Fernsprecher: Norden 11 720, 11 721

LANDE WOOG ZIGARETTEN

# Gewerkschaftsbewegung

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

## Reichskonferenz der Bergarbeiter.

### Die wirtschaftliche und soziale Lage im Bergbau.

Vom 15. bis 17. April tagt im Landtagsgebäude in Berlin die Reichskonferenz des Bergarbeiter-Bundes. Der Vorsitzende des Bundes, Genosse Hufemann, hielt einen längeren Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung des Bergbaues“. Hufemann führte u. a. aus:

Im Jahre 1913 hatte Deutschland in seinem jetzigen Gebietsumfang einen Kohlenverbrauch von 146 Millionen Tonnen und 1924 einen solchen von 134 Millionen Tonnen. Allein die Ruhr hätte 1924 bei geordneter Produktion und geordnetem Transport 20 bis 25 Millionen Tonnen mehr Kohle liefern können. Der Kohlenverbrauch wurde vermindert durch Erfolge der Wärmetechnik, Benutzung von Staubkohlen, Errichtung großer Kraftwerke, Ausbau der Wasserkräfte usw. Es dürfte für die nächste Zeit nicht damit zu rechnen sein, daß unsere ganze deutsche Kohlenproduktion in der deutschen Wirtschaft verbraucht werden kann. Ein kleiner Lichtblick scheint die Verfüllung der Kohle zu sein. Wie die praktischen Versuche in Mannheim ergeben haben, erzielt man aus 100 000 Tonnen niederohler Kohle 45 Tonnen Öl und behält nur 25 Proz. Rückstände.

### Scharfe Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern

sind für die Zukunft vorauszusehen. Auch im Unternehmerlager gibt es die verschiedensten Differenzen, deren Überbrückung nicht gelingen will, wie die schwierigen Verhandlungen um die Neubildung des Syndikats an der Ruhr zeigen. Ob dort eine Einigung möglich sein wird, erscheint neuerdings wieder sehr zweifelhaft. Wir haben uns bei dem Reichswirtschaftsminister und an der zuständigen Stelle mit Schärfe dafür eingesetzt, daß alles geschehen muß, um einen konfliktlosen Zustand an der Ruhr zu verhüten. Was ein solcher Zustand bedeuten würde, geht hervor aus einer Äußerung des Direktors Winkelhaus in Berliner Verhandlungen, wonach dann ein Konkurrenzkampf einsetzen würde, dessen Folge die Entlassung von 140 000 bis 150 000 Bergleuten wäre. Untragbar ist aber auch der heutige Zustand, wo auf den Hüttenzweigen Ueberlichkeiten wie verrückt verfahren werden und neben- und nebenliegende Zechen eine oder zwei Schichten in der Woche feiern müssen. Was nützt ein hoch scheinender Minimallohn, wenn keine regelmäßige Arbeit vorhanden ist? Es muß vom Reichswirtschaftsminister verlangt werden, daß auf irgendeine Weise eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung aller Zechen erreicht wird. Die Gefahr der Stilllegung besteht an der Ruhr nicht etwa nur für die südlichen Zechen, sondern auch für Gruben, die mitten im Ruhrgebiet liegen. Wir brauchen gesetzgeberische Maßnahmen, durch die ähnlich wie im Kalibergbau die Arbeiter geschützt werden. In dem

Entwurf zum neuen Syndikatsvertrag war eine Entschädigung der Werke vorgesehen. Eine solche

### Entschädigungspflicht gegenüber den Arbeitern

würde mißbräuchlichen Stilllegungen entgegenwirken und die voraussetzende Umstellung der Bergleute durch Schaffung von Wohn- und Ausbildungsstellen fördern.

Die Unternehmer halten eine Gesundung nur für möglich bei verlängerter Arbeitszeit, bei Abbau der Steuern und der sozialen Lasten. Wir glauben, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Allerdings haben die Unternehmer heute bei den Regierungsstellen stärkeren Einfluß als noch vor wenigen Monaten. Berechnete Schiedsprüche werden nicht für verbindlich erklärt oder für verbindlich erklärte Schiedsprüche werden von den Unternehmern nicht durchgeführt. Sie wollen u. a. auch an einer sozialen Belastung sparen durch die Verweigerung der Familienbeihilfe in den Knappschaftskassen. Leider scheint man auch im Reichsarbeitsministerium zu glauben, daß sie nur wieder eingeführt werden kann, wenn man von den Pensionen der Knappschaftsinvaliden etwas wegnehme, um damit die Familienbeihilfen wieder geben zu können. Gegen solche Versuche müssen wir uns aufs schärfste zur Wehr setzen. Der heutige Zustand ist unerträglich.

Unausbleiblichen Umschichtungen in der Wirtschaft widersehen wir uns nicht, aber sie müssen voraussetzungslos gefördert werden, mindestens unter Schadloshaltung der Arbeiterschaft und nicht im Interesse privattypischer Eliten. Wenn die Kohlenberge sich weiter häufen, muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Arbeitszeit in der heutigen Form weiter erträglich ist.

### Das wilde Ueberlichkeitenwesen muß auch unter allen Umständen verhindert werden.

einmal durch den energischen Appell an die Behörden, diese Geschwindigkeiten zu unterbinden. Diese Ueberlichkeiten sind gewiß aus der Not geboren. Aber trotzdem müssen sie beseitigt und dann muß die Ueberarbeit schrittweise abgebaut werden. Unser Ziel muß sein, die tarifliche Arbeitszeit von 8 Stunden über Tage und 7 Stunden unter Tage sobald als möglich zu erreichen. Wir setzen dazu keine Frist von 3 Tagen oder 4 Wochen, wie die Kommunisten, weil wir wissen, daß jede Entwicklung ihre Zeit haben muß, auch die Rückkehr zur alten Arbeitszeit. In der Lohnfrage müssen wir einen Zustand erreichen, der dem Bergmann einen für seine Familie ausreichenden Lohn sichert, auch dann, wenn er nicht voll arbeiten kann. Wir brauchen nicht nur Kapitalneubildungen bei den Kapitalisten, sondern wir brauchen Stärkung des inneren Marktes durch höhere Löhne. Die Arbeiter müssen nicht nur leben, sondern sie müssen auch einmal wieder sparen können. Auch das bedeutet eine Gesundung unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

### Das Fachblatt der Maler.

Der Handwerker, dessen Tätigkeit der Mode unterworfen ist, den Veränderungen der Geschmacksentwicklung, die sich zeitweilig in Geschmacksverirrungen äußern, bedarf insbesondere der unausgesetzten

Weiterbildung. Ihn dazu anzuspornen, ihn darin zu unterstützen, das ist von den Gewerkschaften längst als eine ihrer Aufgaben mit erkannt worden, die sich als um so dringlicher erweist, je mehr wir den beruflichen Nachwuchs bereits während der Lehrzeit organisatorisch erfassen. Allein die Lösung dieser Aufgabe schaltete lange Zeit an der geringen Mitgliederzahl der Gewerkschaften und damit auch an ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Die Mitglieder bestritten vielfach die Herausgabe einer Fachzeitschrift zum Verbandsorgan oder einer besonderen Fachzeitschrift, ohne sich der Schwierigkeiten bewußt zu sein, die ein solches Unternehmen nicht nur in finanzieller Beziehung erfordert. Doch wo und sobald sich irgendwo die Möglichkeit dazu bot, wurde sie genutzt. So entstanden allmählich eine Reihe fachtechnischer Gewerkschaftsblätter, die jedoch fast durchweg von der Inflation verchlungen wurden. Jetzt kann auch auf diesem Gebiete wieder aufgebaut werden.

Der Malerverband, der jüngst sein 40jähriges Bestehen feierte, hat im April die erste Nummer seines Fachblattes herausgebracht, das fortan am 1. jeden Monats 16seitig mit mindestens drei farbigen Beilagen erscheinen soll. Das vorliegende erste Heft bringt deren vier und weist bei tadelloser Ausstattung einen gediegenden Inhalt auf. Von allgemeinem gewerkschaftlichen Interesse ist darin das Ergebnis des vom Verbands der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weibhinder ausgeschriebenen Wettbewerbs zur Herstellung einer Ehrenurkunde über eine mehr als 30jährige Verbandsmitgliedschaft. Die vier als bestgeeigneten Entwürfe sind abgebildet.

Das „Fachblatt der Maler“ legt Zeugnis ab von dem guten Gelf, der die Organisation besetzt. Es wird ihr neue Anhänger zuführen und die alten Mitglieder noch inniger mit ihr verbinden.

Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 3 M., für Nichtmitglieder 4,50 M.

Bestell- für Berlin und Umgegend. Unbeständig mit Regenwetter. Weitere Abholung bei böigen nordwestlichen Winden. — Für Deutschland, Ostpreußen und Sibirien beginnende Aufseiterung.

# DUNLOP

## CORD

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

## Garten- und Balkon-Möbel

### Holzklapp-Möbel

natur lackiert

Stuhl 4.75	Sessel 6.50	Bank 9.75	Tisch $\frac{ca. 40 \times 60}{cm}$ 5.75
------------	-------------	-----------	--

rot lackiert

Stuhl 6.50	Sessel 8.75	Bank 14.50	Tisch $\frac{ca. 40 \times 60}{cm}$ 9.75
------------	-------------	------------	--

weiß lackiert

Stuhl 7.50	Sessel 10.50	Bank 16.75	Tisch $\frac{ca. 40 \times 60}{cm}$ 13.50
------------	--------------	------------	---

Korbmöbel-Garnituren  
Gartenschirme und Rollwände  
in vielen Ausführungen, sehr preiswert.

DAS HAUS DER QUALITÄTSGÜTER!

Korb-Sessel mit Zopfband  
4.95

Korb-Sessel mit Walstrand  
7.50

Korb-Hocker 5.50

Tische mit Holzplatte und Rohrgeflecht, rund.  
60cm Dm. 9.25    70cm Dm. 10.50

Blumen-Krippe Peddigrohr, ca. 75 cm 9.50

Peddigrohr-Sessel mit Sitz- und Rückenpolster  
14.50

Peddigrohr-Sessel voll Walstrand  
9.75

Liege-Stuhl in Stoff-Bespannung 2.90

Liegestuhl mit Armlehne 5.00

Liegestuhl mit Armlehne und Fußteil 6.50

### Eisen-Möbel

zusammenlegbar, Eisenblech rohrrichtig, Holzteile eichenartig lackiert.

Stuhl ..... 3.60

Sessel ..... 6.90

Bank ..... 7.50

Tisch ca. 30-85 cm ... 8.75

# Zeitqualifikation

Ist eine soziale Einrichtung, die wir infolge unserer grosszügigen Geschäftsorganisation so ausgebaut haben, dass sie jedem zugute kommt.

Kleider machen Leute!  
Jeder soll und kann elegant und modern gekleidet sein! Wir wollen Ihnen dazu verhelfen. Sie finden bei uns eine enorme Auswahl Herren- und Damen-Garderobe also bestimmt das, was Sie suchen! Wir erwarten Sie!

## Silberpfennig

Müllerstrasse 182-83  
direkt am Weddingplatz, Unaha Reinickendorfer Strasse

## RENNER

# DIE WIRTSCHAFT ALS GESAMT-PROZESS UND DIE SOZIALISIERUNG

Ein Buch, das die Funktionäre der Arbeiterbewegung in die Wirtschaftswissenschaft und die Marx'schen Ideengänge einführt.

Preis 8.-Mk. in Ganzleinen gebunden

Zu beziehen durch:

J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.  
Berlin SW 63, Lindenstr. 2, Abteilung Sortiment



## Die Kindstaufer.

Eine Geschichte aus Sowjetrußland von Dostajew.

Semjon Gromow, ein kleines Bauernknechtchen mit wirrem Haar und unruhig umherirrenden Augen, ist in großer Aufregung: schon vier Kinder, eins immer ein Jahr älter als das andere, bilden eine Post für seinen Haushalt, aber nein, noch nahm es kein Ende — seine Frau Darja hatte nun in der Nacht schon wieder entbunden, und zwar waren es diesmal zwei Mädchen.

Gromow machte eine hilflose Handbewegung, räusperte sich, spie aus und sagte vorwurfsvoll:

„So eine dumme Geschichte! . . . Das war doch nun ganz unnötig, aber nein, so ganz ohne Überlegung mußt du eins ums andere auf die Welt bringen. . . . Weißt ja doch selbst, daß wir arm sind. . . . Wenn du aber durchaus bei deinem Willen bleiben willst, so werde auch ich tun, was ich für gut halte: jene vier haben wir taufen lassen, bei diesen aber werde ich es nicht tun, — und Schlaf damit.“

„Du verfluchter Heide, du bist wohl gar verrückt geworden? Sollen sie etwa ungetauft wie Tatarenkinder heranwachsen? Das ganze Dorf wird uns ja verspotten, wir werden uns nicht mehr blicken lassen dürfen!“ fuhr ihr Darja heftig an.

„Dorf hin, Dorf her“, brummte Gromow spöttisch. „Wird das Dorf etwa den Popen bezahlen? Gestern war der Witzla Bodgorow aus der Stadt auf Urlaub hier, der hat mir erzählt, wie jetzt dort diese ganze Sache für unsereinen geregelt ist: „Dort“, sagte er, „gibt es ein Bauernheim, man bringt sein Kind hin, und die Genossen geben einem ohne weiteres ein rotes Hemdchen, Beinen für Windeln und auch noch etwas Geld dazu. . . .“ So überlege doch selbst — es wäre die beste Rechnung, die Kinder nicht zum Pfaffen zu bringen. Wir lassen die Mädels kommunistisch taufen und Schlaf damit! . . .“

Gromows Herz schwamm in Freude: nun wird es keine unnützen Unkosten geben, wenn er's gut trifft, wird er bei der kommunistischen Taufe noch fünf Rubel geschenkt bekommen oder gar für jedes Mädchen drei Rubel. Vor dem Pfaffen aber darf man sich nicht ohne Geld blicken lassen. . . . Er aber hatte nur noch drei Rubel in der Tasche. . . . Und dazu fehlte es an allen Ecken und Enden an Geld, und es waren so viele Löcher zuzustopfen! . . .

Über ein Bauernweib läßt sich nicht zur Vernunft bringen, wenn sie sich einmal etwas in den Kopf gesetzt hat; daran läßt sich nun einmal nicht rütteln — sie bleibt auf dem Ihren bestehen: „Nein, ich will es nicht, unter keinen Umständen, und wenn du mich auf der Stelle totschlägst!“

Wohl nagt der Sturm auch an Darjas Herzen, aber sie nimmt den Kampf mit ihm auf:

„Dein Witzla ist der erste Schwäger im Dorfe; wenn du ihm zuhörst, kann er dir wer weiß was daherreden. . . . Das ist ja ganz unmöglich, daß man irgendwo ein Hand umsonst bekomme! . . .“

Semjon gab es auf, seine Frau zu überreden, er kroch sich nur im Raden und seufzte tief:

„Wie du meinst, doch wäre es ganz unüberlegt, die Mädels zum Pfaffen zu schaffen, er wird uns nämlich rupfen, der langhaarige Kerl — nichts als Verlust!“

Am nächsten Tage spannte Semjon seinen Gaul ein und schaffte die Kinder zusammen mit Großmutter Unterja zum Popen.

Der Pape trat aus dem Haus, betrachtete Gromow mit gerunzelter Stirn und fuhr ihn an mit den Worten:

„Du hast mir deine alten Schulden noch nicht bezahlt, noch immer habe ich von dir achtzig Kopeken für die Seelenmesse zu bekommen. Jetzt ist es aus mit dem Kredit. . . . Erst zahlen, dann können wir das weitere besprechen.“

„Ich will ja gern gleich in bar bezahlen, Väterchen!“

„Das glaub' ich! Alle seid ihr der Kirche abspenstig geworden, jetzt es immer nur darauf ab, euren geistlichen Vater zu betrügen. . . . Nun gut, diese Amtshandlung wird fünf Rubel kosten.“

„Wo willst du hin, Väterchen, wo sollte ich so viel Geld hernehmen? Vor dem Kriege verlangtest du einen halben Rubel und jetzt verlangst du eine so hohe Summe!“

„Vor dem Kriege waren die Preise für alle Waren anders!“

Es wurde geredet. Es wurde harnächtig und lange geflücht. Man bedachte sich gegenseitig mit Schimpfwörtern. Schon einigte man sich durch Handschlag, ging auseinander, kehrte dann doch wieder um. Es trieb einem den Schweiß aus den Poren. Schließlich einigte man sich endgültig: für jedes Mädchen einen Rubel, achtzig Kopeken alte Schuld und zwanzig Kopeken für eine Kerze. Der Pfaffe wollte auch nicht einen Heller nachlassen. Und das Geld mußte er vorausbezahlt haben.

Und so wanderte Semjons Dreiradelschein in die geräumige Tasche des Pfaffen.

Als Gromow nach Hause zurückkehrte, war er bitterböse ärgerlich:

„Ich habe es dir ja gesagt, daß er mich um die drei letzten Rubel bringen wird, du Unüberlegtes Weibsbild! . . .“

Darja fragte ihn über alles aus, geriet ebenfalls in Wut und erging sich in langen Schimpfreden über den Pfaffen:

„Der unglückselige Podrian! . . . Das Kind ins Becken tauchen, ein kurzes Gebet sprechen, und dafür einen ganzen Rubel verlangen! . . . Und was müssen wir uns um einen Rubel den Rücken verrenken! . . . So ein verfluchter Bösewicht! Ausdauer verdammer! . . . Wie ein Heide! . . .“

Sie schimpfte lange, dann lächelte sie plötzlich und sagte zärtlich:

„Nargen dich nicht, Semja, die Sache läßt sich wieder gut machen. . . . Schaff doch die Kinder zu den Genossen hin. . . . Man mag sie in der Stadt noch einmal taufen. . . . Vielleicht können wir den Verlust wieder beden. . . .“

Von neuem starrten vor Semjons Augen rote Hemdchen, festes gelbes Bindenschein, ein fünfrubelweises mit dem darauf abgebildeten Traktor, der dahingegangene grüne Dreiradelschein, und er begann von neuem auf den Pfaffen, auf sein Weib und auf die Dummheit der Bauern zu schimpfen, schimpfte lange und mit Wollust.

Nis er sich erleichtert fühlte, sagte er beruhigt:

„An der Tat, es bleibt nichts übrig, als sie umtaufen zu lassen. . . . Taufe hin, Taufe her — morgen will ich recht früh einspannen und die Kinder in die Stadt schaffen.“

(Aus dem russischen Witzblatt „Kraßus Perak“ überfetzt von Hans Kuo[il])

## Stimmen zur Wahl.



Quakerer Fröhchen:  
„Hindenburg ist mein Mann, ist pfeife  
auch uff humanistische Bildung!“



Der Dichter Lämmermeier:  
„Ich wähle Hindenburg, ich verstehe  
auch nichts von Politik!“



Feldwebel a. D. Schnauzle:  
„Nallerlich Hindenburg! — A al soll'n  
wa mit so'n dreed'jen Zivillisten!“



Ruffe:  
„Bei mir Hindenburg, ist brauch'  
'ne Inflation!“



Eulalia Schmachlöcher:  
„Selbstverständlich wähle ich Hindenburg,  
mein Vetter war Dize beim  
Train!“



Oberkanzleikassier Staudmann:  
„Ich wähle nicht, außer mit versteht  
überhaupt niemand was von Regierungsgeschäften!“

## Die lahmen Götter.

Der Verlag Die Schmiede brachte in seinen Romanen des 20. Jahrhunderts auch „Die lahmen Götter“ von Albert Daubistel heraus. Dieses Buch, das zwei Erzählungen enthält, ist in mehr als einer Beziehung interessant und lehrreich. Um es voraus zu nehmen, die zweite Erzählung von dem früheren Seemann Pitt und seiner Frau Finchen, die Geschichte einer proletarischen Ehe in den Revolutionsjahren ist die stärkere, dramatischere und bewegtere. Sie ist ein kleines Meisterwerk proletarischer Mittel- und Seelenschilderung. Die Revolution spielt auch hinein, aber im Grunde ist es die Geschichte eines Restbaus zweier armer, aber tatkräftiger Menschen. Wie die beiden sich langsam hocharbeiten, wie das erste Kind kommt, wie über dem Mann und seinem Kameraden das alte Tau ächzt, wenn es mit seiner schweren scharfkantigen Last über den Hauptern schwebt, wie das Rechen des angeschundenen Laus nun immer mehr anschwellenden Unglücksmonats wird, bis die Katastrophe sich ereignet, ist beinahe atemberaubend.

Die erste Geschichte spielt im Zuchthaus zu Ebrach. Daubistel, der Sohn eines Schlächtermeisters, Wairose und Kriegsteilnehmer, mußte dort und in Niederschönenfeld seine sechsjährige Festungshaft abhauen, die Quittung für sozialrevolutionäre Tätigkeit im Rätebauern. Ist die zweite Erzählung gespannt und bis ins letzte Bluttröpfchen hinein empfunden, so ringt in der ersten noch der Mensch, der Revolutionär aus Gefühl und gesteigertem Ich heraus, mit den Problemen der Gefangenschaft. Ein großer Teil der bayerischen Räteführer und ihrer Mitrevolutionäre wurde dort in Festungshaft gehalten. Zur Steuer der Wahrheit muß gesagt werden, daß diese Gefangenen sich wenigstens in Ebrach eines großen Maßes von Freiheit erfreuen durften, soweit man überhaupt hinter Gefängnismauern noch von Freiheit sprechen kann. Die Schilderungen Daubistels sind stark, doch man merkt, daß ihm oft die Kraft fehlt, die Verhältnisse gerecht zu betrachten. Der Schlüssel zum Gerechtmachen ist das Verstehen, denn das Einfühlen allein tut es nicht, sondern es gehört auch das Wissen über die Triebkräfte in der menschlichen Gesellschaft dazu. Daubistel ist Revolutionär aus dem Gefühl heraus und das bedingt seine Stärke, aber auch manche Schwäche.

Wie schon gesagt, hatten die Festungsgefangenen wenigstens innerhalb der Mauern eine gewisse Freiheit, die sogar eine Art Selbstverwaltung und politische und andere Zusammenkünfte bis in den Abend hinein ermöglichte. Es ist nun interessant, wie die Geister sich schämen, wie das anfängliche, nun gemeinsamen Freizeiterleben starke Gefühl der Zusammengehörigkeit sich verknüpfte, wie sich Gruppen und Gruppen bildeten, die sich bald bald hoffentlich befehdeten, bald sich wieder ansetzten. Gerade das Fehlen des eisernen starren Zwanges, der die Gefangenen zu einer unterdrückten Masse zusammenschweißte, die trotz ist, sich ein Wort zuflüstern zu können, ist es, was die Gefangenen das Fehlen ihrer völligen Freiheit nicht mehr empfinden läßt und ein überhartes individuelles Bewußtsein auslöst. Die Empfindlichkeit steigert sich. Ein Auslösen, ja selbst ein Belanden dieses Dranges ist so gut wie unmöglich. Wer nicht die eiserne Energie hat, sich im Erdbium zu begraben, fühlt sich in immer mehr steigendem Maße den Mitgefangenen gegenüber zugleich angezogen und abgestoßen. Und so erleben wir in der Daubistelschen Erzählung Szenen, die grotesk wirken würden, wenn sie

nicht so tieftraurig wären. Der Dichter konnte sich vielleicht öfters in die andere Welt flüchten, seine Ergebnisse verdichten und sich so wieder wenigstens etwas Raum schaffen. Ihm gab ein Gott, zu sagen, was er leidet.“ Der Wissenschaftler konnte sich, wenn er Energie genug besaß, für einige Zeit abschließen. Aber die Lastkraft der vielen, allzuvielen verlangte umsonst Betätigung, denn der Zerkleinerer, soweit er vorhanden, ist bei ihnen durch das Gefühl des Gefangenseins gelähmt. Immer wieder tritt vor sie das Bild der Außenwelt und die Jahre, die entsetzlich vielen Jahre Gefangenschaft, die sie noch von ihr trennen. Die Tage fliegen dahin und schmelzen zugleich und werden zu einer immer drückenderen Last. Der Stolz will sich, muß sich entsäubern und richtet sich gegen sich selbst und die Mitgefangenen, denn an die anderen kommen sie nicht heran. Und so kommen die Gefühlswellen von Haß und Gemeinschaftsgefühl wie Ebbe und Flut, nur daß das Gefühl der Gemeinschaft immer bitterer wird.

Es ist in hohem Maße interessant, wie sich diese Verhältnisse bei Daubistel widerspiegeln, wie er sich selbst und die anderen sieht. Seine Pseudonyme sind klanglich sehr geschickt gewählt, man merkt bei seiner Auseinandersetzung, wie stark sein Selbstgefühl entwickelt ist, wie er es ängstlich zu behaupten sucht, und man empfindet, daß ihm die geschilderte psychologische Seite der Massenhaft noch nicht recht zum Bewußtsein gekommen ist. Das hat natürlich dieser Erzählung keinen Abbruch, kann sie sogar für den aufmerksamen Leser noch aufschlußreicher machen.

Über die Qualereien in Niederschönenfeld erfahren wir nichts aus dem Buch, denn Daubistel schließt seine Erzählung damit, wie er mit einigen Kameraden in ein anderes Zuchthaus übergeführt wird.

Es würde zu weit führen, hier alle Schlussfolgerungen aus dem Gesehenen zu ziehen, denn das hieße den ganzen Bannraum der „Strafrechtspflege“ ausrollen. Hier sprechen die Tatsachen unendlich stärker als jede pathetische Entrüstung. Immer mehr Tatsachen herbeizuschaffen, die die Welt hinter den Örttern wiedergeben, nicht nur die der politischen Gefangenen, die sozialen Ursachen schonungslos aufzudecken und die gütigen Brunnen zuzuschütten, das ist hier verdammtlicher als alles Ad- und Weggeschrei.

Bruno Schönlant.

Ein zerbrochenes Glas, das 60 Millionen Dollar kostete. Vor 56 Jahren fiel ein kleiner Glasbehälter aus dem Fenster eines Hauses zu Redford in Massachusetts; er enthielt einige Ratten, die der französische Professor Leopold Trounstein aus Europa nach den Vereinigten Staaten gebracht hatte, weil er eine neue Art von Seidenwurm zu züchten hoffte. Der Professor erlachte sofort, doch dieser kleine Unfall der Anlaß zu einem ungeheuren Unglück werden könnte, und er hatte sich nicht getraut, denn diese wenigen Ratten riefen die größte Pflanzenschädigung hervor, der New England so unterlegen ist. Die Insekten, die der Gattung der sogenannten Zigeunermotte angehörten, vermehrten sich außerordentlich rasch und haben einen Schaden hervorgerufen, der auf die Aienkumme von 60 Millionen Dollar beziffert wird. Obgleich man sofort die Bekämpfung aufnahm, nahm die Plage doch immer zu. Im ersten Jahre wurden 500 Dollar zu der Bekämpfung der Motte ausgemorfen; jetzt hat die Regierung der Vereinigten Staaten einen Fonds von 25 Millionen Dollar bereitgestellt, um den Schädling zu bekämpfen, und man hofft, daß es nun endlich gelingen wird,

